Landtag Rheinland-Pfalz 14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/109

109. Sitzung

Mittwoch, den 15. Februar 2006

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

"Abschiebepraxis in Rheinland-Pfalz – Handgeld für Asylbewerber" auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/4961 –	7240
"Rheinland-Pfalz: ein sicheres Land – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2005 belegt: Rheinland-pfälzische Polizei gut aufgestellt auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 14/4962 –	7247
Die aktuelle Stunde wird geteilt.	
Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.	
Regierungserklärung	
"Wissen schafft Zukunft – Perspektiven für die rheinland-pfälzischen Hochschulen in einer Hochschullandschaft im Umbruch"	7255
Die Regierungserklärung wird von Staatsminister Professor Dr. Zöllner abgegeben.	
Anschließend findet eine Aussprache statt.	
Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/4578 – Zweite Beratung	
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten – Drucksache 14/4950 –	7274
Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/4578 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung ieweils einstimmig angenommen.	

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Weiterführung des Krebsregisters Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4638 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4638 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.

Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik (KomDoppikLG) Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 14/4674 -

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses

Drucksache 14/4952 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/4960 – wird einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4674 – wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 14/4960 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.

Landesgesetz zur Ausführung des Artikels 49 Abs. 5 der Verfassung für Rheinland-Pfalz (Konnexitätsausführungsgesetz – KonnexAG –) Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 14/4675 -

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses

- Drucksache 14/4953 -......7280

Die Beschlussempfehlung – Drucksache 14/4953 – wird einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4675 – wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung – Drucksache 14/4953 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.

Landesgesetz zu dem Ersten Vertrag zur Änderung des Vertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz – Körperschaft des öffentlichen Rechts – und des dazugehörenden Schlussprotokolls Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 14/4676 -

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4676 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.

Landesgesetz zu dem deutsch-ungarischen Abkommen über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich und dem deutsch-österreichischen Abkommen über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/4678 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4678 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.

Landesverwaltungszustellungsgesetz (LVwZG) Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 14/4743 -

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses

- Drucksache 14/4956 -..... 7285

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4743 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/4806 -

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten

- Drucksache 14/4957 -

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4971 – wird einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4806 – wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 14/4971 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Karl Peter Bruch, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner; Staatssekretärin Frau Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart, Simone Huth-Haage, Elke Kiltz, Anne Kipp; Staatsministerin Margit Conrad; die Staatssekretäre Stadelmaier, Dr. Klär.

Rednerverzeichnis:

Abg. Auler, FDP:		
Abg. Creutzmann, FDP:		
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1210	7287
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:		
Abg. Frau Hammer, CDU:		
Abg. Frau Hayn, CDU:		
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:		
Abg. Frau Leppla, SPD:		
Abg. Frau Mangold-Wegner, SPD:		7285
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:		
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:		
Abg. Hartloff, SPD:		
Abg. Hohn, FDP:		
Abg. Hörter, CDU:	•	•
Abg. Kuhn, FDP:		,
Abg. Lammert, CDU:		
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	. 7250. 7255. 7277	7282
Abg. Noss, SPD:	7276	. 7281
Abg. Pörksen, SPD:		
Abg. Presl, SPD:		
Abg. Schnabel, CDU:		
Bruch, Minister des Innern und für Sport:		
Frau Kraege, Staatssekretärin		. 7288
Präsident Grimm:7240, 7241, 7242, 7243, 7244, 7245	, 7246, 7247, 7249	, 7250
	7251, 7253, 7254	
Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:		. 7255
Vizepräsidentin Frau Grützmacher:7262, 7263, 7264, 7266, 7269, 7272		
7278, 7279, 7280, 7281, 7282, 7283	, 7284, 7285, 7286	, 7287
		7288

109. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 15. Februar 2006

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 109. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Schriftführende Abgeordnete sind Dieter Klöckner und Gerd Schreiner. Letzterer führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute Staatsministerin Margit Conrad sowie die Abgeordneten Anne Kipp, Simone Huth-Haage, Dr. Thomas Gebhart und Elke Kiltz.

Ich freue mich, dass wir bereits jetzt auf der Zuschauertribüne Mitglieder des Männergesangvereins Concordia Wörth, Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums Trier sowie Senioren aus der Verbandsgemeinde Kandel begrüßen können. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen rechtzeitig zugegangen. Gibt es Änderungswünsche? – Das ist offenkundig nicht der Fall.

Gestatten Sie mir noch einige wenige Hinweise: Zu den **Punkten 3** bis **10** der Tagesordnung ist gemäß § 68 Abs. 1 in Verbindung mit § 55 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags die Frist zwischen der Verteilung der jeweiligen Beschlussempfehlung und der Beratung abzukürzen, da die Beschlussempfehlungen erst nach der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses verteilt werden konnten und die Beratung dieser Gesetze für heute vorgesehen ist.

Die übrigen in der Tagesordnung noch fehlenden Beschlussempfehlungen zu den **Punkten 13** und **14** der Tagesordnung wurden fristgerecht verteilt, da die Beratung dieser Gesetze erst am Donnerstag vorgesehen ist.

Ich sehe keine Änderungswünsche, dann stelle ich die Tagesordnung wie ausgedruckt mit der Maßgabe der von mir genannten Fristverkürzungen fest.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

"Abschiebepraxis in Rheinland-Pfalz – Handgeld für Asylbewerber" auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/4961 –

Es spricht Herr Kollege Hörter.

Abg. Hörter, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Staat darf die Einhaltung seiner Gesetze nicht auf dem Basar aushandeln. Ich will es noch einmal sagen: Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass der Staat die Einhaltung seiner Gesetze wie auf dem Basar aushandelt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein Zitat des FDP-Landesvorsitzenden Rainer Brüderle.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schmitt, CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Genau dies aber ist bei dem rheinland-pfälzischen Asylirrsinn der Fall. Mit Geldprämien, Computern oder Haushaltsgeräten will die Landesregierung abgelehnte Asylbewerber zur Heimreise in die Herkunftsländer ködern.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD – Schwarz, SPD: So etwas Scheinheiliges!)

Das fünf Millionen Euro schwere Sonderprogramm, die so genannte Landesinitiative "Rückkehr 2005", wird vom Ministerpräsidenten und seinem Minister Herrn Bruch als besonders humanitärer Beitrag gefeiert.

Dabei richtet sich dieses Asylirrsinnsprogramm besonders an solche Asylbewerber, die, nachdem sie sich zuerst durch alle Instanzen durchgeklagt haben, nicht anerkannt wurden, um dann den Behörden hartnäckig ihre Identität und Herkunft zu verschweigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anerkennungsquote, also die Quote für die Anerkennung von Asylbewerbern, hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt: 2002 sind ganze 1,8 % aller Asylbewerber anerkannt worden, 2003 1,6 %, 2004 1,5 % und 2005 ganze 0,9 %.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Das heißt, 99,1% aller Asylbewerber sind im letzten Jahr in Deutschland nicht anerkannt worden.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist nicht das erste Mal!)

Wir reden über ausreisepflichtige Ausländer, solche, die beispielsweise ihre Pässe weggeworfen haben und nach all diesen Prozessen, wenn sie nicht anerkannt wurden, ihre Ausreise dadurch zu verhindern versuchen, dass nicht klar ist, wohin sie abgeschoben werden sollten, solche also, die von vornherein davon ausgehen, dass sie Deutschland wieder verlassen müssen und dann durch illegale Tricks, letztendlich durch Straftaten das Durchsetzen rechtsstaatlichen Handelns verhindern.

Jetzt tun wir bitte nicht so, als ob diese Landesregierung eine gewaltige humanitäre Lücke entdeckt hätte und durch ihr Programm nun als einzige versuchen würde, diese Lücke zu schließen.

(Beifall bei der CDU)

In Deutschland werden für Menschen, die beispielsweise als Asylbewerber abgelehnt wurden oder als Bürgerkriegsflüchtlinge bei uns leben, in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und der Organization for Migration (IOM) zwei Programme angeboten: Reintegration and Emigration Program for Asylum-Seekers in Germany (REAG) und Government Assisted Repatriation Program (GARP). Das eine dient als Reisebeihilfe und das andere als Starthilfe.

So werden etwa die Beförderungskosten für Flugzeug oder Bahn usw. übernommen und die Reisebeihilfe in Höhe noch von 100 Euro pro Erwachsenen gewährt. Bei GARP, also jenem Starthilfeprogramm, wird die Starthilfe von 250 Euro für jeden, der beispielsweise in die Türkei zurückkehrt, und von 500 Euro für denjenigen, der etwa ins Kosovo zurückkehrt, gezahlt.

Nun zusätzlich zu diesem Bundesprogramm wird die Landesregierung aktiv, bietet den Kommunen und den Landkreisen insgesamt fünf Millionen Euro an, über die sie nahezu völlig frei verfügen können.

Zum zweiten Teil komme ich gleich.

(Beifall der CDU –
Mertes, SPD: Wenn der zweite Teil so
wird wie der erste, muss man sich
richtig darauf freuen! –
Schmitt, CDU: Dann haben Sie auch
etwas, um sich zu freuen!)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um was geht es?

Wir haben in Rheinland-Pfalz etwa 7.100 Menschen, die eine Duldung haben, weil sie nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden können, weil man nicht genau weiß, welches das Heimatland ist, weil es Menschen gibt, die bei der Einreise, da sie mit Schleusern hierher geführt worden sind, ihre Pässe vernichtet haben, weil es Heimatländer gibt, in die man nach der Menschenrechtskonvention niemanden hinschicken kann, weil sie dort das Risiko haben, zu verhungern oder umgebracht zu werden.

Es ist nämlich in Deutschland kein Asylgrund, dass in einem Land Krieg herrscht, man, wie im Irak, erhebliche persönliche Risiken haben kann, in Afrika ein ganzer Clan sein Geld zusammengesammelt hat, um eine Person ins gelobte Land nach Europa zu schicken, damit er vielleicht eine bessere oder überhaupt eine Lebens-

chance hat, den wir zurückschicken müssen, weil er dem deutschen Asylrecht nicht unterfällt.

Über diese Menschen reden wir.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Wir reden über Menschen. Es gibt Programme auf der Bundesebene. Sie haben das aufgezählt. Wir haben das mit einem Rückkehrerprogramm des Landes ergänzt, um die Kommunen in dieser sehr schwierigen Arbeit an einer Schnittstelle zu unterstützen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das Diakonische Werk Trier ist mit zwei Mitarbeiterinnen seit einem halben Jahr dabei, die Kommunen bei dieser individuellen Beratung zu unterstützen, damit diese Rückkehr möglich ist.

Ich benenne das, dass wir ein Problem dort haben. Das muss man sehen und darf es nicht wegdiskutieren.

Die Landesregierung versucht, dieses Problem verantwortlich mit zu lösen, wie die Bundesregierung dies auch versucht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dies geschieht mit im Einzelfall durchaus kleinen Beträgen, wenn Sie wissen, wie viel wir an Sozialhilfe und an medizinischer Hilfe über Monate oder über Jahre bezahlen müssen, damit Familien ordentlich versorgt sind. Es ist ein individuelles Problem von Menschen, wenn sie in ein Land wie den Kosovo zurückgeschickt werden, wo kein Haus über dem Kopf mehr vorhanden ist und wo keinerlei medizinische Betreuung möglich ist, wenn die Menschen an einer schweren Krankheit leiden.

Welches Menschenbild haben Sie, das Sie dies im Wahlkampf instrumentalisieren lässt!

(Zurufe von der CDU – Beifall der SPD und der FDP)

Als diese Fragen im November im Innenausschuss besprochen worden sind, hatten Sie keinerlei Grund, daran zu zweifeln, dass es ein sinnvolles Programm ist.

(Zurufe von der SPD: So ist es!)

Dieser Grund kam bei Ihnen erst, als die Zeitung mit den dicken roten Lettern dies aufgeworfen hat, davor nicht!

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine lieben Herren und Damen Kollegen, welche Mentalität steht dahinter? – Ich denke, es ist entlarvend, und es hat nichts mit Moral zu tun, sondern mit praktischem Handeln, mit dem Menschenbild, das dahinter steht, wenn man Politik gestaltet, Herr Schmitt!

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU – Beifall der SPD und der FDP)

Darum geht es auch an dieser Nahtstelle! Im Ernstfall beweist sich unsere Kultur dadurch, wie wir mit solchen Menschen umgehen.

Ich sehe Herrn Bracht. Herr Bracht geht auf dieser schönen Seite Kandidaten Watch. Es wurde eine Frage an Herrn Bracht gestellt. Die Frage Nummer 1 beantwortet er, und ich lese Ihnen die Antwort einmal vor:

"Die Fahrbahnen unserer Kreis- und Landstraßen befinden sich in einem verwahrlosten Zustand. Auftretende Schäden wie zum Beispiel Löcher und Aufbrüche werden nicht mehr beseitigt. Neubauten bzw. Erneuerungen werden immer weniger. Auf der anderen Seite nimmt die Verkehrsdichte immer weiter zu. Damit steigen auch die Einnahmen von Bund und Land. Wie soll die Zukunft aussehen?" – Wie antwortet Herr Bracht? – "Deshalb: Wir müssen an vielem sparen, zum Beispiel an dem Geld, das die Landesregierung derzeit rechtmäßig abgewiesenen Asylbewerbern noch nachwirft,

(Mertes, SPD: So viel zum Thema Menschenbild!)

damit sie auch 'gerne' unser Land verlassen. Nur so werden wir genug Geld verfügbar machen, um obige wichtige Dinge zu finanzieren." – Sprache entlarvt, Herr Kollege Bracht!

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Herr Hartloff, die Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Hartloff, SPD:

Dann werde ich dies in der zweiten Runde ergänzen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Grützmacher.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren und insbesondere meine Damen und Herren von der CDU! Ich kann mich dem wirklich nur anschließen. Was Sie in den letzten Tagen zum Thema "Rückkehrhilfe des Landes für abgelehnte Asylbewerber" – so ist der Titel des Programms – vorgeführt haben, ist zum Ersten sehr kläglich, zum Zweiten perfide und zum Dritten auch noch völlig widersprüchlich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es ist kläglich – darauf hat Herr Hartloff schon hingewiesen –, weil Sie sich nicht zu schade dafür sind, sich von

der Zeitung mit dem großen Lettern sozusagen am Nasenring durch die politische Arena führen zu lassen.

(Dr. Weiland, CDU: Es war die "Süddeutsche Zeitung"!)

Herr Dr. Weiland, wenn Sie von der "Süddeutschen Zeitung" – –

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

 Genau, darauf komme ich jetzt zu sprechen, wenn Sie das wollen. Es gibt hin und wieder auch Artikel in der "Süddeutschen Zeitung", die "BILD"-Zeitungs-Niveau haben, und dies war so ein Artikel.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Meine Damen und Herren, die Zahlen, die Geldsummen, mit denen Sie immer operiert haben und mit denen auch die "BILD"-Zeitung operiert hat, sind gar nicht gezahlt worden. Das Programm – darauf hat Herr Hartloff schon hingewiesen –, auf das sich das bezogen hat, ist seit November bekannt, und das wissen Sie auch. Aber jetzt, wo es in der "BILD"-Zeitung steht, betätigt sich die CDU als Trittbrettfahrer und springt einmal auf den fahrenden Zug auf. Meine Damen und Herren, das ist ein ziemlich klägliches Schauspiel!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Rösch, SPD: Sie sind verzweifelt!)

Aber noch viel schlimmer und wirklich perfide ist, dass Sie das Ganze auf dem Rücken der Ausländerinnen und Ausländer austragen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist perfide, weil Sie mit aller Macht versuchen, die Vorurteile der Stammtische gegenüber Ausländerinnen und Ausländern zu verstärken und für Ihre Wahlkampfzwecke zu instrumentalisieren. Meine Damen und Herren von der CDU, dass so eine Strategie beim Zusammenwachsen von Einheimischen und Zugereisten und Zugewanderten großen Schaden anrichtet, ist Ihnen vielleicht vollkommen egal.

Meine Damen und Herren von der CDU, darüber hinaus aber ist Ihr Auftreten beim Thema "Rückkehrhilfen" auch sehr widersprüchlich; denn dieses Programm – ich möchte es noch einmal deutlich wiederholen – ist eine Hilfe für die Kommunen, und deren Wohlergehen liegt Ihnen doch sonst normalerweise am Herzen. Es soll doch die finanzielle Belastung der Kommunen abmildern und ihnen gerade in diesem schwierigen Feld der Durchsetzung der Ausreisepflicht tatkräftig, das heißt, zum einen finanziell, aber zum anderen auch mit Knowhow und Beratung, unter die Arme greifen, und dies unbürokratisch. Fordern Sie dies nicht manchmal auch?

Meine Damen und Herren von der CDU, diesen Widerspruch haben Sie nun wohl auch erkannt. Herr Böhr rudert nun auch schon zurück. Er meinte eigentlich nicht das Programm, das er kritisierte, er meinte nur die Aus-

wüchse. Aber das Kind ist eben doch schon in den Brunnen gefallen.

(Zuruf von der SPD: Er ist untergetaucht! – Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dass das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, konnten Sie zum Beispiel bei der Pressekonferenz erkennen, die die REPs gerade zum Auftakt des Wahlkampfs abgehalten haben. Dort beschwerte sich einer der Repräsentanten der REPs ziemlich aufgeregt darüber, dass ihnen die CDU das Thema "Rückkehrhilfen" nun weggeschnappt habe, das eigentlich das ureigenste Thema der REPUBLIKANER sei.

Meine Damen und Herren, wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben uns schon lange dafür eingesetzt, dass das Land die Kommunen effektiver beim Umgang mit Ausreisepflichtigen sowohl finanziell als auch beratend unterstützen soll. Wir haben dies gefordert, da unserer Meinung nach damit auch das uneffektive und menschlich sehr bedenkliche Ausreisezentrum in Trier überflüssig werden könnte. Das Geld, das dort hineingesteckt wird, soll – das haben wir schon immer gefordert – den Kommunen zur Unterstützung bei ihrer schwierigen Arbeit bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht zukommen. Den ersten Schritt hat die Landesregierung nun mit ihrem guten Projekt "Rückkehrinitiative 2005" getan. Vielleicht gelingt ihr auch noch der zweite Schritt, nämlich die Schließung des Ausreisezentrums in Trier.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch einschlägige Presseberichte verbunden mit anonymen Anschuldigungen sollte das Programm der Landesregierung "Rückkehrinitiative 2005" in Misskredit gebracht werden. Der Grund dieser Presseberichte liegt auf der Hand. Das ist auch nicht das Problem; denn dies ist klar erkennbar. Herr Kollege Hartloff hat schon ganz klar die Dinge auf den Punkt gebracht: Wahlkampf lässt grüßen!

Meine Damen und Herren, das Problem ist, dass dadurch die schwierige Arbeit derer, die sich in der Rückkehrhilfe engagieren, in unverantwortlicher Weise beschädigt wird.

> (Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mitte 2005 befanden sich über 7.100 ausreisepflichtige Personen in Rheinland-Pfalz, und bei rund 6.800 Personen bestand Duldung. Das heißt, aus den verschiedensten Gründen wurde ihre Abschiebung ausgesetzt.

Meine Damen und Herren, die Durchsetzung der Ausreisepflicht gehört zu den schwierigsten Aufgaben der

Ausländerbehörden. Ich denke, dies ist Ihnen bekannt. Der Ausreisepflichtige muss selbst mitwirken, und das Heimatland muss aufnahmewillig sein. In diesem Spannungsfeld entsteht zwangsläufig eine Unzahl von Problemen.

Man muss auch wissen, was die Alternative zu einer erfolgreichen Abschiebung ist, nämlich zuerst 18 Monate Abschiebehaft. Danach bleibt die Person im Land und erhält ohne zeitliche Begrenzung Sozialhilfeleistungen. Herr Kollege Hörter, ich hoffe, das ist Ihnen nicht entgangen.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion unterstützt das Bestreben der Landesregierung, den betroffenen Personen eine Ausreise in Würde zu ermöglichen. Große Sensibilität und hohes Einfühlungsvermögen sind erforderlich, um den richtigen Ton und die richtigen Worte zu finden, damit eine freiwillige Ausreise stattfindet

Damit wird den unterschiedlichen Interessen des Rückkehrers, des Herkunftslandes und des Aufnahmelandes, also Rheinland-Pfalz, entsprochen.

Meine Damen und Herren, die Landesinitiative "Rückkehr 2005" wurde aus diesen Erwägungen ins Leben gerufen. Sie verstärkt die bereits bestehenden Maßnahmen der Rückkehrförderung durch Beratung und finanzielle Hilfe für die Kommunen. Auch ich möchte unterstreichen, insbesondere gilt dies für die Kommunen

Die Landesinitiative bietet den Kommunen den bisher nicht vorhandenen Vorteil, angemessen, flexibel und vor allem einzelfallorientiert zu reagieren. Damit werden bestehende Möglichkeiten ergänzt und erweitert.

Damit die Kommunen mit der Landesinitiative richtig umgehen und alle Optionen anwenden können, ist eine Beratungsstelle für die Kommunen beim Diakonischen Werk Trier eingerichtet worden, die bereits von den Kommunen in Anspruch genommen wird.

Damit kann nicht nur ein ausländerrechtliches Problem gelöst und können Lebenswege von ausreisepflichtigen und ausreisewilligen Personen in positive Bahnen mit Zukunftsperspektiven gelenkt werden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, auch die Kommunen werden von den Kosten der hier lebenden ausreisepflichtigen Personen entlastet. Man darf nicht vergessen, dass auch Zwangsmaßnahmen Geld kosten und nicht zu 100 % erfolgreich sind.

Die Details werde ich Ihnen im zweiten Teil meiner Rede noch einmal erläutern.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Innenminister Bruch das Wort.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausgang der Debatte ist, so hoffe ich, klar. Es gibt einen Zeitungsartikel in der "Süddeutschen Zeitung", in dem ein Leiter einer Ausländerbehörde angeblich behauptet, er habe mit Ausländerinnen und Ausländern, die zurück sollen, gesprochen und selbst für 10.000, ja für 20.000 oder 50.000 Euro sei derjenige nicht bereit gewesen, in das Herkunftsland zurückzukehren. Dies ist eine Behauptung, die, wie wir jetzt wissen, von niemandem nachweisbar unterstützt wird. Es gibt keine Ausländerbehörde, die eine solche Aussage gemacht hat. Wir haben 36 Ausländerbehörden, die wir alle abgefragt haben.

(Hörter, CDU: Da meldet sich einer und sagt das!)

 Wenn man eine solche Behauptung aufstellt, sollte man auch dazu stehen.

(Beifall bei SPD und FDP – Mertes, SPD: So ist das!)

Ich rede zum zweiten Mal im Landtag zu dieser Frage. Das Thema war schon einmal im Landtag Inhalt einer kurzen Debatte. Insoweit bedauere ich es jetzt, in diesem Kontext zu der ersten Bemerkung in dieser Debatte etwas zu sagen. Man kommt natürlich sehr leicht in den Geruch eines Wahlkampfs, wenn man in dieser schwierigen Diskussion, die wir heute über Muslime und über die Fragen führen, wie wir mit Menschen umgehen, die fanatisiert sind, und welche Auswirkungen das möglicherweise auf das Land Rheinland-Pfalz oder die Bundesrepublik Deutschland hat, etwas sagt. Dazu kommt eine latente Ausländerfeindlichkeit, die ich wieder gespürt habe, nachdem die Zeitung mit den großen Buchstaben das veröffentlicht hat. Was ich an Briefen und Hinweisen von deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bekommen habe, spottet jeder Beschreibung.

Als ich die Debatte verfolgt habe, hat mich mehreres nicht nur verwundert, sondern ziemlich getroffen. Der Abgeordnete Böhr hat Folgendes behauptet: Kein Mensch hat etwas dagegen, wenn einem ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerber eine Starthilfe von 1.000 Euro mit auf den Weg gegeben wird. Aber dass es hier eine Aufforderung der Landesregierung gibt, zu verhandeln über 20.000, 30.000, 50.000 Euro, das macht mich schon ein bisschen fassungslos.

(Pörksen, SPD: Unglaublich!)

Es gibt keine Aufforderung der Landesregierung. Es gibt auch keine Zahlung. Ich habe im Fernsehen gesagt, ich erwarte in dieser Frage eine Entschuldigung.

(Beifall der SPD und FDP)

Herr Abgeordneter Dr. Weiland, wenn man so etwas behauptet, dann muss man auch Ross und Reiter nennen, wo denn diese Aufforderung steht und wer das in der Landesregierung gesagt hat.

Die Starthilfen, die wir gewähren, liegen weit unter diesen Zahlen. Manchen Kommunen steht noch nicht einmal diese Summe zur Verfügung.

Ich möchte aber noch etwas zu den Hintergründen sagen, weil das hier schon angesprochen worden ist. Für eine geregelte Zuwanderung ist es unabdingbar, dass eine im Rahmen des geltenden Ausländer- und Asylrechts festgestellte Ausreisepflicht grundsätzlich auch konsequent vollzogen wird. In den zurückliegenden Jahren wurden durchschnittlich 1.200 Personen abgeschoben. Zurzeit haben wir noch rund 7.000 Ausreisepflichtige.

Auch wenn ein Ausländer vollziehbar zur Ausreise verpflichtet ist, bedeutet das noch lange nicht, dass er im Wege des Verwaltungszwangs auch zurückgeführt werden kann. Um rückzuführen, muss die Identität geklärt werden, Reisepapiere müssen beschafft werden und Ähnliches mehr. Dazu hat diese Landesregierung umfängliche Arbeiten geleistet.

Wir haben ein Modellprojekt zur Identitätsfeststellung eingeführt. Wir haben für die Aufnahme Asylbegehrender die Aufnahmeeinrichtung in Trier, was Sie kritisieren. Wir haben die Landesunterkunft für Ausreisepflichtige zur Unterstützung der Kommunen geschaffen. Beide Einrichtungen besitzen wenige andere Länder. Aber es bleibt die Tatsache - insoweit haben die Ausländerbehörden eine sehr schwierige Aufgabe -, die Durchsetzung der Ausreisepflicht zählt zu den frustrierendsten Aufgaben, die eine Ausländerbehörde hat. Die Gründe liegen auf der Hand: Reisepapiere müssen beantragt werden. Dafür müssen Unterschriften geleistet werden. Die Herkunftsländer stellen häufig keine Reisepapiere aus. Es geht auch darum, dass viele Menschen krank sind. Hier setzt die Landesinitiative "Rückkehr 2005" an. Nur durch die Kombination von Konsequenz und einzelfallbezogener Hilfe für eine Rückkehr sind nach den bisherigen Erfahrungen auch Erfolge zu erzielen.

Die damalige Süßmuth-Kommission hat es beschrieben. Es gibt keinen Königsweg. Die freiwillige Rückkehr wird den Interessen aller Beteiligten am besten gerecht. Das war die Kernaussage.

Damit erspart es uns, solche Fälle zu haben, in denen Kinder oder Familien nachts aus den Betten und aus den Wohnungen geholt und mit Zwang in ein Flugzeug gesetzt werden. Es erspart den Gastländern, finanzielle, politische oder soziale Kosten zu übernehmen. Deswegen beteiligen sich alle Bundesländer seit Jahren an Rückführungsprogrammen wie REAG und GARP. Herr Abgeordneter Hörter, auch das Land Rheinland-Pfalz beteiligt sich. Wir haben übrigens im letzten Jahr über 300 Personen über dieses Programm zurückgeführt.

Aber dieses Programm ist unflexibel. Nicht förderfähig sind Medikamente, medizinische Hilfen, Sicherung einer Pflegestelle, stationäre Unterbringung im Heimatland usw. Außerdem ist es sehr unterschiedlich aufgelegt.

Damit Sie nicht denken, dass dies nur die Meinung des Innenministers des Landes Rheinland-Pfalz ist, lese ich Ihnen einmal vor, was ich von einem anderen Land zur Bilanz der zentralen Rückkehrberatungsstellen in Bavern bekommen habe. Frau Kollegin Stewens führt Folgendes aus: Ziel ist eine ergebnisoffene Beratung über die Bedingungen einer freiwilligen Rückkehr. Dies ist für die ausländischen Flüchtlinge in jedem Fall besser als eine Abschiebung unter Zwang. Dieser Programmansatz individueller Beratung und Hilfen in Bayern ergänzt die schon länger bestehenden Bund-Länder-Programme REAG und GARP, die Flüchtlingen Reisebeihilfen und gewisse pauschale Starthilfen gewähren. Aber das reicht alles oftmals nicht aus, um Flüchtlinge zur freiwilligen Ausreise zu motivieren und erfolgreich im Heimatland zu integrieren.

Deswegen hat die bayerische Landesregierung ein solches Programm auch aufgelegt, wie Sie es kritisieren.

(Mertes, SPD: Recht hat sie!)

Ich finde es ganz in Ordnung, dass sie das macht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Da Sie auch Zahlen über GARP und REAG in Bayern veröffentlicht haben – nämlich eine Zahl 1.000 –, muss ich Ihnen sagen, die Zahl ist falsch. Bayern teilt uns mit: 630 bei einer Quote von etwa 12,8 %, die sie aufnehmen müssen. – Ich sage Ihnen, wir rechnen mit mehr als 300 bei einer Aufnahmequote von 4,7 %. Wer macht denn da mehr in diesem Bereich, wenn Sie das schon kritisieren?

(Mertes, SPD: Das ist jetzt schwierig!)

Meine Damen und Herren, wir haben den Kommunen dann ein Programm angeboten. Wir haben keine Politik des Zügels gemacht. Das hat mich auch gewundert. Verschiedene Landräte – eigentlich nur zwei, einer in Bitburg-Prüm – haben erklärt: Wir haben keine Vorgaben gehabt.

(Lewentz, SPD: Der musste das erklären!)

Da bitte ich herzlich um Entschuldigung. Wir haben uns hier alle einmal verständigt, dass es keine Standards geben soll, wir Standards abbauen sollen, wir freie Hilfen geben sollen, und dann kommen welche daher und sagen: Wir haben keine Phantasie.

(Starker Beifall der SPD und Beifall der FDP – Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Diakonischen Werk durch Ausschreibung eine Beratungsstelle gefunden, die in jedem Einzelfall mit den betroffenen Stellen kooperiert. Von daher gesehen bin ich sehr zufrieden mit der Entwicklung.

Es gibt eine weitere Bemerkung von Herrn Hörter, der Landesrechnungshof möge sich doch mit dem Projekt beschäftigen. Wir haben den Landesrechnungshof schon im letzten Jahr mit dem Projekt beschäftigt, bevor wir es in Gang gesetzt haben. Wir haben ihn gefragt:

Hast du irgendwelche Einwände? – Ich sage es etwas salopp. Er hatte keine Nachprüfung, und wir sind sehr zufrieden damit, dass der Rechnungshof es so sieht.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Förderfähig sind also Ausreisewillige und -pflichtige, in erster Linie abgelehnte Asylbewerber. Ich will die Zahl nicht noch einmal wiederholen. Die Kommunen können zielgerichtet und zugeschnitten auf den konkreten Einzelfall Hilfen gewähren, die nicht in REAG und nicht in GARP dargestellt werden können. Sie erhalten sofortige und dauerhafte Ersparnis ihrer Sozialleistungen, und zwar durchgehend. Ich kann Ihnen Fälle nennen – wenn Sie das wollen, kann ich das gern noch tun – willkürlich im Land, wo wir Zahlungen geleistet haben. Die Kommune hat Zahlungen von 3.000 oder 7.000 Euro geleistet und hat damit innerhalb von drei Monaten eine Ersparnis auf Dauer von einem Vielfachen dieser Summe. Was also kritisieren Sie? Die Menschlichkeit?

Ich habe dieses Programm mit den katholischen Bischöfen – mit Kardinal Lehmann – besprochen. Er hat mich auf dieses Programm hin angesprochen. Der Präses der evangelischen Kirchen hat mich auf dieses Programm hin angesprochen. Alle haben erklärt, es ist gut, dass die Landesregierung ein solches Programm so aufgelegt hat und durchführt. Sie kritisieren das?

(Beifall der SPD und der FDP)

Nun geistert immer die Zahl mit 50.000 durch die Gegend. Dies passiert immer wieder. Wir haben abgefragt. Ich kann Ihnen die Zahlen für jede einzelne Kommune nennen. Wenn Sie mich nachher noch weiter fragen wollen, will ich das gern tun. Wir haben tatsächlich eine Zahlung gefunden – nicht wir –, eine Zahl von 40.800 Euro: in Bayern!

(Lewentz, SPD: Ach ja!)

Ich kritisiere das nicht, weil die Kollegin Christa Stewens genau begründet hat, warum sie das getan hat. Es war sozial gerecht, es war christlich, und es war menschlich. Dieses Programm ist so. Es ist sozial, weil es die sozialen Komponenten der Betroffenen und die soziale Situation der Kommunen beinhaltet. Es ist liberal, weil es sich öffnet, und es ist sehr christlich, weil es die Menschlichkeit beinhaltet.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Hörter.

(Lewentz, SPD: Bosbach heißt er doch!)

Ihnen stehen noch drei Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abg. Hörter, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist jetzt viel über die großartigen Hilfen für die Kommunen gesprochen worden. Dann darf man in diesem Zusammenhang vielleicht nur einmal daran erinnern, dass es diese Landesregierung war, die gerade im Zusammenhang mit den Leistungen für Asylbewerber die Mittel für die Kommunen in den vergangenen Jahren massiv gekürzt hatte.

(Beifall der CDU)

Ich will aber jetzt noch zwei ---

(Ministerpräsident Beck: So ein Unfug!)

Ich will kurz noch auf zwei Bemerkungen eingehen. Das Eine ist die Frage der Rechtsstaatlichkeit.

(Schweitzer, SPD: Der Menschlichkeit!)

Man kann dieses ganze Kaleidoskop hier entfalten und die ganze Nächstenliebe und alles, was Sie apostrophiert haben, Tatsache bleibt,

(Frau Spurzem, SPD: Das mit dem christlich ist schwierig!)

der Asylbewerber, der ganz bewusst seinen Pass weggeworfen hat und seine Identität nicht preisgibt, wird mit Geldgeschenken belohnt. Der deutsche Staatsbürger, der seine Identität verweigert, kommt in Beugehaft. Das ist der Unterschied.

(Beifall der CDU – Zurufe von der SPD und des Ministerpräsidenten Beck)

Erklären Sie das den Menschen in unserem Land.

(Zurufe von der SPD)

Erklären Sie das den Menschen in unserem Land.

(Ministerpräsident Beck: Zutiefst christlich ist das!)

Das ist das Eine. Die zweite Bemerkung: Wenn wir denn so viel Geld in diesem Land für Soziales und Humanitäres übrig haben, dann folge ich dem Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden unserer Fraktion.

(Lewentz, SPD: Schämen Sie sich, Herr Hörter!)

Dann sollten wir das Geld lieber für einen Fonds für zu Unrecht in Schwierigkeiten geratene Rheinland-Pfälzer ausgeben als für ein solches Projekt. Das macht mehr Sinn, und das hilft den Menschen in unserem Land mehr als all das, was Sie hier vorgetragen haben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Ministerpräsident Beck: Es wird ja immer primitiver hier! Das ist ja das Allerletzte! Das ist ja die allerunterste Schublade, was Sie hier vorgetragen haben! Ich schäme mich für Sie!)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Abgeordneter Hartloff.

Sie haben noch drei Minuten Redezeit.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Kollege, ich habe bislang gezweifelt, ob es Methode hat. Den Zweifel habe ich nicht mehr. Nicht nur Sprache entlarvt, sondern ich fand Ihren Auftritt peinlich für dieses Haus.

(Starker Beifall der SPD und Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Ihre Kolleginnen und Kollegen dazu geklatscht haben, das stimmt mich bedenklich.

(Ministerpräsident Beck: Einige!)

"Es ist natürlich" – das muss ich dann auch sagen, wenn ich die Äußerungen eben lese; ich zitiere aus der "Mainzer Rhein-Zeitung" vom 9. Februar Christoph Böhr – "eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn wir bei Hartz-IV-Empfängern um jeden Cent knausern und gleichzeitig einem abgelehnten Asylbewerber 50.000 Euro anbieten."

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Dr. Weiland, CDU: Bravo!)

CDU-Vize Michael Billen hält dagegen die bisherigen Heimkehrvorkehrungen des Bundes völlig ausreichend. Das Landesprogramm solle gestoppt werden und dafür Lehrer eingestellt werden, weil es Schlepperbanden und Geld-Tourismus Tür und Tor öffne.

Für CDU-Vize a. D. Weiland ist es von Grund auf falsch angelegt: "Welches Rechtsverständnis muss man haben, um ein solches Programm aufzulegen?"

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Dr. Weiland, CDU: So ist es!)

Das sind Sie, Herr Böhr, und Ihr Team. Das ist Ihr Geist.

(Dr. Weiland, CDU: So ist es!)

Das sollten sich Wählerinnen und Wähler anschauen.

(Beifall der SPD)

Wenn man vor fünf Jahren gesehen hat – ich zitiere aus der "Badischen Zeitung" vom 23. März 2001 –: "In Rheinland-Pfalz startet die CDU eine Unterschriftenaktion gegen Bundesumweltminister Trittin, und die NPD ist dabei,…" Die letzte Verzweiflungstat von Christoph Böhr. Die Kampagne erinnert fatal an die Aktion der hessischen CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft im Landtagswahlkampf. Damals griff man …" usw.

Das Ressentiment gegen Ausländer und Fremde wecken Sie wissentlich, um Ängste unserer Mitbürgerinnen

und Mitbürger aus Wahlkampfzwecken zu schüren. Das ist schlimm.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Abgeordneter Grützmacher das Wort.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Herr Hörter hat im Namen der CDU-Fraktion die Katze deutlich aus dem Sack gelassen.

Herr Hörter, wie Sie die Ausländerinnen und Ausländer gegen die Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen ausspielen, das ist perfide. Damit schürt man den Unfrieden im Land und bedient die Stammtische.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Es wäre schon wichtig, dass sich unsere Politik auch im Wahlkampf nicht in diese Niederungen begibt.

Ich habe gerade schon von der Pressekonferenz der REPUBLIKANER erzählt, denen Sie ein Thema weggenommen haben. Ich denke, es ist noch einmal deutlich gezeigt worden, dass die REPUBLIKANER dies schon ganz richtig gesehen haben.

Herr Weiland, wenn Sie in Ihrer Pressemeldung sagen, welches Rechtsbewusstsein man haben muss, um ein solches Landesprogramm aufzulegen, statt einfach unser Recht durchzusetzen, dann haben Sie überhaupt keine Ahnung von der Realität.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei SPD und FDP – Pörksen, SPD: Das stimmt!)

Dann wissen Sie überhaupt nicht, vor welch schwierigen Problemen die Ausländerbehörden stehen. Herr Hartloff hat schon vieles angesprochen. Aber einen Punkt zum Beispiel: Es gibt viele Länder – Indien, China und andere –, die ihre Leute nicht zurücknehmen. Was sollen denn die Ausländerbehörden machen? Einfach Recht durchsetzen? Also wer so ein Bild von der Realität hat, sich so von jeglicher Realität verabschiedet und die Welt so sieht, wie er sie sehen will, wie er sie haben will, muss aufpassen, dass er nicht sehr schnell auf dem Boden der Realität landet, nämlich bei der Landtagswahl, und mitbekommt, dass die Leute in Rheinland-Pfalz diese Dinge nicht honorieren werden. Das kann ich Ihnen verraten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte weitestgehend auf das verzichten, was ich in meinem zweiten Beitrag noch loswerden wollte. Im Grund genommen ist alles gesagt.

Herr Minister Bruch, vielleicht noch ein Beispiel: Wenn man bei einer sechsköpfigen Familie mit 1.800 Euro Sozialhilfe im Monat dies auf zehn Monate, 20 Monate und weiter hochrechnet, kommt man sehr schnell zu Zahlen.

(Billen, CDU: Das ist hochinteressant!)

wie Sie sie an dem Beispiel Bayern dargestellt haben.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich abschließend nur noch dem anschließen, was Frau Abgeordnete Grützmacher und Herr Abgeordneter Hartloff gesagt haben.

Herr Kollege Hörter, ich frage mich, ob nach dem, was Sie im zweiten Teil Ihres Beitrags von sich gegeben haben, das C im Logo ihrer Partei bei Ihnen wirklich für christlich steht.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich rufe nun das zweite Thema der

AKTUELLEN STUNDE

auf:

"Rheinland-Pfalz: ein sicheres Land – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2005 belegt: Rheinlandpfälzische Polizei gut aufgestellt" auf Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 14/4962 -

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Pörksen.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben zwar vor wenigen Tagen dank einer von der CDU beantragten Sondersitzung im Innenausschuss von Staatsminister Karl Peter Bruch die Ergebnisse der Kriminalstatistik 2005 dargelegt bekommen, die durchaus positive Entwicklungen aufzeigt. Das hatte die CDU sicherlich nicht erwartet, und es erwies sich für sie als Rohrkrepierer.

Da aber die CDU trotz Kenntnis der Zahlen ihre Schwarzmalerei fortsetzt, um die Menschen in unserem Land zu ängstigen, zu verängstigen – nichts anderes ist ihr Ziel –, sehen wir uns veranlasst, in einer Aktuellen Stunde noch einmal auf die Ergebnisse einzugehen. Das

auch deshalb, weil auf der einen Seite die CDU, die diese Sondersitzung beantragt hatte, während der Sitzung teilweise nur mit zweit Leuten dort "gehockt" hat. Das schien ihr besonders dringlich zu sein.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir reden auch deshalb heute noch einmal darüber, weil die Wiederholung ein pädagogisches Mittel auch für die CDU sein könnte.

Trotz der Kassandrarufe der CDU hat unsere Polizei ein hervorragendes Ergebnis vorgelegt. Die Aufklärungsquote konnte auf 61,3 % gesteigert werden. Früher war das ein Traumergebnis. Für uns ist es ein Beweis dafür, dass die Polizei engagiert und erfolgreich ist. Ihr gebührt von dieser Stelle unser ausdrücklicher Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dieser Wert, der in der Bundesrepublik kaum übertroffen wird, darf und wird uns nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen; im Gegenteil. Ein Beitrag dazu ist die Aufstockung der Polizei in diesem Jahr um über 160 zusätzliche Kräfte, insbesondere zur Stärkung des Wechselschichtdienstes und der Kripo.

Als geradezu peinlich wirken in Bezug auf die Polizeistärke die Versuche der CDU, die Leistung eingeschränkt einsetzbarer Polizistinnen und Polizisten abzuqualifizieren. Sie leisten genauso gute und wichtige Polizeiarbeit wie ihre Kolleginnen und Kollegen, zum Beispiel im Innendienst,

(Beifall bei SPD und FDP)

als Bezirksbeamte und in vielen anderen Funktionen. Gerade die Bezirksbeamten, deren Einsatz wir wesentlich verstärkt haben, leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls, das sich oft genug von der tatsächlichen Sicherheitslage unterscheidet.

Genau dies versuchen Sie, auch für Ihre Angstmacherei zu nutzen. Die Angst insbesondere älterer Menschen, Opfer einer Straftat zu werden, steht im klaren Gegensatz zur tatsächlichen Gefahr, die statistisch nachgewiesen ist. Das verschweigen sie natürlich.

Erfreulich ist der Rückgang der Straftaten gegenüber dem Vorjahr. Dabei überschätzen wir die Entwicklung nicht. Tatsächlich ist die Zahl der Straftaten zu hoch, wenn auch die Gefahr – dieser Hinweis sei an dieser Stelle besonders wichtig –, Opfer einer Straftat in Rheinland-Pfalz zu werden, erheblich unter dem Durchschnitt in Deutschland liegt. Daran ändern auch die Rechenbeispiele der CDU nichts.

Herr Kollege Hörter, ich rate Ihnen, geben Sie dem Kompetenzmann in Ihrem Team nicht nur Ihre Presseberichte, die Sie jede Woche wiederholen, sondern geben Sie ihm auch die PKS, damit er sich ein wahres Bild von den Verhältnissen vor Ort machen kann. Ich glaube, das wäre ganz vernünftig.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir haben erhebliche Rückgänge im Bereich der Tötungsdelikte, der Einbrüche in Wohnungen – ein besonders sensibler Bereich –, der Straßenkriminalität und der Vermögens- und Fälschungsdelikte festzustellen.

Dieser erfreulichen Entwicklung steht eine weniger erfreuliche Tendenz zu mehr von Gewalt und Aggression gekennzeichneten Delikten gegenüber. Hier liegt eine wichtige Aufgabe vor uns; denn dieser Tendenz liegen gesellschaftliche Fehlentwicklungen zugrunde. Deshalb ist es wichtig und richtig, mit Prävention und Deeskalation bereits in der Schule zu beginnen. Ein Beispiel ist die Streitschlichterarbeit in vielen unserer Schulen.

Weitere wichtige Vorhaben sind die zur Stärkung der Zivilcourage, wie zum Beispiel die Maßnahme "Wer nichts tut, macht mit". Wir müssen uns zur Wehr setzen und nicht nur zuschauen. Wir müssen offensiv gegen die Verrohung der Gesellschaft vorgehen – hervorgerufen durch viele Ursachen.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Festzuhalten ist aber auch, dass sich das Anzeigeverhalten wesentlich verändert hat. Wo früher weggeschaut wurde, erfolgt heute die Anzeige, besonders evident bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen, auf die wir in der morgigen Sitzung noch eingehen werden.

Natürlich will und werde ich dem Lieblingsthema "Rauschgiftkriminalität" nicht ausweichen, die tatsächlich zugenommen hat.

Mein Damen und Herren von der CDU, nehmen Sie doch endlich einmal zur Kenntnis, dass es um eine Kontrollkriminalität der Polizei geht. Je umfangreicher ihr Einsatz gegen diese Form der Kriminalität ist, die besonders verabscheuenswert ist, desto größer ist die Zahl der registrierten Fälle.

Meine Damen und Herren von der CDU, das ist doch nicht so schwer zu begreifen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Dies ist besonders deutlich geworden bei Kontrollen im Bereich des Verkehrs.

Erfreulich ist die Feststellung in der Kriminalstatistik, dass Kinder und Jugendliche immer weniger als Täter in Erscheinung getreten sind. Deshalb ist die immer wieder aufgestellte Behauptung, unsere Kinder und Jugendlichen würden immer krimineller, absolut falsch.

Trotzdem bleibt es unsere Aufgabe, die Präventionsarbeit weiter zu verstärken. Maßnahmen in Schulen vieler Art, wie sie vor wenigen Tagen auf eine Anfrage der CDU-Fraktion hin aufgeführt worden sind, sind ein wichtiges Beispiel.

Da wir vorhin über Ausländer gesprochen haben, verweise ich auf eine Stelle in der Kriminalstatistik: Die Zahl der kriminell werdenden Ausländer geht zurück. – Auch das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, wir leben in einem sicheren Land. Wir wollen es noch sicherer machen, und wir sind gewiss, dass die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz uns auch zukünftig die Erfüllung dieser Aufgabe zutraut und uns entsprechend beauftragt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Kohnle-Gros.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde korrespondiert ein Stück weit mit dem, was Sie in diesem Wahlkampf im Bereich der Inneren Sicherheit in den Vordergrund gestellt haben, Herr Pörksen. "In Rheinland-Pfalz mit Sicherheit gut leben" ist Ihr Schlagwort in dieser Frage. Wenn ich aber sehe, was Sie zu Papier gebracht haben und was Sie an Aussagen zu verbreiten gedenken, dann muss ich feststellen – das wundert uns nicht nur, sondern das freut uns auch ein Stück weit –, dass Sie bei dieser Debatte auf all das eingehen, was wir als CDU-Fraktion in diesem Landtag in den vergangenen Monaten und Jahren an Themen aufgerufen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nur einige Themen stichwortartig benennen, nämlich die Kriminalität an Schulen, die Kriminalität bei Jugendlichen und die Drogenproblematik.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

 Das ist Ihr Programm, lieber Herr Pörksen. Es ist nicht mein Programm.

So ganz falsch liegt die CDU-Fraktion offensichtlich nicht mit dem, was sie in der letzten Zeit aufgerufen hat; denn sonst würden Sie sich nicht so viel Mühe geben, das alles ein Stück weit im Wahlkampf zu widerlegen.

Sie versuchen außerdem an der Front entgegenzuwirken, dass wir polizeimäßig nicht gut aufgestellt sind. Herr Pörksen, Sie waren einer der Kollegen, die es nicht unterlassen konnten, 13 oder 14 neue Polizeibeamte in der Region als Wohltat zu verkünden. Meine Damen und Herren, diese so genannten neuen 160 Polizeibeamtinnen und -beamten sind natürlich keine neuen Polizeibeamtinnen und -beamten. Die Zahl geht auch nicht über das hinaus, um was es in der Vergangenheit gegangen ist, nämlich dass die Zahlen kontinuierlich zurückgefahren worden sind, entgegen den Koalitionsaussagen und anderen Programmatiken zum Beispiel bei den Haushaltsberatungen. Vielmehr handelt es sich um diejenigen, die frei geworden sind, nachdem ein Doppeljahrgang in die Bereitschaftspolizei übernommen worden ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD) Sie verschweigen natürlich auch, Herr Pörksen, dass Sie die Zahlen, die Sie jetzt vorlegen, dass es 9.000 seien, zu einem erheblichen Teil dadurch erreicht haben, dass Sie die Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten verlängert haben. Das schlägt natürlich in der Statistik zu Buche. Sie verschweigen, dass sich die Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten dadurch erheblich erhöht hat und damit die Einsatzbereitschaft der Polizei kritisch geworden ist.

Meine Damen und Herren, Sie führen die Zahlen aus der Statistik auf. Ich kann das an dem Bild, das Sie gemacht haben, noch einmal belegen. Die Zahlen sind in den vergangenen Jahren bundesweit in der Tat nach oben gegangen. Das ist zum Teil durch technische Veränderungen bedingt. Ich will das am Beispiel der Drogenkriminalität verdeutlichen. Zur Bekämpfung der Drogenkriminalität im Straßenverkehr gibt es neue Methoden, die es in der Vergangenheit nicht gab. Diese und andere Dinge haben dazu geführt, dass die Polizei sehr viel schneller und effektiver arbeiten konnte. An dieser Stelle müssten Sie ein Wort dazu sagen, Herr Pörksen. Wenn Sie im Bereich der Drogenkriminalität sehr viel machen. um die Zahl der aufgeklärten Straftaten positiv zu verändern - Sie haben nur einen Täter, wenn Sie ein Delikt erfasst haben -, dann müssen Sie einmal sagen, weshalb Sie diese Strategie ändern wollen, um die Zahl der Straftaten zu senken; denn diese ist in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren entgegen dem Bundestrend steigend gewesen. Auch das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

> (Beifall bei der CDU – Hartloff, SPD: Klatscht Ihr, weil Ihr das gut findet?)

Jeder in diesem Haus weiß, dass man mit Statistiken sehr viel machen kann. Wenn Sie jetzt nicht mehr die Drogendelikte, sondern nur noch die Drogendealer zählen, dann müssen Sie sagen, weshalb Sie das für notwendig halten. Die Zahlen sind Ihnen offensichtlich etwas zu hoch.

Ich will noch einmal Folgendes festhalten: Die Statistik ist gut in Rheinland-Pfalz. Das liegt an der guten Arbeit der Polizei. Das wissen wir. Sie ist aber auch ein Stück weit gesteuert. Das wissen all diejenigen, die sich mit diesem Thema seit langem beschäftigen. Sie ist in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Bayern und Thüringen, noch ein gutes Stück besser, nämlich dort liegt sie bei 65 %. Ich denke, das allein ist nicht der Maßstab.

Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass es Bereiche gibt, die uns große Probleme bereiten. Sie haben auf Verrohungsdelikte und anderes hingewiesen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich glaube schon, dass es sich lohnt, in diesem Bereich weitere Anstrengungen zu unternehmen. Wir werden in der zweiten Runde noch etwas dazu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Auler.

Abg. Auler, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aufklärungsquote liegt bei 61,3 %. Die Sicherheitslage in Rheinland-Pfalz ist dank erfolgreicher Sicherheitsarbeit sehr gut. Mit einer bisher nie da gewesenen Aufklärungsquote, der dritthöchsten im Bundesgebiet, nimmt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich eine führende Position ein.

(Beifall bei FDP und SPD)

Diese ist höher zu bewerten, da die Zahl der insgesamt erfassten Straftäter immer noch, wenn auch langsamer ansteigt. Rheinland-Pfalz ist im Bundesvergleich unverändert ein sicheres Land. Auch die Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes ist ein wirksamer Beitrag zur Gewährleistung eines hohen Standards der Inneren Sicherheit gewesen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir verfügen heute über eine Polizei, die so gut ausgebildet ist wie nie zuvor, einen Ausbildungsstand, der ständig erweitert wird, eine technische und persönliche Ausstattung der Polizeibeamtinnen und -beamten wie nie zuvor und Beförderungsmöglichkeiten, von denen andere Bundesländer weit entfernt sind.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Aktionsradien bei der Kriminalität haben sich ausgedehnt. Insbesondere wegen des Wegfalls der Grenzkontrollen, grenzüberschreitender Kriminalität, Terrorismus und illegaler Migration befürwortet unsere Fraktion ebenfalls grenzüberschreitende sicherheitspolitische europäische Standards, ferner Kooperation, Kommunikation und Informationen im Interesse einer effizienten Kriminalitätsbekämpfung. Der europäische Haftbefehl ist ein Einstieg in eine verstärkte Vernetzung.

Polizeiaufgaben sind Ländersache. Nach Auffassung der FDP-Fraktion soll das auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Unsere Fraktion ist gegen eine Ausdehnung der Zuständigkeiten der Bundespolizei für das Gefahrenabwehrrecht, die mit einem Verlust an Aufgaben der Länderpolizei korrespondieren würde. Auch ein einheitliches Polizeirecht für Deutschland hält die FDP nicht für zielführend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die derzeitige Stärke der Polizei liegt bei ca. 9.000 ausgebildeten Beamtinnen und Beamten, davon 1.725 Kriminalbeamtinnen und -beamte. Verbunden mit moderner Ausrüstung und präventiver Kriminalitätsbekämpfung gelingt erfolgreiche Sicherheitsarbeit zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei FDP und SPD)

Im Vergleich zum Jahr 1991 sind heute 520 Polizeibeamtinnen und -beamte mehr im Einsatz. 125 Angestellte wurden in der 14. Legislaturperiode zur Entlastung im Innendienst eingestellt.

Polizeibeamtinnen und -beamte sind wie alle Beamtinnen und Beamte in Rheinland-Pfalz in das Besoldungs-, Versorgungs- und Beihilferecht eingebunden. Ich will an dieser Stelle noch einmal klarmachen, dass unsere Fraktion keine weiteren finanziellen Opfer mehr von den Beamten im Allgemeinen und den Polizeibeamten im Besonderen bei Besoldung und Versorgung verlangt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz nimmt auch bei der Ausbildung der Polizei im Bundesvergleich einen Spitzenplatz ein.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Eine Weiterentwicklung des Diplomstudiengangs der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei, in einen Bachelor-Studiengang findet die uneingeschränkte Zustimmung der FDP-Fraktion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe von der erfolgreichen Arbeit der Polizei und einer guten inneren Sicherheitslage gesprochen. In Zahlen spiegelt sich der Erfolg in der polizeilichen Kriminalstatistik wieder, auf deren Einzelheiten ich im zweiten Teil meiner Rede eingehen werde.

Danke schön.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir erleben auch heute wieder, wie ein zentrales Wahlkampfthema der CDU immer stärker in sich zusammenbricht. Seit Monaten müssen wir uns anhören, wie Sie Ängste schüren. Vorhin haben wir gehört, wie Sie gegen Minderheiten polemisieren und wie Sie Gefahren heraufbeschwören. Diese Strategie bricht immer mehr in sich zusammen. Davor wird Sie auch kein Herr Bosbach bewahren. Niemand kann Sie davor bewahren. Sie trudeln da immer mehr hinein.

Das hat damit angefangen, dass Sie eine Umfrage in Auftrag gegeben haben, im Rahmen derer Sie insbesondere unter Ihrer eigenen Klientel Fragen der Inneren Sicherheit abgefragt haben. Anhand dieser Umfrage haben wir sehen können, dass Ihre eigenen Leute das alles nicht so aufgeregt sehen, wie Sie das gern hätten, um Ihr Wahlkampfsüppchen kochen zu können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann haben Sie mit großem Getöse den Innenausschuss zu einer Sondersitzung zusammengetrommelt,

aber es ist nichts, aber auch gar nichts von dem herausgekommen, was Sie sich davon erhofft hatten. Heute versuchen Sie das fortzusetzen.

(Hartloff, SPD: Nur drei waren da!)

Bei einer solchen CDU-Opposition macht es vielleicht kein Vergnügen, Innenminister zu sein, aber es ist auf jeden Fall relativ einfach, Innenminister zu sein, wenn man es mit einer solchen CDU-Opposition zu tun hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dadurch wird jede Regierungskoalition in die Lage versetzt, sich mit einfachsten Mitteln bei einem Thema durchzufeiern, das Sie für sehr ernst halten, das Sie aber nicht ernsthaft betrachten.

Ich will es einmal anders versuchen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Land Rheinland-Pfalz ist weiß Gott nicht so unsicher, wie Sie tun. Gehen Sie einmal raus und fragen Sie die Menschen, wie sie sich fühlen. Das, was Sie versuchen in die Welt zu setzen, ist doch Unsinn.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Es ist aber auch nicht alles in Ordnung.

(Hartloff, SPD: Wo wäre das der Fall?)

Man muss das etwas differenzierter betrachten.

 Wo wäre das der Fall? Herr Hartloff, Sie haben sogar Recht.

Unsere Polizei leistet eine gute Arbeit. Ich trage Ihnen jetzt ein paar Dinge vor, bei denen ich meine, da muss sie noch besser werden. Dabei müssen wir unsere Polizei auch unterstützen. Dabei wird sie zum Teil politisch nicht genug unterstützt. Das geht aber nicht mit dem Draufhauen, das Sie probieren.

Wir müssen die Polizei in die Lage versetzen, in den Bereichen Wirtschaftskriminalität, Korruption, Internetkriminalität als neue Herausforderung und bei allen Straftaten gegen Leben und körperliche Unversehrtheit besser zu werden, die Menschen besser zu schützen und Kriminalität besser abzuwehren. Wie können wir das tun? Wir können natürlich jenseits jeder seriösen Haushaltspolitik 1.000, 2.000 oder sogar 5.000 - die Zahlen sind beliebig - Polizisten mehr fordern. Ist es das aber wirklich? Ich sage Ihnen, wenn es gelingt, die 9.000 Polizeibeamtinnen und -beamten, die wir haben, zu halten, und wenn es gelingt, diese 9.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auf polizeiliche Kernaufgaben zu beschränken - dies nicht im Sinne einer Beschränkung, sondern dass sie sich auf diese Arbeiten konzentrieren können -, haben wir ungeheuer viel gewonnen. Dann können sie in den wichtigen Bereichen aktiver werden. Da muss man einiges machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist natürlich Klein-Klein und eignet sich nicht für irgendwelche populistischen Angstkampagnen.

Darüber hinaus darf man Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit nicht das Wort reden. Das tun Sie aber an anderer Stelle. Das tun Sie sehr gern in den Kommunen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das ist doppelzüngig. Natürlich wertet man die Arbeit der Polizei ab, wenn man versucht, öffentliche Sicherheit zu privatisieren. Man wertet sie auch dann ab, wenn man völlig unqualifizierte und unsinnige Diskussionen über Polizeieinsätze der Bundeswehr im Inneren heraufbeschwört.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man das tut, negiert man völlig, welche spezielle Ausbildung und welche hohe Qualität die Ausbildung unserer Polizeibeamtinnen und -beamten aufweist. Ich sage es einmal überspitzt: Dann kann das jeder machen. – Nur weil Polizeibeamtinnen und -beamte so wie Soldaten zum Tragen von Waffen in der Lage sind, kann man nicht den Schluss ziehen, Soldaten im Innern einsetzen zu können. Dies einmal unabhängig von den ganzen verfassungsrechtlichen Problemen, die es gibt.

(Glocke des Präsidenten)

Sie tun der Sicherheit im Land und der Polizei keinen Gefallen. Einfache Strickmuster, wie Sie sie verwenden, helfen da nicht. Wie gesagt, Sie geben dieser Regierung, dieser Koalition, die Möglichkeit, sich in hellem Licht darzustellen; denn wo viel Schatten ist, ist natürlich auch relativ viel Raum für Licht.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Innenminister Bruch.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin froh und dankbar, dass ich das Thema "Kriminalstatistik 2005" noch einmal in der ablaufenden Legislaturperiode als verantwortlicher Minister aufgreifen kann. Das Thema spielt im Wahlkampf natürlich eine Rolle, weil die CDU versucht hat, es zu einem besonderen Thema in diesem Land zu machen, womit sie kläglich gescheitert ist. Auch das muss man sagen.

Frau Kohnle-Gros, hätten wir allerdings so diskutiert, wie Sie mit uns diskutiert haben, wäre mir viel wohler. Ich habe das im Innenausschuss anders erlebt. Ich erlebe das auch durch Kleine Anfragen, die sich inzwischen auf 80 Stück belaufen. Heute sind wieder vier Kleine Anfragen eingetrudelt.

(Pörksen, SPD: In einem Jahr!)

- In einem Jahr.

Wenn man auf der einen Seite beklagt, dass es Schwierigkeiten sowie Standardisierung und Abbau im Land gibt, sollte man sich meiner Meinung nach auf das konzentrieren, was man wirklich fragen will.

(Mertes, SPD: Fliegenbeinzähler!)

Wir können Ihnen eine sehr erfreuliche Statistik vortragen. Frau Kohnle-Gros, wir ändern auch nichts an der Statistik. Ich habe das nicht verstanden. Das gilt auch für den Bereich der Drogenkriminalität.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Sie können isoliert an der Statistik gar nichts ändern. Das ist eine bundeseinheitliche Statistik. Änderungen müssen also alle zustimmen. Deshalb können wir von unserer Seite aus an dieser Statistik nichts ändern.

Die Polizei hat – ich nenne diese Zahl immer wieder gern, wobei ich davon ausgehe, dass dies für Thomas Auler auch gilt, weil wir beide zu früheren Zeiten ganz andere Zahlen durchaus sehr stolz vorgetragen hätten – 61,3 % aller erfassten Straftaten aufgeklärt. Das ist doch ein Wort. 61,3 %. Nachher sage ich noch etwas zur Rangliste.

2.800 Straftaten weniger beruhigt nicht, aber dadurch wird möglicherweise eine Tendenz deutlich, wie sich die Arbeit der Polizei seit 1991 verändert hat. Die Tötungsdelikte sind rückläufig. Die Zahl der Einbrüche in Wohnungen ist deutlich zurückgegangen. Wir haben weniger Betrugsdelikte, und die Straßenkriminalität ist rückläufig.

Wir machen aber auch keinen Hehl daraus, dass wir Schwachpunkte haben. Im Bereich der Aggressionsdelikte erleben wir bundesweit nämlich eine Zugabe. Das ist kein rheinland-pfälzisches Phänomen.

Wir haben höhere Zahlen bei der Rauschgiftkriminalität. Da stellt sich die Situation ein wenig anders dar als im Bundesdurchschnitt, weil wir 3.500 Polizeibeamtinnen und -beamte gesondert geschult haben, um feststellen zu können, wie das bei Drogenfahrten aussieht, wenn jemand nicht betrunken ist, aber Ausfallerscheinungen hat. Das war doch eine gute Sache.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben im vergangenen Jahr 4.770 Drogenfahrten ermittelt und aufgeklärt.

Wir haben zum Glück weniger Kinder und Jugendliche als Tatverdächtige. Darüber hinaus haben wir einen deutlich geringeren Anteil an ausländischen Tatverdächtigen.

Die Aufklärungsquote macht meiner Meinung nach klar, dass es ein hohes Entdeckungsrisiko in Rheinland-Pfalz gibt. Ich bin auch der Meinung, dass es richtig war, seit 1991 die Politik zu machen, die wir gemacht haben. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist in den mehr als 14 Jahren, die wir jetzt regieren, deutlich geringer geworden.

Bei Straftaten gegen das Leben – nur um einmal eine Zahl zu nennen – liegt die Aufklärungsquote permanent deutlich über 90 %. Im Jahr 2005 hat sie sogar bei 92,9 % gelegen. Bei Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist die Aufklärungsquote so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr mit 76,9 %. Bei Hoheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit liegt die Aufklärungsquote seit 15 Jahren bei über 85 %. 2005 belief sie sich sogar auf 89,1 %.

Sie kritisieren, dass in den vergangenen Jahren in Rheinland-Pfalz entgegen dem Bundestrend die Zahl der Straftaten gestiegen ist.

Ich habe das nie bestritten. Wir haben das mit Sorge festgestellt. Wir haben auch versucht, in den Apparat hineinzugehen und uns zu fragen, woran das liegt. Es kommt viel zusammen, nämlich die Arbeit der Polizei, die gesellschaftspolitische Entwicklung und Ähnliches mehr. Wenn Sie das schon vergleichen, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen.

Ich komme gleich noch einmal auf die Kompetenz zurück, die Ihre Partei im Bereich der Sicherheit noch hat. Dann schauen wir uns einmal an, was in den letzten 14 Jahren Ihrer Regierungszeit war und was in unserer Regierungszeit ist. Von 1992 bis 2005 verzeichnet die polizeiliche Kriminalstatistik einen Anstieg aller Straftaten um 28,6 %. Die Häufigkeitsziffer stieg um 21 %. Unter der Verantwortung der CDU nahmen die Straftaten von 1978 bis 1991 um über 31 % zu. Die Häufigkeitszahl stieg um fast 27 %.

Bei Ihnen stieg die Aufklärungsquote in den 14 Jahren um knapp über 4 %, bei uns um über 11 %. Wenn man das weiß, muss doch klar sein, dass in der Sicherheitspolitik dieses Landes etwas geschehen ist. Das hat diese Koalition ganz hervorragend gemeistert. Anders kann man es gar nicht sagen. So ist das. Das sind die nackten Zahlen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Als Sie abgewählt wurden, haben wir eine rückständig organisierte, personell unterbesetzte, unterbezahlte und unzureichend ausgestattete Polizei vorgefunden. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als wir die Dienststellen besucht haben und Joachim Mertes den Satz von den Sperrholzdienststellen –

(Mertes, SPD: Sperrmüll!)

 Sperrmülldienststellen – geprägt hat. Ich meine, Sie greifen immer gleich zu dem Knüppel, es müssten andere Gesetze her, statt sich darum zu kümmern, wie man das möglicherweise ohne Rechtseingriffe lösen kann.

Wir haben seit 1991 unsere Versprechen, die diese Koalition gemacht hat, konsequent eingelöst. Damit haben eine moderne Polizeiorganisation, deutlich mehr Personal, bessere Bezahlung der Beamtinnen und Beamten, eine enorme Investition im Bereich der Technik, Informationssysteme und eine deutliche Stärkung der Kriminalprävention zu tun. Wir haben eine sehr stabile

Sicherheitspolitik geschaffen. So sicher wie jetzt haben sich die Leute in Rheinland-Pfalz noch nie gefühlt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Schauen Sie sich einmal die Umfragen an. Sie werden zwei deutliche Hinweise finden. Der erste Hinweis ist, dass die Polizei in Rheinland-Pfalz von allen Gruppen, die gefragt worden sind, wie das Vertrauen aussieht, das die Bevölkerung in diese Gruppen hat, das höchste Vertrauen genießt. 95 % der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sagen, dass sie Vertrauen in die rheinland-pfälzische Polizei haben. Das ist ein toller Wert.

(Beifall der SPD und der FDP)

Frau Kohnle-Gros, 85 % sagen, die Sicherheit in Rheinland-Pfalz war noch nie so gut wie jetzt. Wir sind mit dieser Regierung zufrieden. Auch das ist eine Aussage.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn Sie sich die Umfrage vom Südwestrundfunk ansehen, können Sie das in der Tiefe ermitteln. Dann gibt es noch die Frage, ob die Kompetenz für die Sicherheit noch bei der CDU liegt. Da liegt sie nicht mehr. Auch das sollten Sie wissen. Das wundert mich nicht, wenn ich sehe, mit welchen Äußerungen Sie leben.

Ich will noch eine Bemerkung zu den Einstellungen machen. Herr Dr. Weiland hat die ganzen Haushaltswünsche der CDU zurückgenommen und gesagt, das wollen wir alles irgendwann machen, möglicherweise in den nächsten fünf Jahren. Diese berühmten 800 Millionen Euro, die Sie aus der Tasche holen, hat er sofort wieder einkassiert. Das gilt auch für die 800 Polizistinnen und Polizisten. Sie sind nicht mehr da. Er sagt, das wollten wir später machen. Diese Landesregierung wird in den nächsten fünf Jahren 1.250 Polizistinnen und Polizisten einstellen. Das zu Ihrer Zahl.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir tun nur das, was wir seit fünf Jahren kontinuierlich machen. Ich sage noch etwas dazu, weil es mich immer wieder ärgert. Wir haben nicht nur 9.150 Polizistinnen und Polizisten. Wir haben auch über 2.000 Angestellte und Arbeiter. Diese arbeiten auch für die Sicherheit und machen es gut.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Pörksen.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich sagen, dass wir die CDU-Kollegen schon anders erlebt haben als Frau Kohnle-Gros heute. Das will ich wohltuend für mich zur Kenntnis nehmen.

Frau Kollegin Kohnle-Gros, ich möchte etwas zu den Zahlen bei der Polizei sagen. Ich habe sie gelobt. Das kann ich nicht wiederholen. Das geht wegen der Zeit nicht.

Da Sie immer so auf die Zahlen abheben, wie 1 zu 400 als Durchschnitt, möchte ich Ihnen ganz kurz einen Hinweis aus einem Land geben, das immer gelobt wird. Dort sind die Zahlen exakt so hoch wie in Rheinland-Pfalz. Weitere vier Länder haben schlechtere Zahlen, unter anderem Nordrhein-Westfalen, woher irgendein Kompetenzmann kommen soll. Das nur als Hinweis.

Zu der Frage, ob dieser Vergleich 1 zu 400 richtig sei, sagt der Minister, der genannt ist: Aufgrund vielschichtiger Einflussfaktoren, zum Beispiel unterschiedlicher Qualifikationsstrukturen und Qualifikation der Polizei – diese ist bei uns hervorragend – und unterschiedlicher Raumstrukturen in den Bundesländern ist die Polizeidichte als Kennzahl für das Maß an Innerer Sicherheit in einem Bundesland ungeeignet. Das sagt ein CDU-Minister. Dem können wir uns in dieser Frage nur anschließen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie haben gesagt, wir würden Ihnen folgen, was die Frage der Aufklärung der Deeskalation in den Schulen betrifft. Wir und nicht Sie haben das Streitschlichterprogramm eingeführt. Wir haben eine Reihe von weiteren Programmen an den Schulen. Ich kann sie im Einzelnen vorlesen. Schauen Sie sich die Drucksache 14/4815 an. Darin ist alles genau aufgeführt.

Sie haben gesagt, die Statistik sei gesteuert.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Dabei bleibe ich auch!)

Ich weiß nicht, ob Sie in der Sitzung anwesend waren. Ich kann mich nicht erinnern. Es waren nicht viele von Ihnen da.

(Glocke des Präsidenten)

Darin ist Herr Preußinger hinsichtlich der Statistik befragt worden. Er hat gesagt, es habe keine Veränderungen gegeben. Deswegen tun Sie doch nicht so, als wenn die Statistik geändert worden ist. Das ist ein wenig unlauter.

Ich denke, wir leben in einem sicheren Land. Das bleibt so, weil wir an der Macht bleiben.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Kohnle-Gros.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Ich bin gelobt worden, aber ich habe nicht verstanden, was er gesagt hat.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident, in aller Kürze. Ich sehe leider immer noch nicht die Zeit. Sie müssen mich notfalls abklingeln.

Meine Damen und Herren, ich denke, man kann sicher über das eine oder andere streiten.

Herr Innenminister, ich glaube, man kann nicht darüber streiten, dass Sie selbst als Landesregierung dazu beigetragen haben, dass hinsichtlich der Zahlen der Polizeibeamtinnen und -beamten in diesem Land höchste Verunsicherung eingetreten ist. Ihr Vorgänger hat uns bei jeder Gelegenheit eine andere Zahl vorgetragen, die Einstellungszahlen immer wieder verändert und auf gewerkschaftlichen und unseren Druck hin wieder angehoben.

Herr Kollege Auler – Sie können nichts dafür; Sie waren noch nicht dabei; ich sage es Ihnen aber trotzdem –, die FDP war im letzten Wahlkampf immer der Meinung, Rheinland-Pfalz müsste, um sicher zu sein, 10.000 Beamtinnen und Beamte haben. Ich meine, Herr Brüderle kann sonst auch rechnen. Er wird wissen, warum er das gesagt hat.

Das ist ein Streitpunkt. Man kann darüber reden, ob das reicht oder nicht. Wir sagen: Es reicht nicht. – Es reicht nicht nur wegen der Zahl der Kriminalstatistik nicht, sondern auch, weil es um die Belastung der Polizeibeamtinnen und -beamten geht.

Lesen Sie einmal das GdP-Blättchen vom vorletzten Mal. Darin können Sie nachlesen, dass der Stolz auf die Statistik auch in der Polizei vorhanden ist. Man schreibt darin auch – Herr Marz, wenn Sie etwas verstehen wollen, lesen Sie das einmal nach –: Lange ist dieser Druck, der auf der Polizei lastet, nicht mehr auszuhalten.

Meine Damen und Herren, das ist unser Anliegen in dieser Geschichte. Es geht nicht darum, die Polizei glücklich zu machen, sondern die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auf Dauer zu gewährleisten. Aufgabe eines Landtags und einer Regierung ist, das Personal, das wir in diesem Bereich haben und brauchen, in die Lage zu versetzen, unter anständigen Bedingungen die Arbeit zu leisten. Alles andere ist völlig unstreitig, wie zum Beispiel die Ausstattung und die Qualität der Ausbildung. Sie werden nicht hören, dass ich darüber diskutiere. Deswegen brauchen Sie mich nicht zu bekehren.

Meine Damen und Herren, Sie müssen uns als Opposition zugestehen, dass wir die Schwachpunkte, die Sie, Herr Bruch und Herr Pörksen, angesprochen haben, auf unsere Art und Weise an die Öffentlichkeit bringen. Ich sage es noch einmal: Sie machen es in Ihrem Wahl-

kampfheftchen selbst. Sie gehen auf die problematischen Bereiche ein und versuchen, ein bisschen die Luft herauszunehmen, die wir hineingepumpt haben.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Über Details kann man in diesen Fragen natürlich sprechen, aber es ist in der Tat so, Rheinland-Pfalz hat als Flächenland – Herr Mertes, Sie haben das einmal so schön gesagt – insgesamt keine schlechte Situation, weil wir ein ländlich strukturierter Raum mit einer Familienstruktur, mit einer Vereinsstruktur.

(Glocke des Präsidenten)

mit einer dörflichen Struktur sind, die Gott sei Dank noch aut ist.

(Mertes, SPD: Und einer guten politischen Struktur!)

Deswegen sind wir auch nicht mit Hamburg zu vergleichen. Das wäre ja fürchterlich, wenn das so wäre.

Wir stellen aber auch fest, dass sich die Kriminalität natürlich auch in die ländlichen Räume verdrückt. Dort, wo viel gemacht wird, in den Städten oder so etwas, wo nicht mehr so viel zu holen ist, zieht sich die Kriminalität zurück und kommt in den ländlichen Raum. Darauf müssen wir ein Stück weit vorbereitet sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Auler das Wort.

Abg. Auler, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kohnle-Gros, es ist richtig, wir haben das im letzten Wahlprogramm stehen: 10.000 Polizisten. – Ich sage aber, wir sind schlauer geworden. Wissen Sie überhaupt, wie lang Sie für Ihre 800 Polizisten brauchen, bis sie ausgebildet sind? Im Jahr 2030 hätten wir 10.000 Polizisten.

Lassen Sie mich bitte noch einige kurze Anmerkungen zu Eckpunkten in der Kriminalstatistik machen. Im vergangenen Jahr ist es der Polizei gelungen, 180.000 Straftaten aufzuklären, also 61,3 %. Im Vergleich dazu lag 2001 die Aufklärungsquote noch bei 56,6 %. Dies ist eine sehr erfreuliche Entwicklung. Bei Straftaten gegen das Leben beträgt die Aufklärungsquote sogar 92,9 %, bei Straftaten gegen sexuelle Selbstbestimmung liegt sie bei 76.9 %.

Was die Fallzahlen angeht: Der Gipfel der Fallzahlen war im Jahr 2004 mit weit über 300.000 Straftaten erreicht. Im Jahr 2005 ist ein Rückgang um 0,9 %, das sind 2.768 Delikte, zu verzeichnen. Ein Trendwende?

Möglicherweise; denn man muss dabei gleichzeitig berücksichtigen, obwohl die Zahlen zurückgegangen sind, insgesamt haben wir innerhalb der polizeilichen Kriminalstatistik einen Anstieg der Rauschgiftzahlen. Insider wissen das: Rauschgiftkriminalität ist eine so genannte Holkriminalität. Es kommt niemand zur Polizei und sagt: Ich habe eben 10 Gramm Haschisch gekauft. – Es wird sich niemand selbst anzeigen. Die Polizei muss also selbst tätig werden. Jetzt überlegen Sie einmal: Die Rauschgiftzahlen sind so weit angestiegen, und trotzdem sind die Fallzahlen so weit gefallen. Wir könnten vielleicht – ich hoffe es, ich wünsche es – von einer Trendwende sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Risiko, Opfer eines Straftäters zu werden, betrug im Jahr 2005 in Rheinland-Pfalz 7.332 Straftaten pro 100.000 Einwohner. Das sind übrigens fast 800 weniger als im Jahr 2004.

Bei den Straftatenhauptgruppen ergibt sich folgendes Bild: Gestiegen sind Rohheitsdelikte, sonstige Straftaten nach dem Strafgesetzbuch für Unterhaltspflichtverletzungen, Sachbeschädigungen, Umweltdelikte. Gestiegen sind auch die Gewalttaten in engen sozialen Beziehungen, und zwar um 14,1 %, was außerordentlich bedenklich erscheint.

(Glocke des Präsidenten)

Dem gegenüber steht ein Rückgang zahlreicher anderer Straftaten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei der Polizei für ihre Arbeit im Jahr 2005 bedanken und wünsche mir, dass es so weitergeht.

Danke schön.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur noch zu einem Punkt etwas sagen.

Frau Kohnle-Gros, wenn wir uns darauf einigen könnten, dass die Frage, wie viel Polizistinnen und Polizisten wir haben, eigentlich zuerst einmal zweitrangig ist, hinsichtlich der Frage, wie sicher dieses Land ist und wie belastet die Polizei ist, dann wären wir in der Diskussion schon viel weiter. Ich verstehe, 800 Polizisten oder die 2.000 der FDP von vor fünf Jahren, das geht leichter auf Plakate. In der Sache bringt uns das natürlich nicht weiter. Wir müssen vielleicht über die Kleinigkeiten sprechen.

Angenommen, wir hätten die 10.000 Polizisten der FDP und diese Polizei wäre technisch schlecht ausgestattet.

Was die technische Ausstattung unserer Polizei angeht, haben wir einen erheblichen Nachholbedarf, Herr Minister, das wissen Sie auch. Diskutieren Sie doch einmal darüber, statt über Ihre statistischen Verrenkungen, die Sie machen. Es nützt für die Sicherheit in diesem Land überhaupt nichts, wenn die 10.000 Polizisten technisch schlecht ausgestattet sind.

Zweites Beispiel: Warum müssen Polizistinnen und Polizisten die Geschwindigkeitsüberwachung bei uns machen? Warum können das nicht andere machen? – Das könnte zum Beispiel kommunalisiert werden. Das hat nichts mit Kriminalitätsbekämpfung oder nur in seltenen Fällen zu tun. Das ist eine Möglichkeit, um die Polizistinnen und Polizisten und die Polizeiarbeit insgesamt zu entlasten.

Lassen Sie uns darüber diskutieren. Ich denke, natürlich ist die Frage der Zahl der Polizisten wichtig, und zwar insofern, als es irgendwo eine kritische Masse nach unten gibt, wo es wirklich nicht mehr zu vertreten ist. Ich denke, diese Zahl liegt irgendwo im Bereich dieser 9.000. Sie sollte nicht unterschritten werden, sie sollte gehalten werden.

In diesem Rahmen – wir reden auch über Geld; wir können nicht sagen, in diesem Bereich spielt Geld keine Rolle – müssen wir die Polizei so ausstatten und so entlasten, dass sie ein sicheres Rheinland-Pfalz gewährleisten kann, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde.

Zunächst möchte ich Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt Nackenheim sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anwaltskanzlei Kroll & Kollegen aus Frankenthal. Ich begrüße Sie ganz herzlich im Landtag!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren ich rufe nun **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung

"Wissen schafft Zukunft – Perspektiven für die rheinland-pfälzischen Hochschulen in einer Hochschullandschaft im Umbruch"

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Professor Dr. Jürgen Zöllner das Wort.

Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Regierungserklärung im letzten Plenum einer Wahlperiode, ja, ich habe mich dazu entschlossen.

Die wissenschaftspolitischen Entscheidungsabläufe in der Republik in den nächsten Monaten erfordern nämlich ohne Zweifel jetzt und augenblicklich eine Positionierung von Rheinland-Pfalz.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ein bisschen spät!)

Das deutsche Wissenschaftssystem steht vor den größten Umbrüchen seit Jahrzehnten. Als Stichworte seien hier beispielhaft nur die Einführung von Studiengebühren in einigen Ländern, die Auswirkungen der Föderalismusreform, die Umsetzung der Exzellenzinitiative oder die Ankündigung eines Hochschulpakts genannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der gesamte Prozess berührt unmittelbar die Zukunfts- und Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen, die auf der Einheit von Forschung und Lehre und auf dem untrennbaren Zusammenhang von Breite und Spitze beruht. Diese Begriffspaare stehen zur Disposition. Die Folgen davon sind immens. Sie verändern nichts weniger als die Gesamtkoordinaten und damit die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems in dieser Republik.

(Vizepräsidentin Frau Grützmacher übernimmt den Vorsitz)

Vor diesem Hintergrund müssen wir in Rheinland-Pfalz unseren Standpunkt deutlich machen und versuchen, den Prozess entsprechend zu beeinflussen. Alle diese strukturellen Weichenstellungen haben auch erhebliche finanzielle Auswirkungen. Milliarden, die bei der Umsetzung der Föderalismusreform und bei einem Hochschulpakt neu verteilt werden, müssen adäquat auch den rheinland-pfälzischen Hochschulen zugute kommen.

Diesen Umbruch gestalten wir hierzulande durch eine vorausschauende Wissenschaftspolitik aktiv. Wir reagieren nicht nur, sondern wir agieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben den Hochschul- und Forschungsstandort Rheinland-Pfalz spürbar ausgebaut und damit die Grundlagen für gute Bildung und Ausbildung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelegt.

Ich freue mich sehr, dass die rheinland-pfälzische CDU dies ähnlich sieht. Ich darf aus einem Interview zitieren, das der CDU-Vorsitzende Böhr Ende des Jahres 2004 der Nachrichtenagentur ddp gegeben hat. Er sagt wörtlich: "Wir haben in Rheinland-Pfalz sehr gute Voraussetzungen durch unsere Hochschulen." – Zitat Ende.

Ich will nicht verschweigen, dass er im Folgesatz eine bessere Umsetzung von Forschungsergebnissen in Produkte fordert. Das mag sogar richtig sein, aber Ihr positives Urteil über die rheinland-pfälzischen Hochschulen habe ich gern vernommen, Herr Böhr.

(Beifall der SPD und der FDP – Mertes, SPD: Beifall, wem Beifall gebührt! – Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

– Das war eine ehrliche Aussage, Herr Dr. Gölter.

Rheinland-Pfalz investiert nicht mit der Gießkanne, sondern zielgerichtet in seine wissenschaftlichen Einrichtungen. Dies kommt auch in unserem Hochschulprogramm "Wissen schafft Zukunft" zum Ausdruck, eine Investitionsoffensive, um die uns viele – ich möchte sagen, die meisten anderen Länder – beneiden.

Dort werden die Mittel für Wissenschaft und Forschung teilweise zusammengestrichen, teilweise stagnieren sie. Wir hingegen satteln mit unseren 125 Millionen Euro, die wir den Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen bis zum Jahr 2009 zusätzlich zur Verfügung stellen, ohne Zweifel kräftig drauf.

Ich möchte an dieser Stelle nicht akribisch auf unsere Arbeit der vergangenen Jahre eingehen. Ich möchte nicht auf die vielen Veränderungen eingehen, von der Verselbstständigung des Klinikums bis hin zur leistungsorientierten Mittelzuweisung, die bundesweit als Vorbild dienen.

Ich möchte Ihnen exemplarisch nur zwei – wie ich finde – wegweisende Beispiele für eine Wissenschaftspolitik benennen, bei der es um Inhalte geht und die die Betroffenen zu Beteiligten macht. Mein Dank gilt dabei den Hochschulen für die gemeinsamen Anstrengungen.

Da ist zum einen die Reform der Lehrerausbildung. Uns wird vielfach bescheinigt, dass kein anderes Land die Herausforderungen unserer Zeit auf diesem Sektor entschlossener anpackt. Lehrerbildung ist kein Selbstzweck, sondern dient nur einem einzigen Zweck: Dem guten Unterricht, also dem, was Schülerinnen und Schülern am Besten gerecht wird, um sie optimal zu fördern, zu fordern, zu erziehen und auszubilden.

Dem entsprechen wir mit unserem dualen Studien- und Ausbildungskonzept, das wir in breitem Konsens entwickelt haben und mit Hochdruck umsetzen.

Ein anderes Beispiel für ein engagiertes, faires und zielorientiertes Miteinander sind die Strukturreformen im Bereich der Fachhochschulen. Mit einem Bündel von Maßnahmen entwickeln wir sie qualitativ weiter. Auf diese Maßnahmen haben wir uns in einem intensiven ergebnisoffenen Diskussionsprozess verständigt.

Nicht nur die Angehörigen der Fachhochschulen haben sich in diesem Prozess eingebracht, sondern auch die Interessenvertreter vor Ort. Das war gut so, das war vital, das war gelebte Demokratie. Vor allem kam darin eine deutliche Identifikation der jeweiligen Region mit ihrer Fachhochschule zum Ausdruck.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Identifikation ist deshalb wichtig, weil sich dieses Land bewusst machen muss, dass Wissenschaftspolitik zugleich Standortpolitik ist. Von jedem Euro, den wir den Hochschulen zur Verfügung stellen, profitiert die Region, profitiert das ganze Land.

Dass Rheinland-Pfalz wirtschaftlich so gut dasteht, wie dies viele aktuelle Studien ausweisen, hängt auch damit

zusammen, dass wir kräftig in die Infrastruktur des Geistes investiert haben und weiter investieren werden.

(Beifall der SPD und der FDP – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Naja! Naja!)

Hochschulen sind keine weltabgewandten Elfenbeintürme, sondern geistige Produktionsstätten, die dafür sorgen, dass wir auch morgen noch im Wohlstand leben können.

Das Forschungsprojekt der Universitäten Kaiserslautern, Mainz und Trier zu den regionalwirtschaftlichen Wirkungen der Hochschulen und Forschungsstätten belegt, dass 560 Millionen Euro für den Bau und Betrieb dieser Einrichtungen mindestens 1,5 Milliarden Euro Umsatz generieren.

Unsere Wissenschaftsausgaben sichern ohne Klinikum mehr als 20.000 Vollarbeitsplätze im Land, wovon der größte Teil – rund 12.000 Arbeitsplätze – im Handel, im Dienstleistungssektor und in anderen Branchen entsteht. Hätte es einer Legitimation für unsere Kraftanstrengungen im Bereich der Wissenschaft bedurft – dieses Projekt hätte sie erbracht.

Wissen schafft Zukunft, weil Wissen auch Arbeitsplätze schafft.

Die Entwicklung der Studentenzahlen belegt eindrucksvoll, wie attraktiv und leistungsfähig unsere Universitäten und Fachhochschulen sind. In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der Studierenden von 1994 bis 2004 um 22 % gestiegen. In diesem Zeitraum verzeichnete zum Beispiel Baden-Württemberg lediglich einen Anstieg um 2,6 %, während diese Anzahl in Bayern sogar um 2,4 % sank

(Lelle, CDU: Was besagt das schon?

Das muss von der Basis ausgehen! –

Zurufe von der SPD –

Mertes, SPD: Das geht immer von der

Basis aus oder vom Fundament,

je nachdem!)

Meine Damen und Herren, festzuhalten bleibt, Rheinland-Pfalz liegt in diesem Bereich auf Platz 1 der alten Flächenländer. Uns ist es gelungen, Rheinland-Pfalz zu einem Importland von Studierenden zu machen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich bin stolz darauf. Unsere Hochschulen können stolz darauf sein, dass mehr junge Menschen aus anderen Ländern zu uns studieren kommen, als sich außerhalb unserer Grenzen einzuschreiben.

Hatten wir noch im Jahr 1993 ein Negativsaldo von insgesamt ca. 6.000 Studierenden, hat sich die Entwicklung ins Gegenteil verkehrt. Im Jahr 2004 hatten wir ein Positivsaldo von fast 9.000 Studierenden.

Kein anderes Land kann einen solchen Verlauf innerhalb dieses Zeitraums aufweisen. Herr Lelle, auch hier gilt, Rheinland-Pfalz hat inzwischen Platz 1 aller alten Flächenländer inne.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU – Staatsminister Bauckhage: Sehr gut!)

 Frau Kohnle-Gros, dies sind h\u00f6chst erfreuliche Fakten, und dies ist Anerkennung f\u00fcr die erfolgreiche Arbeit von eineinhalb Jahrzehnten.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können es aber nicht zulassen, dass wir, die wir bemüht sind, Studienangebote qualitativ und quantitativ weiter auszubauen, die Rechnung begleichen, vor der andere sich drücken.

(Beifall der SPD und der FDP – Frau Kohnle-Gros, CDU: Aha! Interessant!)

Wir können es nicht zulassen, dass unser Grundsatz eines gebührenfreien Erststudiums zu einem Massenansturm auf unsere Hochschulen führt, der ohne Korrektiv irgendwann nicht mehr zu verkraften sein wird und die grundgesetzlich geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Frage stellt.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Dabei – das ist der wirklich ernste Teil, meine Damen und Herren von der CDU – besteht kein Zweifel daran, dass wir in Deutschland mehr Studierende brauchen. Wir werden es auch bekommen, dieses Mehr an Studierenden

Die Kultusministerkonferenz – einstimmig, wie wir wissen – und der Wissenschaftsrat fordern Bund und Länder deshalb zu einem gewaltigen Ausbau der Hochschulen auf.

(Dr. Weiland, CDU: Dann machen Sie!)

35 % eines Altersjahrgangs möchte der Wissenschaftsrat künftig als Jungakademiker von den Hochschulen ins Berufsleben entlassen. Zum Vergleich: Gegenwärtig sind dies knapp 20 %. Um all dies zu leisten, sei ein Ausbau der Studienplätze um 25 % bis 30 % notwendig.

Hinsichtlich der künftigen Finanzierung des Hochschulsystems ruft der Wissenschaftsrat Bund und Länder zu einer neuen Grundsatzdebatte auf. Während im föderalen Wettbewerb Forschungsinvestitionen der Länder durch zusätzliche Bundesmittel erheblich belohnt würden, so der Wissenschaftsrat, gebe es beim Studium und bei der Lehre keine ausreichenden Anreize für die bedarfsgerechte Bereitstellung zusätzlicher Studienplät-

Dies könnte dazu führen, dass Länder zulasten der Ausbildung Gelder in die Forschung umlenken, so der Wissenschaftsrat. Recht hat er; denn es gibt eine ganz enge Korrelation zwischen den unterschiedlichen Anstrengungen einzelner Länder in den Bereichen Forschung und Lehre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich nun, da ich Ihnen die Entwicklung im Bereich der Lehre dargestellt habe, auf die Forschung eingehen. Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren seine Forschungsinfrastruktur erheblich ausgebaut.

Hochrangig besetzte, gut ausgestattete und national wie international beachtete Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Hochschulen haben Rheinland-Pfalz einen hervorragenden Ruf als modernes und innovatives Land eingebracht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die ersten beiden Fraunhofer-Institute in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2001 gegründet. Mit diesen gezielten Investitionen und Ausbauansätzen sind in ehemals strukturschwachen Regionen unseres Landes, zum Beispiel Kaiserslautern, Wachstumskerne entstanden, die langfristig die Zukunft des gesamten Landes sichern werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Unternehmen finden Kooperationspartner für ihre Forschungsvorhaben. Durch Aus- und Neugründungen von Instituten entstehen zukunftsgerichtete Arbeitsplätze. Nachfrage und Umsätze der regionalen Wirtschaft steigen.

Ein weiterer Beleg für die forschungspolitische Attraktivität des Landes ist die im Jahr 2004 getroffene Entscheidung der Max-Planck-Gesellschaft, in Kaiserslautern ein Max-Planck-Institut für Softwaresysteme als Teil eines gemeinsamen Instituts mit Saarbrücken zu gründen. Gemeinsam mit der Forschungskompetenz der TU Kaiserslautern, den beiden Fraunhofer-Instituten, dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz wird die Region und damit das ganze Land zu einem weltweit sichtbaren Zentrum für die Informationstechnologie ausgebaut.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben dies alles unter schwierigen Bedingungen geleistet. Damit meine ich nicht nur die angespannte Finanzsituation des Landes, ich meine damit die Verteilung von Forschungsmitteln des Bundes.

Es wundert nicht, dass Bayern und Baden-Württemberg die großen Gewinner der ersten Antragsrunde der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern sind. Mit Hilfe der überregionalen Forschungsförderung des Bundes haben diese beiden Länder bis in die 80er-Jahre hinein eine beachtliche Forschungsinfrastruktur aufbauen können. Auf dieser Grundlage haben sie ihre Forschungskapazitäten deutlich ausgeweitet, während ihr Studienplatzangebot – deswegen waren die Zahlen, die ich gezeigt habe, wichtig – stagniert oder sogar rückläufig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist mit Blick auf eine gesamtstaatliche Verantwortung, die wir auch als Länder haben, nicht befriedigend. Dies ist ein ganz zentraler Punkt. Wir brauchen auch das zweite Standbein: den qualitativen und quantitativen Ausbau von Studienplätzen. Sonst wird eines Tages auch Spitzenforschung nicht mehr möglich sein.

(Beifall der SPD und der FDP)

Um nicht missverstanden zu werden: Für mich ist die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems. Mir sei der Hinweis gestattet, dass die Landesregierung die Ausgestaltung dieses Zukunftsprogramms ganz entscheidend mit beeinflusst hat. Ich bin mir sicher, dass es unserer Wissenschaftslandschaft einen entscheidenden Schub bringen wird, nicht zuletzt auch bei uns in Rheinland-Pfalz. Ich sage dies ganz bewusst vor dem Hintergrund des nicht zufrieden stellenden Abschneidens unserer Hochschulen in der ersten Antragsrunde. Ich mache überhaupt keinen Hehl daraus, dass ich ein besseres Ergebnis erwartet hätte. Aber ich warne vor leichtfertigen Urteilen. Wir müssen zunächst einmal die Expertisen der Gutachter abwarten und dann die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Niemand sollte in diesem Zusammenhang verzagen. Vielmehr wünsche ich mir, dass unsere Hochschulen den Ehrgeiz haben, aus der zweiten Antragsrunde erfolgreicher hervorzugehen. Unsere Hochschulen sind gut, und sie werden dies auch noch bei der Exzellenzinitiative unter Beweis stellen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Der Unterstützung des Landes, nicht zuletzt durch Fördermittel des rheinland-pfälzischen Exzellenzprogramms im Rahmen von "Wissen schafft Zukunft", können sie auch weiterhin gewiss sein.

Zu einfach macht es sich jedenfalls, wer wie die Opposition meint, das Abschneiden unserer Universitäten sei eine Folge ihrer angeblichen Unterfinanzierung durch das Land.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was heißt angeblichen? Das haben Sie doch selbst behauptet!)

Das Ergebnis ist in der Tat in erheblichem Maße auf Finanzentwicklungen zurückzuführen. Aber damit meine ich nicht die Mittel des Landes, sondern letzten Endes eine Schieflage in der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern. Von dieser, eben gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern profitieren einige Länder überproportional, und das auf Kosten der anderen. Der Betrag, den zum Beispiel Baden-Württemberg überdurchschnittlich durch die überregionale Forschungsförderung des Bundes erhält, ist größer als die gesamten Mittel des Länderfinanzausgleichs für Rheinland-Pfalz. Meine Damen und Herren, diese Einseitigkeit verhindert genau jenen Wettbewerbsföderalismus, der sonst lauthals gefordert wird.

(Beifall der SPD und der FDP – Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist etwas ganz Neues! Jetzt wissen wir endlich, wer schuld ist!) Zusammengefasst lautet der Befund: Wir haben Rheinland-Pfalz in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten auch in der Wissenschaftspolitik zu einem Aufsteigerland gemacht. Junge Menschen aus allen Teilen Deutschlands und aus vielen anderen Staaten strömen an unsere Hochschulen. Sie wissen, dass sie dort gute Studienbedingungen vorfinden und auf hohem Niveau ausgebildet werden.

Auch in Sachen Forschung sind wir dabei, das aufzuholen, was vor allem bis in die 80er-Jahre hierzulande nicht realisiert wurde. Ich sage das ausdrücklich ohne jegliche Schuldzuweisungen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Jetzt sind wir es! – Heiterkeit des Abg. Dr. Weiland, CDU – Dr. Weiland, CDU: Narrhallamarsch!)

Wir müssen und wir werden uns in diesem Bereich in Zukunft weiter besonders anstrengen.

(Weitere Zurufe von der CDU – Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist doch albern!)

Dazu sind wir aber mehr denn je auf entsprechende bundesweite Rahmenbedingungen angewiesen,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist ja ein Bettelbrief!)

die unsere Anstrengungen als Land nicht konterkarieren.

(Dr. Weiland, CDU: Sehr erbärmlich!)

In genau dieser Situation befindet sich unser deutsches Wissenschaftssystem gegenwärtig.

Wenn jetzt zum Beispiel bei der Verlagerung der Hochschulbauförderungsmittel des Bundes und der Etablierung eines Hochschulpakts Einseitigkeiten weiter verstärkt werden, werden die mittel- bis langfristigen Folgen bedrohlich sein.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das sage ich doch schon lange!)

Bei allem notwendigen Ehrgeiz, uns mit den Besten der Welt messen zu wollen, dürfen wir nicht übersehen, dass das Fundament zu bröckeln droht, auf dem diese Spitzenleistungen überhaupt nur möglich sind.

Meine Damen und Herren, aus den beschriebenen Sachverhalten ergeben sich aus Sicht der Landesregierung folgende Konsequenzen, einerseits bezogen auf Rheinland-Pfalz, andererseits bezogen auf Deutschland:

Wir brauchen

eine Finanzierung der Hochschulen, die ihrem Auftrag entspricht und die ihre Wettbewerbsfähigkeit sicherstellt und

 wir brauchen veränderte, das heißt, faire Rahmenbedingungen, die einen qualitativen und quantitativen Wettbewerb in Forschung und Lehre – ich betone – und Lehre ermöglichen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auf einmal!)

Ein Blick in die Haushaltspläne der vergangenen eineinhalb Dekaden belegt, dass die sozialliberale Landesregierung auch in finanzieller Hinsicht einen deutlichen Schwerpunkt auf die Wissenschaftspolitik gelegt hat.

(Beifall der SPD und der FDP – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das würde ich aber einmal mit Fakten belegen!)

Die Fakten kommen.

Von 1991 bis 2004 hat das Land seine Ausgaben für die Hochschulen um 59,4 % von rund 330 Millionen Euro auf 525,5 Millionen Euro erhöht. Im selben Zeitraum sind die bereinigten Gesamtausgaben des Landes nur um 31,2 % gewachsen. Auch im Doppelhaushalt 2005/2006 hat das Land seine Hochschulausgaben erhöht. Sie liegen im Jahr 2006 9,6 % über denen des Jahres 2004. Zum Vergleich: Die bereinigten Gesamtausgaben des Landes steigen lediglich um 1,1 %.

Wir werden diese Entwicklung verstetigen. Es ist deshalb notwendig, das Hochschulprogramm "Wissen schafft Zukunft" über den ursprünglich beschlossenen Zeitraum 2005 bis 2009 hinaus fortzuführen. Dieses Programm ermöglicht Impulse und Initiativen, die den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz weiter voranbringen.

Letzteres, das Voranbringen eines Wissenschaftsstandortes, werden wir mit Studiengebühren eindeutig nicht erreichen. Wir brauchen, wie ich gezeigt habe, mehr und nicht weniger Studierende. Die Einführung von Studiengebühren widerspricht diesem volkswirtschaftlich notwendigen Ansinnen. Sie schreckt junge Frauen und Männer vom Studium ab, anstatt sie dazu zu ermuntern.

(Beifall der SPD)

Auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur sechsten Novelle des Hochschulrahmengesetzes vor fast genau einem Jahr haben einige CDUgeführte Länder die Einführung von Studiengebühren angekündigt. Ich halte dies für falsch. Studiengebühren sind eine inopportune Antwort auf die Herausforderungen einer Wissensgesellschaft. Ich bin deshalb meinem Ministerpräsidenten und meinen Ministerkolleginnen und -kollegen dankbar, dass Rheinland-Pfalz diesbezüglich eine eindeutige Haltung einnimmt. Ein Ministerratsbeschluss vom 25. Januar 2005 dokumentiert dies.

(Beifall der SPD)

Wir möchten jungen Menschen auch weiterhin ein gebührenfreies Erststudium auf der Basis von Studienkonten ermöglichen. Diese Zielsetzung ist Richtschnur unseres Handelns, auch nach dem Verfassungsgerichtsurteil. Mich alarmiert, dass in Deutschland der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger im abgelaufenen Jahr gesunken ist,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Auch in Rheinland-Pfalz!)

wie dies der Bericht des Statistischen Bundesamtes ausweist. 2005 sank die Quote auf 36,7 Prozent. Zum Vergleich: Der OECD-Durchschnitt beträgt 53 %.

Für mich belegt dies, dass die von den unionsgeführten Ländern angefachte Gebührendiskussion bereits Wirkung zeigt.

(Dr. Weiland, CDU: Es sind immer die anderen!)

Unseres Erachtens bietet das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die einmalige Chance, den längst überfälligen Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung einzuleiten. Studiengebühren stellen keinen Anreiz dar, die Anzahl der Studienplätze auszubauen. Sie decken nur einen geringen Prozentsatz der realen Kosten ab, die pro Studienplatz anfallen. Wenn nun der Staat die restlichen Kosten nicht 1 zu 1 übernimmt, entstehen aufseiten der Hochschulen Fehlbeträge. Dass deren Leitungsgremien dies nicht zulassen werden, liegt auf der Hand. In der Folge werden Studienplätze abgebaut und verknappt anstatt aufgebaut.

Nur eine staatlich garantierte Finanzierung der Hochschulen über die notwendigen Kosten für einen in Anspruch genommenen Studienplatz kann das Problem lösen. Rheinland-Pfalz jedenfalls wird, wie so oft in diesem Bereich, die bundesweite Vorreiterrolle einnehmen.

(Beifall der SPD)

Herr Dr. Weiland, wir werden eine studienplatzbezogene Finanzierung, aufbauend auf der leistungs- und belastungsorientierten Mittelzuweisung, für unsere Hochschulen im nächsten Jahr einführen. Einzelheiten dazu werden derzeit in meinem Haus vorbereitet.

(Dr. Weiland, CDU: Abschiedsrede!)

Wir möchten und werden zeigen, dass ein solches Finanzierungssystem den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördert und somit zur Weiterentwicklung des Gesamtsystems beiträgt.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns hier aber nicht auf einer grünen Insel. Gesamtstaatliche Rahmenbedingungen müssen in einem solchen Zusammenhang verändert werden. Die in Deutschland seit Humboldt befolgte Einheit von Forschung und Lehre, von Breite und Spitze, ist gefährdet. Sie ist dadurch gefährdet, dass einige Länder ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nicht gerecht werden, indem sie nicht ausreichend für Studienplätze sorgen, junge Menschen durch Studiengebühren sogar noch vom Studium abschrecken.

Sie ist zusätzlich dadurch gefährdet, dass die Verteilung von Bundesmitteln zur Forschungsförderung die historisch bedingte Kluft zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern sogar noch vertieft.

Ich rede keiner Gleichmacherei das Wort. Wir brauchen aber länderübergreifende Rahmenbedingungen in Forschung und Lehre, die einen qualitativen und quantitativen Wettbewerb in diesem Bereich überhaupt erst ermöglichen. Dafür wird sich diese Landesregierung weiter mit aller Kraft einsetzen.

Wir brauchen die Exzellenzinitiative in der Forschung. Wir brauchen aber ebenso etwas Vergleichbares für die Lehre. Rheinland-Pfalz hat dazu einen entsprechenden Vorschlag in die Kultusministerkonferenz eingebracht.

Wir plädieren für einen Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung, der auf zwei Säulen beruht. Wir müssen zum einen den Hochschulen seitens des Staates die notwendigen Basiskosten von besetzten Studienplätzen zur Verfügung stellen. Für deren Finanzierung muss über einen Vorteilsausgleich wie in der Schweiz – dies ist die zweite Säule – dasjenige Land aufkommen, aus dem die Studierenden kommen, und nicht diejenigen, die die Studienplätze zur Verfügung stellen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dieses Verursacherprinzip ist in vielen anderen Bereichen gang und gäbe. Warum nicht in der Hochschulpolitik?

Jedes Land bekommt dann Geld für die Abiturienten, die aus einem anderen Land an seine Universitäten strömen. Die Zeiten, in denen Studierende vor allen Dingen als finanzielle Last betrachtet werden, wären dann endgültig vorbei.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vielmehr würde ein Wettbewerb um kluge Köpfe einsetzen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das haben wir auch schon!)

Gerade jene Länder, die Studiengebühren einführen wollen, müssen ein Interesse an verbindlichen länderübergreifenden Regelungen haben. Sonst ignorieren sie das Urteil der Karlsruher Richter, das ausdrücklich auf die Wahrung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse verweist.

Ich appelliere deshalb an Sie, und zwar ernsthaft, Kolleginnen und Kollegen der CDU in diesem Hause, tragen Sie dazu bei, Kleinstaaterei zu verhindern. Setzen Sie sich bei Ihren Parteifreunden für ordnungspolitisch verantwortungsvolle und effektive Rahmenbedingungen im Hochschulbereich ein.

(Dr. Weiland, CDU: Vorteilsausgleich!)

Es wäre notwendig, dass Herr Böhr in seiner Eigenschaft als stellvertretender Bundesvorsitzender in seiner Partei Zustimmung zu einer länderübergreifenden Regelung organisiert. Nur mit einer solchen Regelung wird die Studiengebührenfreiheit dauerhaft zu sichern sein. Das

weiß auch er. Nur so könnte er glaubhaft machen, dass sein etwas überraschendes Bekenntnis für ein gebührenfreies Studium nicht nur dem Wahltermin im März geschuldet ist.

(Beifall bei SPD und FDP – Frau Kohnle-Gros, CDU: Er hat nie etwas anderes gesagt!)

Lassen Sie mich in diesem Kontext aus einem höchst aufschlussreichen Artikel zitieren – das muss jetzt sein –, der vor weniger als einem Jahr, im März 2005, in der "Rhein-Zeitung" zu lesen war.

Ich zitiere wörtlich:

(Dr. Weiland, CDU: Ein sehr guter Artikel! Zitieren Sie ihn aber ganz! Wer nur die halbe Wahrheit sagt, lügt auch! – Staatsminister Mittler: Wer schreit, hat Unrecht!)

"Wer bessere Hochschulen möchte, kommt an Studiengebühren als Bestandteil eines innovativen Finanzierungssystems nicht vorbei." Der Autor war, wie unschwer durch den Zwischenruf erkennbar, Herr Dr. Weiland, der seit vorgestern für die Bildungspolitik in dem Kompetenzteam zuständig ist.

(Beifall bei SPD und FDP – Lewentz, SPD: Wie ist Ihre Meinung dazu? – Dr. Weiland, CDU: Das ist eines Wissenschaftsministers unwürdig, was Sie da machen! – Weitere Zurufe im Hause)

Meine Damen und Herren, ein entscheidender Durchbruch zur Verbesserung der Lehrsituation könnte im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt erfolgen. Dieser soll in den nächsten zwei Monaten erarbeitet werden

(Dr. Weiland, CDU: Fragen Sie einmal Herrn Mertin, was er davon hält!)

Erklärtes Ziel bei diesem Hochschulpakt des Bundes ist es, im Wissen um die Wechselbeziehungen von Forschung und Lehre, die ich schon mehrfach angesprochen habe, gemeinsame Anstrengungen hinsichtlich der Bereitstellung von mehr Studienplätzen zu unternehmen. Hier bietet sich meines Erachtens die einmalige Chance. dass der Bund einen verfassungskonformen relevanten Beitrag zum Ausbau der Hochschulen leisten könnte. Der Bund ist ohne Zweifel für Auswärtiges und Entwicklungshilfepolitik zuständig. Dies bedeutet, wenn man nur möchte, dass er im Rahmen eines Vorteilsausgleichs zum Beispiel die Kosten für die Studierenden aus Entwicklungsländern übernehmen könnte. Dies - soweit ich es sehe, nur dies - wird dem Ziel gerecht und bringt den Hochschulen je nach Ausgestaltung eines solchen Vertrages mehr Mittel zum qualitativen und quantitativen Ausbau der Lehre.

Ich begrüße im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ausgestaltung dieses Hochschulpakts die Überle-

gungen hinsichtlich einer Vollkostenfinanzierung der DEG

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das hat die CDU gemacht! Das müssen Sie zugeben!)

 Das begrüße ich. Sehen Sie einmal, Frau Kohnle-Gros, so locker sehe ich die Wahrheit.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ich auch!)

Das bedeutet, dass nicht nur die direkten Kosten abgedeckt werden, die im Forschungsprojekt entstehen, also Personalkosten und technische Ausstattung, sondern auch die indirekten. Das sind etwa die Energiekosten oder die Wartungskosten für die hoch empfindlichen Gerätschaften.

Frau Kohnle-Gros, ohne Änderung des Finanzierungsschlüssels verschärft sich jedoch die schon jetzt bestehende Ungleichbehandlung der einzelnen Länder. Rheinland-Pfalz spricht sich deshalb auch in diesem Bereich für einen Systemwechsel aus. Wir wollen das bisherige System der multilateralen Finanzierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft als dem größten Drittmittelgeber nach Königsteiner Schlüssel durch eine Sitzlandfinanzierung durch die Länder; denn die bisherige Praxis ist in höchstem Maß ungerecht.

Rheinland-Pfalz bezahlt Jahr für Jahr rund 8 Millionen Euro mehr in die DFG ein, als es nach dem Länderanteil an Bewilligungen durch die DFG erhält.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das sehen wir auch!)

Finanzstarke Länder können die bei der Finanzierung der DFG eingesparten Mittel dazu verwenden, um ihre bereits jetzt schon starken Universitäten noch besser auszustatten. Die finanzschwachen Länder wiederum kommen gar nicht umhin, ihren Hochschulen Mittel zu entziehen, die diesen in den Vorlaufkosten für die Forschungsprojekte nachher fehlen.

Würde die multilatere Finanzierung der Deutschen Forschungsgesellschaft durch die Länder mithilfe des Köngisteiner Schlüssels durch eine in anderen Bereichen übliche Sitzlandfinanzierung ersetzt, stünden wir deutlich besser da.

Meine Damen und Herren, es ist absurd, dass ein Land wie Rheinland-Pfalz auf diese Art und Weise Länder wie Bayern und Baden-Württemberg mit ca. acht Millionen Euro subventioniert.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Auch hier gilt, wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen. Das gilt übrigens auch für die Verteilung der Bundesmittel für den Hochschulbau im Zuge der Föderalismusreform. Die Verteilung der Bundesmittel soll nach dem Durchschnittsvolumen der zwischen 2000 und 2003 abgerufenen Mittel erfolgen. Wer in diesem Zeitraum wenig in den Hochschulbau investiert hat, weil zum Beispiel größere Bauprojekte vor oder nach dem Be-

messungszeitraum lagen, erhält künftig weniger Hochschulbaumittel, als ihm nach der Anzahl der Studierenden zustünde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies – und nur dies – kann und darf die eigentliche Bezugsgröße sein. Schließlich ist – von allen immer wieder beteuert – die wachsende Studierendenzahl die entsprechende und entscheidende Herausforderung, die diese Republik meistern muss. Deshalb muss der Verteilungsschlüssel entsprechend geändert werden. Dabei geht es jährlich um Beträge von ca. sieben Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren in der Wissenschaftspolitik einen inhaltlichen und einen finanzpolitischen Schwerpunkt gesetzt. Wir werden dies auch in Zukunft tun. Doch nur, wenn auf gesamtstaatlicher Ebene in den nächsten Monaten die Weichen richtig gestellt werden, zum Beispiel bei der Umsetzung der Föderalismusreform oder dem Hochschulpakt, wird das deutsche Hochschulsystem als Ganzes in Lehre und Forschung, Breite und Spitze eine positive Entwicklung nehmen. Diese Weichenstellung wird entscheidende Auswirkungen auf die Finanzausstattung der rheinland-pfälzischen Hochschulen haben. Lassen Sie uns dafür eintreten.

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich noch Besucher im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Landtagsseminar für Studierende von der Universität Koblenz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hammer.

Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von 15 Minuten verständigt.

Abg. Frau Hammer, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz leisten Beträchtliches, und das unter schwierigen Bedingungen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Deshalb möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen ausdrücklich den Dank und die Anerkennung der CDU-Fraktion für das aussprechen, was alle Lehrenden und alle Lernenden an den Hochschulen unseres Landes leisten, sei es beim Forschen, beim Lehren oder beim Studieren. Doch die Mängel sind unübersehbar. Herr Minister, deshalb muss ich jetzt doch erheblich Wasser in den Wein gießen, den Sie hier zu servieren versucht haben. Chronische Unterfinanzierung werden nur Sie

abstreiten. Alle anderen in diesem Land, die mit den Hochschulen vertraut sind, tun das nicht, und nicht nur alle Leute in unserem Land, sondern alle Rankings, alle Verlautbarungen, ob von der CHE, ob "Fokus", ob "Stern", ob "ZEIT", ob "Handelsblatt" oder welche auch immer, stellen fest, dass die Hochschulen bei uns unterfinanziert sind. Wir sind bei allen Parametern – außer vielleicht bei der steigenden Anzahl der Studierenden – am hinteren Ende zu finden.

(Beifall bei der CDU)

Ob es bei der Ausstattung der Hochschulen um Grundmittel geht, ob es die Ausgaben für Studierenden je Einwohner sind, ob es die Ausgaben der Hochschulen für den einzelnen Studierenden sind, all das sind Parameter, wo wir schlecht dastehen und wo wir eben nicht gut dastehen.

Was heißt das schon, wir sind an erster Stelle bei der Anzahl der Studierenden bei der Steigerung der Studierendenzahlen in den letzten Jahren? Herr Minister, ich denke, es wäre wichtiger, den jungen Leuten, die an unseren Hochschulen studieren, bestmögliche Ausbildungen zu geben, damit sie später bestehen können, und sie vor allen Dingen auch alle zu einem Abschluss zu führen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es wäre mir sehr viel wichtiger, dass wir zu hohen Abschlusszahlen kommen, als dass wir besonders hohe Anfängerzahlen haben. Sie haben hier beklagt, dass die Südländer – Bayern und Baden-Württemberg –, die besonders erfolgreich bei der Exzellenzinitiative des Bundes waren, das aufgrund der Tatsache erreicht haben, dass sie eine überdurchschnittliche Forschungsförderung seitens des Bundes bekommen.

Herr Minister, schauen Sie sich einmal die Grundausstattung und die Ausgaben für die Hochschulen dieser Länder an. Sie sind erheblich über denen unseres Bundeslandes. Also auch was die Länder selbst einbringen, ist sehr viel höher als das, was in unserem Bundesland getan wird. In Baden-Württemberg sind das über zwei Milliarden Euro. Sie haben unsere Summen genannt. Ich will jetzt gar nicht die Größenordnung vergleichen, ich will nur sagen, Bayern hat für 2006 und 2007 jetzt beschlossen, sieben Milliarden Euro zusätzlich in die Hochschulen als Land zu stecken. Das ist so.

(Hammer, SPD: Nein!)

Ich will Ihnen noch einmal – Sie zitieren immer so sehr gern – die Bertelsmann-Studie des letzten Jahres, Bundesländer im Standortwettbewerb 2005, vorhalten. Das ist Ihre Lieblingsstudie, die Sie immer wieder zitieren. Mit Erlaubnis der Frau Präsidentin möchte ich einmal zitieren, was dort zu den Hochschulen gesagt wird: "Problematisch sind die vergleichsweise geringen Ausgaben für Hochschulen. Der Punktwert für diesen Wirkungsfaktor sinkt im aktuellen Beobachtungszeitraum zum vierten Mal in Folge und liegt deutlich unter dem Durchschnitt aller Länder. Es besteht die Gefahr, dass notwendige Investitionen in Humankapital sowie Forschungsaktivitä-

ten ausbleiben und der Aufwärtstrend des Landes hierdurch bedroht sein könnte.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Hört, hört!)

Da Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen für Wettbewerbsvorteile zunehmend wichtiger werden, drohen hier Standortnachteile gegenüber anderen Ländern."

Dazu passt noch etwas, nämlich ein Leserbrief, der heute in der "Mainzer Allgemeinen Zeitung" abgedruckt ist. Da schreibt ein Studierender: "Schon jetzt ist die Bibliothek des Fachbereichs Rechts- und Wirtschaftswissenschaften während der Vorlesungszeit hoffnungslos überfüllt. Die Suche nach freien Plätzen erweist sich schon heute während den Stoßzeiten als eine Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Während der Semesterferien sind die meisten Bücher aufgrund der anstehenden Hausarbeiten schon kurz nach Öffnung der Bibliothek vergriffen. Sollten die bestehenden Einrichtungen in Zukunft auch von den Studierenden der Fachhochschule" – darum geht es nämlich – "großzügig mitgenutzt werden, wäre der Kollaps schon jetzt vorgezeichnet."

So weit zu der Ausstattung der Hochschulen. Bei allen Befragungen übrigens, die unter den Studierenden vorgenommen werden, ist es immer so, dass die größten Klagen über die Bibliotheksausstattung und über die Betreuungsrelation kommen. Die Betreuungsrelation hat sich bei uns auch erheblich verschlechtert. Wenn wir vor einigen Jahren – 1999 noch – bei einem Schlüssel von 1 zu 65 waren, sind wir inzwischen bei 1 zu 80 angelangt. Auch das kann nicht dazu führen, dass die Qualität des Studiums besser wird oder wir zu kürzeren Studienzeiten kommen.

(Beifall der CDU)

Im Übrigen sind jetzt zurückgehende Studierendenzahlen, die Sie angeblich mit der Diskussion um Studiengebühren in Verbindung bringen, in Wirklichkeit wohl eher die Folge der Einführung von Zulassungsbeschränkungen an unseren Hochschulen. Immer mehr Studiengänge werden einem internen Numerus clausus unterworfen.

(Staatsminister Prof. Dr. Zöllner: Das ist ja noch schlimmer, wenn das bewusst gemacht wird!)

Natürlich gehen aus diesem Grund die Studierendenzahlen zurück.

Herr Minister, im Übrigen gehört es auch zu den Voraussetzungen, dass Abiturienten durch Faktenwissen und Methodik in der Lage sind, ein Studium erfolgreich zu absolvieren. Ich denke, auch das wäre wichtig, in unserem Land beachtet zu werden. Die Universität als Nachhilfelehrer ist eine zu kostenintensive Institution, als dass wir uns das leisten könnten.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, Wachstum braucht Wissenschaft; denn Bildung und Forschung bilden Basis und Motor wirtschaftlicher und sozialer Innovation.

Dies wird in Zukunft immer mehr über das Maß an Freiheit, Wohlergehen und Wohlstand bestimmen, den wir in unserem Land haben werden.

Meine Damen und Herren, denn Wissen ist der einzige Rohstoff, der sich durch sich selbst erneuert, vervielfältigt und unerschöpflich ist.

Lassen Sie mich zum Schluss einen persönlichen Satz anschließen. Ich eröffne anscheinend hiermit den Reigen derjenigen, die aus dem Landtag ausscheiden und zum letzten Mal an diesem Rednerpult stehen.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen, die ausscheiden, eine gute und ruhige Zukunft. Denen, die in diesem Saal weiterkämpfen, miteinander, gegeneinander, um das Beste für unser Land zu erreichen, wünsche ich, dass es auf eine Art und Weise geschieht, die sich zwar in der Sache hart auseinander setzen kann, aber möglichst nicht in persönlich unerträglichen Angriffen enden sollte.

In diesem Sinn eine gute Zukunft.

Danke.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Liebe Frau Hammer, auch von hier aus möchte ich Ihnen für Ihren nächsten Lebensabschnitt alles Gute wünschen. Ich denke, wir werden Sie als souveräne Präsidentin in Erinnerung behalten, die mit leiser, aber fester Stimme die Sitzung geleitet hat. Wir hoffen, dass Sie uns auch weiterhin politisch und mit Interesse verbunden bleiben.

Alles Gute für Ihre Zukunft.

(Beifall im Hause)

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich noch Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar ausländische und deutsche Studierende des Historischen Seminars der Universität Mainz. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Frau Abgeordneter Schleicher-Rothmund das Wort.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen am Ende einer gerade hochschulund wissenschaftspolitisch ereignisreichen Legislaturperiode. Umso mehr ist dem Wissenschaftsminister dafür zu danken, dass er nicht der Versuchung erlegen ist, eine bloße wissenschaftspolitische Leistungsbilanz der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen zu präsentieren. Vielmehr hat er die Regierungserklärung dazu genutzt, Herausforderungen zu skizzieren, die sich den Hochschulen in der Zukunft stellen.

Er hat Probleme der Hochschulfinanzierung und der Forschungsförderung umrissen, die rheinland-pfälzische Hochschulen im Besonderen negativ betreffen werden, und er hat vorgetragen, in welcher Richtung die Lösung für diese Probleme im Zusammenwirken der Bundesländer und in ihrem Zusammenwirken mit dem Bund gesucht werden muss.

Meine Fraktion unterstützt diese Überlegung mit Nachdruck, und wir werden in der nächsten Legislaturperiode als führende Regierungsfraktion an ihrer Umsetzung arbeiten.

(Beifall der SPD)

Sehr geehrte Frau Hammer, zu all dem haben Sie gar nichts gesagt. Es ist letztendlich eine große konzeptionelle Debatte eröffnet worden, und wie immer: das große konzeptionelle Schweigen der CDU.

> (Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das liegt an dieser ewigen Konzeptionslosigkeit, mit der Sie versuchen, Hochschulpolitik zu betreiben.

Sie haben dann wie immer die zu erwartenden Einwände formuliert. Nichts Neues war dabei. Wie immer haben Sie versucht, die Wissenschafts- und Hochschulpolitik des Landes an den Pranger zu stellen. Das ist nun einmal Ihre Art von Oppositionsarbeit. So, wie Sie es machen, scheint es die reinste Strafarbeit ohne Erkenntnisgewinn zu sein.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU – Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Was nützt es eigentlich, wenn Sie immer wieder den einen Befund der Bertelsmann-Studie zitieren, demzufolge die Ausgaben des Landes für die Hochschulen unzureichend seien.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

 Jetzt hören Sie doch einmal zu. Das gibt dann wieder etwas in Sachen Erkenntnis.

(Lelle, CDU: Sie haben auch nicht zugehört! – Unruhe im Hause)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, ich darf der CDU-Fraktion vielleicht sagen, dass ihr noch sieben Minuten Redezeit zur Verfügung steht. Ich würde es begrüßen, wenn wir in diesem Zusammenhang sagen, was zu sagen ist, und jetzt der Rednerin, Frau Schleicher-Rothmund, zuhören.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Diese Zahlen sagen aber nichts über die Arbeit und die Qualität in Forschung und Lehre. Darüber sagen diese Zahlen überhaupt nichts aus. Die Zahlen sagen nichts über die Anstrengungen, auch die finanziellen Anstrengungen, die geschultert worden sind, um die Hochschulen des Landes besser zu stellen. Der Herr Minister hat dazu die entscheidenden Zahlen genannt.

Zwischen 1991 und 2004 weisen die Ausgaben für die Hochschulen eine nahezu doppelt so hohe Steigerungsrate auf wie die Gesamtausgaben des Landes. Noch deutlicher werden die Prioritäten mit Blick auf den Vergleich 2004 zu 2006. Da sind es 9,6 % plus im Hochschulbereich, 1,1 % des gesamten Haushalts des Landes. Dies muss wiederholt werden, um eines deutlich zu machen: Der Schwerpunkt dieser Landesregierung liegt bei Bildung und Wissenschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema "Exzellenzwettbewerb" muss auch genannt werden. Natürlich hätte sich jeder von uns ein besseres Ergebnis gewünscht. Es ist aber falsch, die Frage, wie weit sich die Hochschulen eines Landes hier durchsetzen konnten, vorschnell auf die Landespolitik zurückrechnen zu wollen. Könnten zum Beispiel die gern zitierten Hochschulausgaben bzw. ihr Anteil am Landeshaushalt kausal für die Ergebnisse verantwortlich gemacht werden, dann wäre ein anderes Ergebnis die Folge gewesen.

Es ist unbestritten, die Förderung von Spitzenleistung im Programm "Wissen schafft Zukunft" hat die Ausgangssituation der rheinland-pfälzischen Universitäten beträchtlich verbessert. Insofern geht es auch nicht darum, die Landespolitik von der Wahrnehmung der ihr eigenen Gestaltungsmöglichkeiten freizusprechen. Die werden nämlich in Rheinland-Pfalz wahrgenommen. Aber eine weitere Analyse dürfte dennoch weniger auf politische Faktoren Bezug nehmen müssen als vielmehr auf interne wissenschaftliche Fragen. Dazu müssen die Bewerber sich aber erst einmal die Analysen der wissenschaftlichen Gutachter vornehmen. Dann sollten wir schauen, wo die Aufgaben der Politik des Weiteren liegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Jahren die Hochschulen in Rheinland-Pfalz auf die Aufgaben der Zukunft ausgerichtet. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Innovationen und als eine ihrer wesentlichen Grundlagen das wissenschaftliche Wissen immer wichtiger werden.

Innovationen in Wissenschaft und Technik, wissensintensive Produkte und Dienstleistungen sind zur Sicherung des ökonomischen Wohlstands unverzichtbar, werden immer zentraler, wenn eine Aufrechterhaltung unseres Lebensstandards gelingen soll. Die Zukunft wird noch stärker als die jüngste Entwicklung von zwei starken Tendenzen geprägt, die uns allen bekannt sind:

- 1. Globale Märkte, auf die immer mehr Anbieter drängen, die oft kostengünstiger produzieren als wir. Diese Konkurrenz bezieht sich längst nicht mehr nur auf standardisierte Massenprodukte.
- 2. Knappe Rohstoffe, die dadurch, dass andere große Anbieter auf die Märkte drängen, sich noch schneller verknappen werden.

Deshalb wird Wissen wichtiger. Deshalb wird auch die Organisation von Innovation in den Unternehmen wichti-

ger. Der Innovationsprozess selbst unterliegt zunehmend der Innovation. Nicht zuletzt wird deshalb auch der Wissenstransfer zwischen Wissensproduzenten und Wissensanbietern und den Anwendern dieses Wissens immer zentraler. Wir brauchen mehr Wissen, und das brauchen wir immer schneller.

Diesem wirtschaftlichen Erfordernis entspricht aber auch ein gesellschaftliches Erfordernis. Wissen und höchste Qualifikation werden zunehmend nicht nur zum entscheidenden Faktor für den Arbeitsmarkterfolg von Frauen und Männern. Der Erwerb von Wissen wird auch zunehmend zur Voraussetzung allgemeiner gesellschaftlicher Teilhabe.

Wissen und Demokratie bilden in der sich abzeichnenden Wissensgesellschaft einen engen Zusammenhang. Nur wenn ein möglichst breiter Zugang zu Wissen und Bildung erhalten bleibt, werden viele über die Richtung und die Verwendung des Wissens mit entscheiden, das immer mehr das alltägliche Leben durchdringt.

(Beifall bei der SPD)

Den daraus sich ergebenden Folgerungen trägt die Hochschul- und Wissenschaftspolitik dieser Landesregierung, dieses Wissenschaftsministers mit unserer vollen Unterstützung Rechnung. Rheinland-Pfalz präsentiert sich heute mit einer Hochschul- und Forschungslandschaft, die diesen Anforderungen gerecht wird.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Vernetzung von Hochschule und Wirtschaft, wie zum Beispiel beim Nutzfahrzeug-Cluster, schaffen regionale Profilierung und Stärkung.

Sehr geehrte Frau Hammer, Sie hätten bei Ihrer Pflichtübung, nämlich dem "Aborgeln" der Bertelsmann-Stiftung, diese auch noch etwas umfassender studieren sollen. Dann hätten Sie nämlich lesen können, dass es deutliche Verbesserungen bei der Zahl der Patentanmeldungen in Rheinland-Pfalz gibt, bei denen das Land erstmals einen überdurchschnittlichen Wert erreicht hat, auch Steigerungen bei den Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich.

Besonders aber möchte ich erwähnen, dass die Bertelsmann-Studie unser neues Hochschulgesetz gelobt hat. Dort heißt es ganz konkret: Mit ihm werden Leitungs- und Gremienstrukturen modernisiert und Aufgaben an die Hochschulen delegiert. Durch umfassende Deregulierung und die Einführung einer Global- statt Detailsteuerung in vielen Bereichen wird die Autonomie der Hochschulen deutlich gestärkt.

Konkret heißt das: Hochschulrat für eine bessere Verbindung von Gesellschaft und Hochschule, Straffung der Entscheidungsstrukturen, Gleichwertigkeit von Universität und Fachhochschule, Globalhaushalt an der Universität Mainz.

Mit dem Hochschulgesetz haben wir ein Thema realisiert, das uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr am Herzen liegt, nämlich die garantierte Stu-

diengebührenfreiheit für ein Erststudium durch unser Studienkonto.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang hat die CDU einen wenig glaubhaften Positionswechsel vorgenommen. Ich habe auf vielen Podien gemeinsam mit Ihnen über Studiengebühren und Studienkonten diskutiert. Dabei waren viele Vertreter der Jungen Union dabei. Ich muss mich sehr wundern, dass diese Partei nun schlagartig die Studiengebührenfreiheit entdeckt hat.

(Lelle, CDU: Fällt Ihnen nichts anderes ein? – Zurufe von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es entsteht der Eindruck, dass Ihnen der 26. März sehr schwer im Nacken sitzt.

(Lelle, CDU: Das ist absolut armselig!)

- Das ist überhaupt nicht armselig.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

- Ich habe gerade die Junge Union zitiert.

Darüber hinaus hat die CDU offensichtlich die wahltaktische Sorge um das nicht ausreichend vorhandene Stipendiensystem in Deutschland erreicht.

(Lelle, CDU: Das ist ja doch ein Witz!)

Es wird auch in fünf Jahren dieses Stipendiensystem, von dem Sie sprechen, nicht geben, weil es kein Stipendiensystem gibt – auch nicht in den USA –, das die sozialen Hindernisse für die Studienaufnahme, die durch Studiengebühren aufgebaut werden, ausgleichen kann. Im Übrigen glaube ich nicht, dass Sie völlig gegen Studiengebühren sind.

Nun zu der Position der Sozialdemokraten. Wir lehnen Studiengebühren nicht aus wahlopportunistischen Gründen und nicht erst seit gestern ab, sondern seitdem die Diskussion vor vielen Jahren aufgekommen ist.

(Zurufe von der CDU)

Wir vertreten diese Auffassung, weil Studiengebühren die Studierendenzahl reduzieren, wir aber das Gegenteil benötigen. Der Herr Minister hat das ganz klar zum Ausdruck gebracht. Wir sind gegen Studiengebühren, weil Studiengebühren sozial ungerecht sind, weil sie keinen nennenswerten Beitrag zur Finanzierung der Hochschulen leisten und letztlich doch beim Finanzminister landen und weil sie keine adäquaten Anreize zur Verbesserung der Lehre bieten.

Meine Damen und Herren, der Herr Minister hat auf einen weiteren Aspekt verwiesen, der im Zusammenhang mit dem Gebührenurteil des vergangenen Jahres steht. So hat der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister sofort als deutlich wurde, dass mit der Einführung von Studiengebühren in einzelnen CDU-geführten Bundesländern die Gleichheit der Lebensverhältnisse deutlichen Verwerfungen ausgesetzt wird, reagiert und im

vergangenen Jahr seinen Vorschlag einer studienplatzbezogenen Finanzierung unserer Hochschullandschaft eingebracht. Wir begrüßen diesen Vorschlag und halten ihn für richtungsweisend; denn dieser Paradigmenwechsel würde dafür sorgen, dass zum einen eine direkte Koppelung der echten Finanzierungskosten von Studienplätzen an die tatsächliche Inanspruchnahme dieser Plätze durch Studierende stattfindet und zum anderen für den Finanzierungsanteil des Staates am Studium nicht mehr das Land verantwortlich ist, das die Studienplätze zur Verfügung stellt, sondern das Land, aus dem die Studienberechtigten kommen.

(Dr. Weiland, CDU: So viel zur Kleinstaaterei!)

Mitnahmegewinne, wie wir sie derzeit auch dadurch erleben, dass sich einzelne Bundesländer lieber auf ihre vermeintliche alleinige Reputationsquelle Forschungslandschaft verlassen und deren Landeskinder sich dann aus dem Lehrangebot anderer Bundesländer versorgen müssen, würden dann unterbunden.

Darüber hinaus würden Anreize zum Angebot attraktiver Studienplätze durch Einnahmen in der Größenordnung effektiver Kosten geschaffen. Dies alles würde dazu beitragen, den notwendigen Wettbewerb zwischen den Hochschulen und den Ländern der Bundesrepublik Deutschland um die beste Hochschulausbildung und die begabtesten Studierenden anzuregen. Der Herr Minister hat das vorhin ausgeführt.

Für die SPD-Fraktion kann ich Ihnen sagen, dass wir dem Wissenschaftsminister für seine bundesweiten Aktivitäten sehr dankbar sind und wir diesen Schritt für Rheinland-Pfalz unterstützen werden.

Meine Damen und Herren, die rheinland-pfälzische Hochschul- und Forschungslandschaft ist in den vergangenen Jahren erfolgreich ausgebaut worden. Vier Universitäten und sieben Fachhochschulen bieten den rheinland-pfälzischen Studierenden ein vielseitiges Angebot. Die Qualität dieses Angebots hat uns zum Importland von Studierenden werden lassen. Der Herr Minister hat die Zahlen genannt. Umgangssprachlich nennt man solch eine Entwicklung eine Abstimmung mit den Füßen. In diesem Zusammenhang gilt es festzuhalten, dass diese Entwicklung bereits vor der Gebührendiskussion eingesetzt hat.

Fraunhofer- und Max-Planck-Institute stärken die rheinland-pfälzische Position in einer international arbeitenden Wissensgemeinschaft. Die Impulse, die von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen aus in die Regionen hineingehen, sind immens. Das Gutachten belegt dies in beeindruckender Weise. Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz arbeiten in modernen, auf Effizienz, Belastung und Leistung ausgerichteten Strukturen. Für die Fachhochschulen wurde mit den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Hochschulentwicklung Rheinland-Pfalz ein weiterer zukunftsorientierter Schritt vollzogen. Der Optimierungsprozess des Fachhochschulen erarbeitet.

Ich fasse zusammen: In Rheinland-Pfalz sind wir gut aufgestellt. Wir werden diesen Weg, der sich oftmals

sehr vorreiterhaft oder avantgardistisch präsentiert, weitergehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn, FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Als Gäste begrüße ich Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr aus Bobenheim-Roxheim. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Schleicher-Rothmund, eines hatten Sie gemeinsam mit der Argumentation des Ministers hinsichtlich der Entwicklung der Hochschullandschaft und der Aufgaben: Schuld sind immer die anderen, wenn etwas nicht gut funktioniert. Wenn aber etwas funktioniert hat, dann waren Sie es, ihr Minister oder die Regierung. Ich glaube, wenn wir über die Aufgabenstellung und die Herausforderungen der Hochschulpolitik der Zukunft sprechen, ist dieses Strickmuster zu einfach, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Ich meine, wir müssten so weit kommen, dass wir feststellen: Es gibt Punkte, bei denen wir uns einig sind, bei denen klar ist, dass wir die Hochschulen in Rheinland-Pfalz oder anderswo fit machen müssen für die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrats Ende Januar 2006 ist allen noch einmal klar vor Augen geführt worden, was das eigentlich bedeutet, wie groß also die Aufgaben sind, die von der Hochschullandschaft, aber insbesondere auch von der Politik, und zwar auf allen Ebenen, zu meistern sind.

Ich will nicht in allen Einzelheiten vortragen, was der Wissenschaftsrat formuliert hat, aber eine Zusammenfassung aus der "Süddeutschen Zeitung" zitieren. Dort ist das treffenderweise wie folgt zusammengefasst worden: Deutschland kann die drängendsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der kommenden Jahre nur dann lösen, wenn es seine Hochschulen massiv ausbaut und damit deutlich mehr und besser ausgebildete Fachkräfte hervorbringt.

Der scheidende Vorsitzende des Wissenschaftsrats, der Mediziner Karl Max Einhäupl hat gesagt: Diese Aufgabe hat eine gesamtstaatliche Dimension. – Diese Aussage unterstütze ich ausdrücklich. Wir kommen im Verlauf der Debatte noch dazu, was das in Zusammenhang mit dem Föderalismus bedeutet. Das, was der Wissenschaftsrat hinsichtlich der Aufgabenstellung und der Entwicklungen vorgetragen hat, beinhaltet nicht viel Neues. Ich kann

mich an keine hochschulpolitische Debatte der vergangenen fünf Jahre in diesem Parlament erinnern, in der wir nicht intensiv und mit aller Verve auf die Anforderungen hingewiesen haben, vor denen wir stehen. Zum einen ist die Zahl der Hochschulanfänger mit Hochschulreife gestiegen, weil die geburtenstarken Jahrgänge jetzt die Schulen verlassen und in Richtung Universität oder Ausbildung drängen. Zum anderen stehen wir vor einem demografischen Wandel. Darüber hinaus bestehen höhere Anforderungen bei den Abnehmern, das heißt, bei allen gesellschaftlichen Institutionen, in der Wissenschaft, aber auch in der Wirtschaft. Das heißt aber auch, dass die Anforderungen an die Hochschulpolitik des Landes schon lange auf der Hand liegen. Deshalb möchte ich infrage stellen, ob es sinnvoll ist, in der letzten Plenarsitzung einer Legislaturperiode eine Regierungserklärung zu diesem Thema abzugeben. Diese Zukunftsentwürfe wären schon vorher notwendig gewesen.

Man hätte auch seitens der Landesregierung die Hausaufgaben machen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Zöllner, ich will zwei Punkte ansprechen, weil Sie sie als herausragende Beispiele bezeichnet haben, und dazu eine kurze Bemerkung machen. Ein Beispiel ist die Lehrerbildung. Sie haben gesagt, dass da Rheinland-Pfalz so richtig in die Puschen gekommen ist. So richtig in die Puschen gekommen sind Sie da nicht, weil Ihr Koalitionspartner FDP ordentlich die Bremszügel angezogen hat. Ich bin einmal gespannt, ob er Ihnen heute davongaloppiert. Bei der Lehrerbildung sind Sie aber auf halbem Weg stehen geblieben. An der FDP ist gescheitert, dass man tatsächlich ein durchdachtes und gradliniges Stufenlehrerbildungskonzept für Rheinland-Pfalz entwickeln konnte.

Die Strukturreform an den Fachhochschulen war eine typisch "Zöllner"sche Reform. Zunächst einmal hat er Experten gefragt. Mit dem Expertenrat war dann sofort die Einsparauflage verbunden. Daraufhin gab es Irrungen und Verwirrungen im ganzen Land, bis vor Ort die erforderlichen Veränderungen vorgenommen wurden. Die wichen aber ganz weit von den Expertenempfehlungen ab. Sie haben heute beschrieben, das habe zu einer hohen Identifikation der Regionen mit den Fachhochschulen geführt. Das ist natürlich, weil alle maßgeblichen Menschen aus den Regionen hier auf der Matte standen und gesagt haben: Wir lassen es nicht zu, dass sie die Strukturen so verändern und beschneiden, wie ihnen das aus den Expertenkreisen vorgegeben wurde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Das war aus Ihrem Haus wahrlich kein Paradestück.

Jetzt zu den viel beschworenen Ausgabensteigerungen für die Hochschulen, für die Wissenschaft und die Forschung. Ich weiß, dass in diesem Land in den vergangenen Jahren in diesem Bereich große Anstrengungen unternommen wurden. Wir wissen aber auch, dass wir in dieser Zeit – ich habe das jetzt nicht genau nachgerechnet – einen großen Zuwachs an Studierenden hatten,

der auch der demografischen Entwicklung geschuldet ist. Deshalb kann man nicht nur die Gesamtbeträge sehen. Damals als Schulminister haben Sie das auch nicht gemacht und gesagt: Ich habe eine steigende Zahl von Schülern, weshalb ich mehr Geld ausgebe und die Ausgaben nicht nur deckele. – Deshalb muss man sagen, das waren notwendige Ausgabensteigerungen, weil wir mehr Studierende hatten. Vor allen Dingen waren es notwendige Ausgaben, weil es einen Aufholbedarf gab.

Jetzt schauen wir uns aber einmal die Situation an. Wir haben ein Mehr an jungen Menschen, die im Land eine Ausbildung oder ein Studium suchen. Auf der einen Seite finden sie nicht in ausreichender Zahl Ausbildungsplätze, aber sie treffen auf der anderen Seite an den Hochschulen auf eine Unzahl von versperrten Studiengängen, die mit Zulassungsbeschränkungen versehen sind.

Jetzt nenne ich Ihnen einmal eine andere Zahl: Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2004 hat sich die Zahl der NC-versperrten Studiengänge allein an der Universität Mainz von 22 auf 94 erhöht. Das bedeutet, jeder zweite Studienplatz ist mit einer solchen internen Sperre versehen, weil die Hochschulen im Lande es überhaupt nicht mehr schaffen, den Anforderungen und dem Druck gerecht zu werden. Lieber Herr Zöllner, das ist die Kehrseite Ihrer Schilderungen und Ihrer Medaille, die Sie eher als glänzend beschrieben haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit fünf Jahren stellen wir, die Fraktion der GRÜNEN, mit ziemlicher Konsequenz die Studierenden und ihre Studienbedingungen an unseren Hochschulen ins Zentrum der Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Ich habe heute zum ersten Mal von Ihnen ein klares Plädoyer dafür gehört, dass etwas mehr für die Lehre getan werden muss. In den vergangenen Jahren haben Sie immer andere Aspekte der Hochschule genannt, wie den Forschungsbereich und den Exzellenzbereich. Der Bereich der Lehre schaute eher in die Leere oder in die Röhre.

Ihre Ankündigung, jetzt eine studienplatzbezogene Hochschulfinanzierung für das Land zu finden, habe ich von Ihnen bereits im Jahr 2004 im Rahmen der Haushaltsdebatte gehört. Ich habe eher den Eindruck, dass Sie das nicht schaffen. Sie haben das heute wieder nur angekündigt, anstatt es in dem Jahr, für das es angekündigt war, umzusetzen.

Meine Damen und Herren, eine Planungssicherheit vor allem im Hinblick auf die Finanzbedingungen und die Ausstattungsbedingungen haben die rheinlandpfälzischen Hochschulen auch unter dieser Landesregierung nicht. Ich will Ihnen nur ein Beispiel von der Universität Koblenz-Landau nennen.

Diese hat ein Entwicklungskonzept aufgelegt, das eng an die Zusagen für Personalaufwuchs gebunden war, die über das Personalbemessungskonzept gegeben wurden und die bis 2008 auch zugesichert worden sind. Das ist jetzt still und heimlich einkassiert worden. Die Hochschule hat nun andere Zusagen und lediglich befristete Mittelzusagen erhalten, weshalb sie jetzt nur von Jahr zu Jahr planen kann und ihr Entwicklungskonzept

eigentlich einpacken kann. Sie hat die Notbremse gezogen und gesagt: Wir werden im nächsten halben Jahr überhaupt keine Stelle mehr besetzen, weil wir nicht wissen, mit welchen Mitteln und Perspektiven wir planen können.— Das ist praktizierte Hochschulpolitik in diesem Land, und nicht das, was Sie uns glauben machen wollten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Hammer hat das an verschiedenen Größenordnungen deutlich gemacht. Ich wiederhole das noch einmal in aller Kürze. Bei den jährlichen Ausgaben pro Studierendem stehen wir an vorletzter Stelle im Vergleich mit allen Bundesländern. Die Angaben stammen nicht von mir, sondern vom Statistischen Bundesamt. Beim Anteil der laufenden Ausgaben für Hochschulen am Bruttoinlandsprodukt stehen wir mit 0,55 % an letzter Stelle unter allen Bundesländern. Ich muss das sagen. weil Sie in den Regierungsfraktionen auch sonst immer auf Rankings und Platzierungen schauen. Wenn es um den Anteil der Ausgaben für die Hochschulen am Gesamtetat geht - auch dazu haben Sie Berechnungen angestellt –, liegt Rheinland-Pfalz an zwölfter Stelle. Das ist nicht vorn, sondern das ist hinten. Auch das muss gesagt werden.

Die Bertelsmann-Stiftung hat Frau Hammer schon zitiert. Das Gleiche gilt für die Ergebnisse der Initiative "Neue soziale Marktwirtschaft". Diese Studie war der FDP schon einmal eine Aktuelle Stunde wert. Herr Kuhn, auch danach erreicht Rheinland-Pfalz wieder nur Platz 12, wenn es um ein Ranking der Wissenschaftsausgaben pro Einwohner geht, also wenn eine andere Maßeinheit zugrunde gelegt wird. Im direkten Vergleich mit den anderen Bundesländern haben Sie also die Nase nicht vorn.

Ich erspare es Ihnen, die Ausgaben von Berlin, das mit seiner Finanzausstattung nicht gerade stattlich dasteht, für eine Universität mit dem zu vergleichen, was die Universität Mainz bekommt. Die Universität Mainz hätte Tränen in den Augen, wenn sie die Zahlungen erhalten würde, die in Berlin für vergleichbare Leistungen zur Verfügung gestellt werden.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Freudentränen!)

- Ja, natürlich Freudentränen.

Frau Schleicher-Rothmund, Sie haben noch einmal die Steigerungsrate der Ausgaben angeführt. Ich nenne Ihnen einmal eine andere Steigerungsrate. Wir haben allein für den Landesbetrieb Straßen und Verkehr von 2003 bis 2006 im Haushalt des Landes eine Ausgabensteigerung von 22 %. Nach meiner Erinnerung sind Sie vorhin für den Hochschulbereich auf eine Ausgabensteigerung von unter 10 % gekommen. Wenn man Relationen herstellt, muss man diese Zahlen heranziehen. Dann sieht man, wie viel mehr in den Geist und wie viel mehr in den Beton gespült wird. Die Stärke der Fraktion rechts von mir liegt nicht im Geist, sondern im Beton.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben von Konzeptionellem gesprochen. Ich lasse jetzt einmal viele andere Passagen meiner Überlegungen weg und gebe ein klares Bekenntnis für ein gebührenfreies Erststudium ab. Sogar die KfW hat in den Untersuchungen, die sie zugrunde gelegt hat, als sie über die Studienkredite nachgedacht hat, ganz klar gesagt, dass das Studium immer wieder am Geld scheitert und die soziale Herkunft einen großen Einfluss auf den Studienerfolg hat.

Herr Kuhn, Sie werden sich nachher wahrscheinlich für Studiengebühren von Anfang an ins Zeug werfen. Nicht Sie wollen das entscheiden, sondern die Hochschulen sollen das machen. Das ist meiner Meinung nach der Schritt in die falsche Richtung. Sie schrecken Menschen vom Studium ab; Sie schrecken von einer guten Bildung, von einem Engagement für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in diesem Land ab. Sie locken sie nicht, sondern Sie halten sie davon ab. Das ist meiner Meinung nach ein falscher Weg. Das ist ein Irrweg, der von uns so nicht mitgetragen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen, wenn es um Zukunftsinvestitionen für die kommende Legislaturperiode geht, eine klarere und deutlichere Prioritätensetzung im Landeshaushalt und dürfen nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen. Wir haben vorgeschlagen - dafür werben wir in den verbleibenden Wochen -, dass wir einen Hochschulpakt innerhalb des Landes mit den Hochschulen, mit den Universitäten, mit den Fachhochschulen, schließen, der klare Zielvereinbarungen zur Verbesserung der Lehre, zur Qualität der Lehre, zur Grundausstattung und zu den Personalmitteln enthält. In den kommenden fünf Jahren müssen wir dafür insgesamt 300 Millionen Euro aus dem Haushalt und nicht über ein Sammelsurium in Form eines Innovationspakets als Schattenhaushalt für die Wirtschaft und für all diejenigen, die sonst dort noch hineingreifen wollen, wie Sie das vorsehen, Herr Kuhn, aufsatteln.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, das sind unsere Zusagen an die rheinlandpfälzischen Hochschulen. Hier brauchen wir eine entsprechende Förderung.

Wenn wir bei der Frage der Lehre sind, kann man gern auf einen Vorteilsausgleich zwischen den Ländern hoffen

Herr Zöllner, dann müssten Sie eigentlich auch schlüssig argumentieren. Ich erinnere mich an eine Aktuelle Stunde im Dezember, die von der SPD beantragt wurde, über das Untersuchungsprojekt, das Sie zu dem Thema in Auftrag gegeben haben, was die Hochschulen den einzelnen Regionen bringen.

Damals haben Sie gesagt, jeder Euro, der in die Hochschulen fließt, fließt um ein Vielfaches in die Wirtschaft, die kleinen Betriebe, die Dienstleistungen und die Regionen zurück. Sie haben noch gar nicht die Detailauswertung vorliegen, wenn es um den Wissenstransfer geht. Das war eine rein wirtschaftliche Rechnung.

Wenn Sie so argumentieren, können Sie auf der anderen Seite nicht sagen, wenn wir in die Hochschulen finanzieren, machen wir das Geschäft der anderen. Schlüssig ist diese Argumentation nicht. Entweder hopp oder topp. Beides kann man nicht auf der gleichen Seite bedienen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, wenn wir die Lehre verbessern wollen – dafür stehe ich in dieser hochschulpolitischen Debatte seit fünf Jahren –, müssen wir im Land eine neue Personalstruktur an den Hochschulen aufwerten. Dann müssen die Hochschulen eine größere Flexibilität bei den befristeten Ausweitungen auch von Lehrdeputaten haben. Dann muss man ihnen nämlich die Möglichkeit geben, etwas in der Lehre zu verbessern.

(Glocke der Präsidentin)

Dann müssen wir auch in die Lage kommen, so genannte Lehrprofessuren zu schaffen, und zwar von Professorinnen und Professoren, die sich auf Lehre, Auswahlberatung und Prüfung der Studierenden konzentrieren können. Dann müssen wir – das ist mein dritter konzeptioneller Vorschlag – auch Hochschulen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen enger zusammenführen und die dort tätigen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit in die Lehre einbeziehen. Das tun sie heute schon aus der Not heraus. Wir sollten aber die Voraussetzungen dafür verbessern.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gerade im letzten Plenum zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Regierungserklärung zur Hochschulpolitik sinnvoll und notwendig ist. Sie haben das auch zu Recht im Hinblick auf aktuelle Ereignisse dargestellt.

In der Tat ist es so, dass sich die Hochschullandschaft in einem rasanten Wandel befindet. Dazu brauchen wir auch die entsprechenden Antworten. Dieses gibt unserer Fraktion Gelegenheit, viele gemeinsame, aber auch unterschiedliche hochschulpolitische Akzente deutlich zu machen. Zunächst einmal darf ich feststellen, dass Rheinland-Pfalz eine gesunde Hochschulstruktur besitzt.

Der Aufbau der Hochschulen begann nach der Gründung unseres Bundeslandes fast bei null. Wir erlebten den rasanten Wandel der Uni Mainz zur mit Abstand größten Hochschule des Landes. Die Gründung der Doppeluniversität Kaiserslautern/Trier mit der Verselbstständigung mit unterschiedlichen Schwerpunkten war ein großer Erfolg.

Herr Dr. Gölter, im Übrigen – das brauche ich an dieser Stelle nicht zu sagen – steht natürlich die Landesregierung immer auch auf den Schultern anderer Landesregierungen. Die Gründung der Universität Koblenz-Landau und die Entwicklung vieler Fachhochschulen aus der Landesfachhochschule heraus mit spezifischen Schwerpunkten und der regionalen Einbindung häufig im Zusammenhang auch mit Konversionsmaßnahmen waren und sind eine Erfolgsstory.

Die Hochschulstruktur in Rheinland-Pfalz ist tragfähig. Sie wird unterschiedlichen regionalen Interessen gerecht und bietet Studierenden ein qualitativ hochwertiges breites Spektrum an Möglichkeiten.

Die Forschungsinfrastruktur ist deutlich ausgebaut worden. Ich bin ebenfalls stolz darauf und sehe es positiv, dass wir im Hinblick auf Studienplätze Importland sind. Das spricht nicht gegen, sondern für die Hochschulen dieses Landes.

Auf dieser Grundlage haben wir gute Chancen, die Hochschulen in der geschilderten Umbruchsituation weiterzuentwickeln. Wenn wir als Fraktionen auf die letzte Wahlperiode zurückblicken – Herr Minister Zöllner, ich darf persönlich die letzten zehn Jahre mit einbeziehen –, bietet sich aus der Sicht unserer Fraktion eine Bilanz an. Zunächst darf ich Ihnen, Herr Minister Zöllner, für die sehr erfolgreiche Hochschulpolitik in dieser Zeit ausdrücklich danken.

(Beifall der FDP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich meine, dass man vonseiten der SPD-Fraktion ein bisschen genant ist und es nicht übertreiben will. Ich darf es aber sagen.

(Mertes, SPD: Sehen Sie, er sagt es! Das ist es!)

Ich setze noch einen Punkt darauf. Sie waren und sind als Wissenschaftsminister ein Glücksfall für die Entwicklung der Hochschulen in unserem Land.

(Beifall der FDP)

Was ist in dieser Koalition gemeinsam bewegt worden? Dazu drei Beispiele:

Herr Professor Zöllner, war das zuviel?

(Ministerpräsident Beck: Ich habe ein Ausrufezeichen hingestellt und sein eigenes Fragezeichen gestrichen!)

 Prima. Ich nenne den Prozess der Föderalismusreform. Ich darf sagen, dass wir diesen beide über Jahre gemeinsam erfolgreich – ich persönlich auch als Sprecher der FDP-Fraktion in Bund und Ländern – in diesen Fragen begleitet haben.

Ich verweise auf eine nahtlose Übereinstimmung unserer Vorstellungen – das ist außergewöhnlich – in Rheinland-Pfalz und allen FDP-Fraktionen in Bund und Ländern. Die Zusammenarbeit war – ich kann mich gut

erinnern, wie das vor Jahren angefangen hat –, wie sich hoffentlich bald zeigen wird, äußerst nützlich.

Diese Aufgabe ist nicht ganz erfüllt. Darauf haben Sie hingewiesen. Wir haben Probleme mit der Regulierung der Finanzströme. Sie haben das im Detail dargestellt. Hier stehen wir vor einer sehr großen Aufgabe. Ich komme später noch einmal darauf zurück. Auch hier können Sie sicher sein, die Unterstützung unserer Fraktion zu haben.

Ich verweise auf die erfolgreiche Novellierung des Hochschulgesetzes. Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind selbstständiger und handlungsfähiger geworden. Ich verweise auf die Unterstützung des Studienkontenmodells, das sich im Übrigen – ich darf das sagen – an dem FDP-Modell der Bildungsgutscheine orientiert hat.

Nach dem Lob kommen auch ein paar andere Aspekte. Wir waren nicht immer von Anfang an einer Meinung. Ich erwähne das harte Ringen um das bestmögliche Konzept der Lehrerbildung, das Frau Thomas nicht gefällt. Das ist mir aber egal.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was gefällt mir nicht?)

Meine Damen und Herren, uns lag am Herzen, die Qualität der fachwissenschaftlichen Ausbildung und die schulartspezifische Ausprägung in der Bachelor-Phase zu erhalten. Ich denke, hier sind wir im Sinn von These und Antithese zu einer Synthese gekommen, was unsere Vorstellungen anbelangt, die letztlich besser als das ist, was im Einzelnen von Anfang an gedacht worden ist.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, ich darf an dieser Stelle – ich bin ein bisschen stolz darauf – den Einsatz der FDP-Fraktion für ein Hochschulsonderprogramm erwähnen, das inzwischen zum Glanzstück rheinland-pfälzischer Hochschulpolitik geworden ist.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das freundliche Nicken des SPD-Fraktionsvorsitzenden bestätigt mich darin. Darauf sind wir besonders stolz, weil wir uns nur so dem Länderwettbewerb stellen können.

Herr Minister Zöllner, Sie sind in Ihrer Rede darauf eingegangen.

Wenn wir auch nicht immer einer Meinung waren, so ist doch festzustellen, dass wir in dieser Koalition immer am Ende zu hervorragenden guten Ergebnissen gekommen sind. Die Hochschulpolitik der Koalition war in den letzten beiden Wahlperioden außerordentlich erfolgreich.

Nun zum Ausblick.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt geht es los!)

Wir stehen kurz vor dem Ende der Legislaturperiode.

(Mertes, SPD: Und dem Beginn einer neuen glänzenden Ära!)

 Ich muss überlegen, wie er das gemeint hat. Neben den vielen Gemeinsamkeiten werden in den Wahlprogrammen der Koalitionsparteien deutliche Unterschiede erkennbar. Das wurde heute Nachmittag von Frau Schleicher-Rothmund und dem Minister klar gemacht.

Wir, die FDP, wollen – das sage ich an dieser Stelle ausdrücklich – ein weiteres Investitionsprogramm für die Entwicklung von Forschung und Wissenschaft in Rheinland-Pfalz, und das in einer Dimension, die dem hervorragenden Programm "Wissen schafft Zukunft" entsprechen soll.

Dieses hervorragende Programm "Wissen schafft Zukunft" darf nicht das letzte Wort sein.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weihrauch!)

Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem noch bedeutenderen Forschungs- und Wissensstandort weiterentwickeln.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, dazu brauchen wir in der Tat ein neues Investitionsprogramm auch für die Weiterentwicklung der Hochschulen insgesamt. Ich nenne einmal ein Beispiel. Ich habe gerade zum Herrn Kollegen Schmitz geschaut, der sich zu Recht für eine Medienakademie in Rheinland-Pfalz stark macht. Dieser Vorschlag ist auf große Zustimmung gestoßen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, Sie haben auf die ungleichgewichtige Ausgangssituation in der Bundesrepublik hingewiesen. Sie haben von der DFG, von den Finanzströmen gesprochen. In der Tat, ich sehe das auch so, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten vor ganz schwierigen und folgenreichen Entscheidungen stehen. Wir müssen alles daransetzen, dass die Interessen von Rheinland-Pfalz, vielleicht auch des einen oder anderen Bundeslandes als Bündnispartner gewahrt werden. Ich hoffe, dass uns und Ihnen das gelingen wird.

Meine Damen und Herren, wir sind natürlich nicht glücklich über das bisherige Abschneiden unserer Hochschulen in der ersten Antragsrunde um die 1,9 Milliarden Euro der Exzellenzinitiative. Das soll, darf und wird uns nicht entmutigen. Drohende ungleiche Bedingungen, auf die Sie, Herr Minister, hingewiesen haben, sind das eine. Aber auf der anderen Seite, wie das immer so im Leben ist, hilft kein Klagen. Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und zielgerichtet in die Zukunft investieren. Nur wenn wir den Forschungs- und Wissenschaftsstandort entschieden selbst stärken, können wir im Übrigen die dargestellten äußerst positiven volkswirtschaftlichen Effekte im Interesse aller Bürger dieses Landes realisieren. Ich bin sicher, dass uns der zweite Teil der Studie gerade in dieser Einschätzung noch einmal bestärken wird.

Aus diesem Grund macht ein weiteres Investitionsprogramm ökonomisch Sinn. Dies wird auch für die regionale Entwicklung in Rheinland-Pfalz wichtig sein.

Meine Damen und Herren, es darf den rheinlandpfälzischen Hochschulen – darüber sind die Positionen in diesem Hause klar; ich werde unsere Position darstellen – nicht länger verwehrt bleiben, Studiengebühren zu erheben.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich werde nachher noch etwas zur Position der CDU sagen, die mich auch tief beeindruckt hat. Jede Hochschule soll nach unserer Einschätzung selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe und für welche Fachbereiche sie Studiengebühren erhebt. Es geht zulasten von Forschung und Lehre, wenn in anderen Bundesländern Studiengebühren erhoben werden und in Rheinland-Pfalz nicht. Dem Generalverdacht, dass damit der Landeshaushalt entlastet werden soll, müssen wir entschieden entgegentreten.

(Beifall bei der FDP – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das glaubt Ihnen nur keiner!)

Wir haben mit dem Sonderprogramm den Beweis erbracht, dass das Land mit einer großen Kraftanstrengung bundesweit einmalig die Hochschulen zusätzlich gestärkt hat. Diesen Weg wollen wir mit dem von uns gewünschten zusätzlichen Investitionsprogramm weiter gehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der Beitrag der Studierenden wird und muss darüber hinaus zu einer deutlichen und spürbaren Verbesserung der Qualität der Lehre führen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn eine Hochschule sich durch Gebühren eine besonders gute Ausstattung und besonders renommierte Hochschullehrer leisten kann, profitieren davon insbesondere die Studierenden. Sie verbessern damit auf dem Arbeitsmarkt auch ihre persönliche Wettbewerbssituation und können somit letztendlich oftmals höhere Einkommen erzielen. Deshalb ist es legitim, von ihnen einen Beitrag für eine gute Ausbildung zu verlangen.

Ich habe viele Gespräche und Diskussionen mit Studierenden, übrigens vor nicht allzu langer Zeit mit Studierenden an der TU Kaiserslautern, geführt. Ich darf Ihnen sagen, dass das Verständnis für dieses Konzept groß war.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Es war volles Haus. Sie kennen die Größe der FDP.
 Ich gehe einmal davon aus, dass eine große Zahl von anderen Studierenden mit dabei waren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, im Übrigen dürfen solche Gebühren nicht zu einer sozialen Schieflage führen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und wie machen Sie das?)

Dazu gibt es ein ausreichendes Instrumentarium.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welches denn?)

Niemand darf aus finanziellen Gründen daran gehindert werden, ein Studium zu beginnen. Meine Damen und Herren, ich stamme selbst aus einer Arbeiterfamilie, habe studiert. Lieber Herr Kollege Mertes, das war eine harte Zeit, das kann ich Ihnen sagen. Ich habe studiert, und ich weiß, wovon ich rede, was die Forderung nach Chancengerechtigkeit bedeutet.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, sozial ungerecht ist es aber auch, wenn kleine Leute mit geringem Einkommen Akademikern komplett das Studium mitfinanzieren. Das müssen wir uns auch einmal überlegen. Auch wir sind der festen Überzeugung, dass wir in der Zukunft mehr Hochschulabsolventen brauchen. Wir müssen die Hochschulen aber auch in die Lage versetzen, ein hochwertiges Studienangebot zu machen.

Die Haltung der CDU – jetzt komme ich zu dem amüsanten Teil meiner Rede – in dieser Frage ist mehr als merkwürdig, so kommt es mir vor. Während CDUgeführte Landesregierungen Studiengebühren einführen, wollen Sie auf Studiengebühren verzichten. Ich weiß, dass es auf dem Parteitag eine heiße Diskussion gab. Herr Dr. Weiland – er ist gerade nicht anwesend – als neuer bildungspolitischer Sprecher hat wohl auch eine andere Position. Er steht nicht allein.

(Zurufe der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das erstaunt uns nun wirklich. Wenn man sich dann Ihr Wahlprogramm anschaut, liebe Freunde von der CDU, wollen Sie doch gleichzeitig in einem riesigen Ausmaß Füllhörner mit nicht vorhandenem Geld über das Land ausschütten.

(Glocke der Präsidentin)

Das ist eine wenig glaubwürdige Haltung.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wer allen alles verspricht, handelt nicht sozial, meine Damen und Herren.

Ich möchte zusammenfassen: Wir blicken zurück auf viele Jahre äußerst erfolgreicher Hochschulpolitik in diesem Land. In der Vergangenheit ist es uns gelungen, unterschiedliche Konzepte zum Nutzen der Hochschulen in unserem Land zusammenzuführen. Uns eint das Ziel, in der Zeit des Umbruchs unsere rheinland-pfälzischen Hochschulen zu stärken und damit die Zukunft zu ge-

winnen. Es wird trotz unterschiedlicher Auffassungen gelingen, den gemeinsamen Weg dorthin zu beschreiten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Kohnle-Gros das Wort. Ihnen stehen noch sieben Minuten Redezeit zu.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht muss man jetzt doch einmal an der einen oder anderen Stelle der Legendenbildung ein Stück weit widersprechen.

Zunächst einmal zur FDP, ausnahmsweise einmal im positiven Sinn. Ich will Ihnen sagen, Sie haben natürlich völlig Recht, dass das zusätzliche Geld gekommen ist, ist in der Tat Ihnen zu verdanken. Sie haben sich offensichtlich in der Regierung durchgesetzt, sonst hätten wir dieses Programm "Wissen schafft Zukunft" so in Rheinland-Pfalz nicht. Man kann das in den Einzelheiten durchaus kritisieren, ein Gemischtwarenladen, Antragsverfahren und was weiß ich. Es geht im Grunde genommen um die Grundausstattung der Hochschulen, die hundsmiserabel ist. Wir hätten das Geld schon sehr viel länger gebraucht.

Gestern war in der Post das Statistische Monatsheft. Es empfiehlt sich immer, einmal zu schauen, ob etwas aus dem eigenen Bereich dabei ist. Dort stehen die Studierendenzahlen. Frau Thomas, ich kann die Zahl nachliefern: In neun Jahren sind die Studierendenzahlen in Rheinland-Pfalz um 42 % gestiegen. Das war die Zahl, die Ihnen vorhin gefehlt hat.

Der Haushalt wurde um 33 % gesteigert.

(Staatsminister Prof. Dr. Zöllner: 69 %! – Ministerpräsident Beck: Das ist in etwa das Doppelte von dem, was Sie gesagt haben!)

- 69 %, gut. Das ist etwa das Doppelte.

Jedenfalls sind die Zahlen jetzt schon in Rheinland-Pfalz rückläufig, nicht nur bundesweit, was die Studienanfänger anbelangt.

(Dr. Weiland, CDU: Das sind die "Zöllner"schen Grundrechenarten!)

Das liegt offensichtlich nicht an den Studiengebühren, die hier nicht eingeführt worden sind, sondern – ich sage Ihnen, woran das liegt – der Numerus clausus wurde schon angesprochen, den wir in fast 100 Studiengängen inzwischen haben. Das liegt aber vielleicht auch an den Rankings, bei denen Rheinland-Pfalz – das ist jetzt über

Jahre hinweg der Fall – durchaus kein gutes Bild abgibt, meine Damen und Herren.

Wir finden praktisch in diesem oberen Segment nicht mehr statt.

(Dr. Weiland, CDU: Daran sind die anderen schuld!)

Daran sind die anderen schuld. Das habe ich vergessen. Ich habe den großen Zettel inzwischen unterschrieben, die CDU und der Bund seien schuld, ebenso wie die anderen Länder, vor allem die CDU-geführten.

(Dr. Weiland, CDU: Sehr gut!)

Das ist eine Tatsache. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Noch eine Tatsache, wenn wir schon bei den anderen Bundesländern sind. Eine Mär, die hier immer wieder verbreitet wird, also andere Länder, vor allem die bösen CDU-geführten, sparen jetzt an den Studierenden und an den Studienplätzen für die armen jungen Menschen. Deswegen müssen die Rheinland-Pfälzer das alles auffangen. Wir haben kein Geld und müssen es woanders holen.

Ich sage etwas zu Baden-Württemberg. Es tut mir Leid, das liegt mir nahe. Dort kann ich mich sofort verständigen, wenn ich dort anrufe.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Weiland, CDU – Mertes, SPD: Im Gegensatz zu hier!)

 Im Gegensatz zu hier, aber die haben sich auch daran gewöhnt.

58.600 Studienanfänger gibt es zum Stichtag 1. Januar 2005 in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz – auch in der Statistik nachzulesen – gibt es 17.000. Herr Dr. Gölter und ich haben gerade ein bisschen geredet: Baden-Württemberg hat zweieinhalb Mal so viele Einwohner und dreieinhalb Mal so viele Studienanfänger.

(Dr. Gölter, CDU: So ist es!)

Dann fragen Sie mich, wo die sparen und das arme Rheinland-Pfalz belasten.

Noch eine Zahl: Baden-Württemberg gibt jedes Jahr, zum Beispiel 2003 2,2 Milliarden Euro, Gelder in den Länderfinanzausgleich. Davon bekommt Rheinland-Pfalz 259 Millionen Euro.

(Ministerpräsident Beck: Von Baden-Württemberg?)

- Aus dem Länderfinanzausgleich.

(Ministerpräsident Beck: Dann lernen Sie den Finanzausgleich, bevor Sie so etwas sagen! Das stimmt so nicht! – Lelle, CDU: Natürlich!)

– Das steht dort so. Das habe ich mir so sagen lassen.

Wenn Sie sieben und acht zusammenaddieren, die Sie vorhin genannt haben, dann sind es 15. Das ist immer noch eine große Differenz zu dem, wovon jetzt die Rede war. Streiten wir uns nicht um die Millionen. Das Prinzip wird schon stimmen, davon gehe ich aus.

(Zurufe von der SPD)

 Das können Sie doch nicht wegdiskutieren, dass wir ein Nehmerland und die anderen ein Geberland sind.
 Das kann ich doch denen nicht zum Vorwurf machen, dass sie das alles mitfinanzieren.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Ich muss noch einmal auf etwas zurückkommen. Ich habe es vorhin schon einmal gerufen. Dabei ging es um eine Art Bettelbrief.

Wissen Sie, was ein Bettelbrief ist? Wenn früher in Baden-Württemberg eine Kirche gebaut werden sollte und das Dorf oder die Pfarrgemeinde kein Geld hatte, dann ging der Pfarrer in andere Gemeinden predigen und hat gebettelt und einen Brief mitgebracht, die Menschen sollten etwas geben.

(Dr. Weiland, CDU: So finanziere ich meinen Wahlkampf!)

So war das auch hier. Der Minister hat etwas aufgeschrieben und wie eine Predigt vorgelesen. Er bettelt jetzt beim Bund, bei der DFG und bei anderen Bundesländern, weil wir endlich – das ist der Inhalt dieses Papiers – zugeben, dass wir am Rande stehen.

Bei der Forschung haben wir es quittiert bekommen durch die Exzellenzinitiative, bei der Lehre sind die Zahlen von Frau Hammer und Frau Thomas genannt worden.

Übrigens auch diesbezüglich wird in anderen Bundesländern ein Vielfaches pro Studierende, laufende Haushaltsmittel, ausgegeben oder auch pro Einwohner. Ich will das gar nicht im Detail noch alles nennen.

lch denke, das sind Fakten. Wir sagen das fast im Gleichklang mit den GRÜNEN seit Jahren.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage noch etwas zu dem, was in diesem Papier für mich Erschreckendes steht: Lehre ist immer wieder unterstrichen im Redetext. Erinnern Sie sich, als wir über Hochschulsysteme in angelsächsischen Ländern diskutiert haben, wie es zum Beispiel in Amerika ist?

Dort gibt es die Leuchttürme, die forschungsstarken Universitäten, die viel Geld haben. Dann gibt es diejenigen, die für die Ausbildung der Masse zuständig sind, die nur Lehre betreiben.

Offensichtlich zielt der Minister, weil er sieht, dass er auf dem einen Gebiet nicht mehr mithalten kann, jetzt völlig auf den anderen Bereich. Das steckt auch in dieser Forderung, die anderen sollen das mitfinanzieren, wenn wir deren Studierende ausbilden.

(Mertes, SPD: Sie ist so herrlich boshaft! – Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Das ist nicht unser Weg, damit das ganz klar ist. Bei aller Liebe, diesbezüglich hat das Land noch einen großen Aufholprozess vor sich.

Das haben wir nicht zu verantworten. Ich habe das vorhin schon einmal gesagt.

15 Jahre zurück regieren Sie. 15 Jahre sind eine lange Zeit, um Weichen zu stellen. Die Weichen sind in Rheinland-Pfalz falsch gestellt worden. Das ist eindeutig.

(Beifall der CDU)

Sie sind falsch gestellt worden in diesem ganzen Bereich. Jetzt mit dem Finger auf andere zu zeigen und von uns Solidarität einzufordern, dass wir das mitregeln sollen ---

Ich habe es vorhin auch schon gerufen. Dann hätten Sie das alles, was Sie jetzt sagen, verlangen müssen, als Ihre Regierung in Berlin noch an der Macht war. Damals hat man das nicht gehört.

Frau Bulmahn mit ihren wilden Ideen, die das Land links gemacht hat. Da sind Sie alle brav mitgelaufen. Jetzt, wo die Probleme auf dem Tisch liegen, sollen es die anderen richten. Ich bin sicher, Frau Schavan hat bessere Ideen. Dann kümmern Sie sich in der Regierung selbst darum und zeigen nicht mit dem Finger auf uns.

Wir haben in diesen Fragen, was den Hochschulbau oder die Vollkostenfinanzierung angeht, an Rheinland-Pfalz zu denken. Das habe ich immer gesagt. Wir ziehen den Kürzeren, wenn wir nicht aufpassen.

Wir machen in diesen ganzen Geschichten keinen Stich, wenn wir nicht schauen, dass wir anständig bedient werden. Das ist mir völlig klar. Das waren immer auch meine Worte. Das ist nicht angekommen.

Auch bei der Föderalismuskommission den Hochschulbau herauszunehmen, das kann uns nichts nützen, egal wie die Regelung läuft. Da haben andere sicher andere Interessen.

(Glocke der Präsidentin)

 Ich will das noch als letzten Satz sagen. Weil ich nicht mitlesen kann, kann ich mir meine Zeit nicht so gut einteilen.

Ich will das nur noch einmal sagen. Wir haben vor 15 Jahren, als die Regierung in Rheinland-Pfalz gewechselt hat, über Jahre hinweg, sowohl Herr Dr. Gölter als auch ich, die Hochschulpolitik gemeinsam gemacht, in vielen Fragen gemeinsam, auch ganz persönlich gemeinsam.

Als die Regierung im Bund gewechselt hat, 1998, hat sich das gravierend verändert. Ich muss das sagen. Mir tut es heute noch leid, dass wir uns damit in Rheinland-Pfalz abgehängt haben oder abgehängt worden sind.

7274

Das ist wirklich eine Schuldzuweisung an die alte Bundesregierung. Ich muss sagen, die Wege, die dort eingeschlagen worden sind, haben Rheinland-Pfalz nicht genutzt.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie bitte?)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder des Verbands der Beamten der Bundeswehr aus Koblenz. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schleicher-Rothmund. Ihnen stehen noch zwei Minuten zur Verfügung.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kohnle-Gros, als ich ungefähr ein halbes Jahr im Landtag war, hat Gerhard Schmidt einmal gesagt, als Sie eine Rede gehalten haben, Sie hätten ein chaotisches Problembewusstsein. Da sieht man einmal, was der Gerhard Schmidt für ein feiner Mann ist.

(Beifall der Abg. Frau Ebli, SPD)

Sie haben überhaupt kein Problembewusstsein. Sie haben überhaupt nicht begriffen, welche Rede gehalten worden ist.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Das Einzige, was von Ihnen kommt, ist Zahlenmaterial, vorzugsweise aus Baden-Württemberg.

(Dr. Weiland, CDU: Das hören Sie nicht gern! Ja!)

Dies tragen Sie mit einem Patriotismus vor, dass man sich manchmal fragt, wo eigentlich Ihr Interesse für den rheinland-pfälzischen Raum noch geblieben ist.

(Beifall der SPD – Dr. Gölter, CDU: Ach nee!)

Sie gehen in keiner Weise auf das ein, was vorgetragen worden ist.

(Lelle, CDU: Billig! Billig! – Mertes, SPD: Boshafte Maultaschenpolitik!)

Sie betrachten es als eine Fingerzeigdebatte. Sie betrachten es als eine Schuldzuweisung. Warum fühlen Sie sich von der Diskussion eines Paradigmenwechsels und eines neuen Konzepts angegriffen?

(Dr. Weiland, CDU: Nur heiße Luft!)

Bloß, weil ein paar CDU-Länder mit hineinspielen? Das ist doch kein Angriff auf Sie. Beteiligen Sie sich doch bitte endlich an einer konzeptionellen Debatte.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wer heute Abend diese Debatte im Fernsehen sieht, muss doch das Fazit ziehen: Willst du wissen, wie die Statistik in Baden-Württemberg aussieht, dann rufe Frau Kohnle-Gros an.

Etwas Konzeptionelles ist bei Ihnen nicht herüberge-kommen

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD – Lelle, CDU: Aber durch Sie!)

Das ist bedauerlich. Das ist eine intellektuelle Bankrotterklärung.

> (Beifall der SPD und der FDP – Mertes, SPD: Jawohl! – Lelle, CDU: Sie sind der große Vorredner in hochschulpolitischen Fragen! Man merkt es!)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache zu der Regierungserklärung beendet.

Wir kommen zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/4578 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten

- Drucksache 14/4950 -

Da der Berichterstatter Herr Dr. Gebhart erkrankt ist, wird vorgeschlagen, auf die Berichterstattung zu verzichten. – Gut, dem ist so.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln. Ich sehe keinen Widerspruch, dann kommen wir unmittelbar zur Abstimmung.

Wir stimmen über den Gesetzentwurf – Drucksache 14/4578 – ab. Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig. Alle vier Fraktionen haben dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben! – Danke! Auch

dies ist einstimmig. Damit ist dieses Gesetz mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen worden.

Wir kommen nun zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Weiterführung des Krebsregisters Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/4638 –Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses

Drucksache 14/4951 –

Der Sozialpolitische Ausschuss hat auf eine Berichterstattung verzichtet. Die Fraktionen haben beschlossen, auch diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln. Daher kommen wir unmittelbar zur Abstimmung.

Wir stimmen über den Gesetzentwurf – Drucksache 14/4638 – ab. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Dies ist einstimmig. Somit haben alle Fraktionen dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz in der Schlussabstimmung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben! – Dies ist ebenfalls einstimmig. Somit ist das Gesetz einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik (KomDoppikLG) Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4674 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses

- Drucksache 14/4952 -

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP

- Drucksache 14/4960 -

Ich bitte Herrn Abgeordneten Lammert um die Berichterstattung.

Abg. Lammert, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 30. November 2005 ist der Gesetzentwurf der Landesregierung "Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik" an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in der 41. Sitzung am 26. Januar 2006 beraten und empfiehlt dem Landtag einstimmig, bei Abwesenheit des Vertreters und der Vertreterin der Fraktionen der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung.

Der mitberatende Rechtsausschuss hat sich dieser Beschlussempfehlung angeschlossen.

Danke schön.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von fünf Minuten verständigt. Das Wort hat Herr Abgeordneter Bracht von der CDU-Fraktion.

Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte für die CDU-Fraktion einige Ausführungen zum Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik machen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetz unternimmt der Landtag einen wesentlichen Schritt hin zu einer Modernisierung der Kommunalverwaltung, die unter dem Stichwort "Neue Steuerungsmodelle" über Jahre diskutiert, ansatzweise umgesetzt und nun mit der Reform des Haushaltsrechts und der Einführung der kommunalen Doppik in erheblich weitergehender Form vollzogen werden soll. Wer im kommunalen Bereich bisher bereits mit Eigenbetrieben gearbeitet hat, für den ist die kommunale Doppik nichts Neues. Dort war und ist die kaufmännische Buchführung schon jetzt Realität. Wer aber bisher nur mit dem kameralen Haushalt zu tun hatte, der wird sich sehr umstellen müssen.

Worum geht es konkret? – Ich zitiere aus der Begründung des Gesetzentwurfs:

"Die entscheidende Neuerung gegenüber der geltenden Rechtslage ist der Schritt vom Geldverbrauchskonzept hin zum Ressourcenverbrauchskonzept. Bislang wurden im kommunalen Rechnungswesen lediglich die Ein- und Auszahlungen, also die Ist-Werte, und die Einnahmen und Ausgaben erfasst, das heißt, die Erhöhungen und Verminderungen des Geldvermögens. Künftig stellen die Erträge und Aufwendungen, die zusätzlich zu den Einund Auszahlungen erfasst werden, die zentralen Steuerungsgrößen im kommunalen Finanzmanagement dar."

Meine Damen und Herren, Sie sehen, man betrachtet zukünftig die Veränderungen des Eigenkapitals einer Kommune. Dieser Ansatz bildet erheblich transparenter als bisher das wirtschaftliche Handeln der Gemeinde ab. Dies liegt daran, dass Zahlungen zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam erfasst werden und nicht wie bisher zum Zeitpunkt ihres Anfalls oder ihrer Fälligkeit.

Auf diesem Wege kann dann zum Beispiel einerseits der vollständige Werteverzehr durch Abschreibungen offen gelegt werden und andererseits heute begründete, aber erst später anfallende Auszahlungen durch Rückstellungen berücksichtigt werden. Es kann also Vorsorge getroffen werden.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion begrüßt diesen Gesetzentwurf. Er ist alles in allem ein Schritt zu mehr Wirtschaftlichkeit und wirtschaftlichem Handeln im kommunalen Bereich. Aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Einführung der kommunalen Doppik noch erhebliche Probleme insbesondere dort bereiten wird, wo ehrenamtliche Räte bisher nichts mit kaufmännischer Buchführung zu tun hatten. Dort wird erheblicher Schulungsaufwand notwendig sein, damit die kommunale Doppik frühestens 2007 und spätestens, wie geplant, 2009 überall eingeführt werden kann.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf auch deshalb zu – wahrscheinlich ist er deshalb auch so rund –, weil er bereits sehr früh in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet und entwickelt wurde. Dies gilt auch für den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP, der nun für das Plenum noch nachgereicht wurde. Die Inhalte auch dieses Antrags gehen ebenfalls auf Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände zurück, die wir gleichfalls mittragen.

Lassen Sie mich aber zum Schluss noch eine Anmerkung machen. Meine Damen und Herren, wenn diese Abkehr von der Kameralistik und die Einführung der kaufmännischen Buchführung im kommunalen Bereich so gut ist, stellt sich doch die Frage, weshalb die Landesregierung die kaufmännische Buchführung neben den wenigen Landesbetrieben, in denen sie praktiziert wird, nicht auch im Landeshaushalt und insbesondere im Kernhaushalt einführt. Andere Länder tun dies schließlich auch, wie wir wissen.

Die Finanzverfassung, wie Herr Ministerpräsident Beck in der letzten Debatte behauptet hat, ist keinesfalls das entscheidende Hindernis; denn diese gilt auch für Hessen und andere Bundesländer. Die Antwort ist einfach: Da die kaufmännische Buchführung und die Bilanzrechnung aufzeigen, wie leistungsfähig ein Land oder eine Kommune tatsächlich noch ist, fürchten Sie zu Recht eine negative Eröffnungsbilanz. Das Ergebnis würde sein, das Land ist längst pleite.

(Ministerpräsident Beck: Jetzt geht das wieder los! Ist das jetzt die eine oder die andere Hälfte der Wahrheit?)

Diese Feststellung, dass das Land dank Ihrer Politik eigentlich längst pleite ist, wollen Sie verschweigen. Deshalb verweigern Sie die Einführung der Doppik im Kernhaushalt des Landes.

(Mertes, SPD: Alles halbe Wahrheiten! – Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Dies zeigt erneut, dass Sie überall dort, wo dies möglich ist, die miserablen Ergebnisse Ihrer Finanzpolitik vertuschen wollen. Meine Damen und Herren, darauf wollte ich noch hingewiesen haben.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Frenetischer Beifall!)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Noss von der SPD-Fraktion.

Abg. Noss, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war vorherzusehen: Herr Bracht kann es nicht lassen, das Lied von dem Pleite gehenden Land Rheinland-Pfalz, das Sie fortwährend singen, bei jedem Gesetz, bei jeder Debatte wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Lernen Sie doch eine neue Schallplatte. Lernen Sie einmal ein neues Lied. Irgendwann hört man Ihnen vielleicht auch einmal wieder zu. Man kann es nicht mehr hören. Keiner glaubt es.

(Beifall der SPD – Bracht, CDU: Die Wahrheit muss man schon ertragen!)

Folgen Sie den Umfragen, dann werden Sie merken, was von Ihren Vorhaltungen zu halten ist, nämlich gar nichts!

Aber unabhängig davon komme ich nun zum Thema. Schon seit Jahren gibt es landauf, landab vielfältige Möglichkeiten, die Verwaltungen zu modernisieren und fit zu machen für die Zukunft. Grund dafür ist unter anderem auch eine gewisse Konkurrenz, die zwischen den Kommunen untereinander einerseits und zwischen den Kommunen und privaten Anbietern andererseits entstehen wird. Immer wieder ist dabei der Vorwurf zu hören, dass die Gemeinden weder über wirtschaftliches Denken noch über die entsprechende Kompetenz verfügen. Begriffe wie "neue Steuerungsmodelle" hielten Einzug. Teamwork war plötzlich angesagt, und eine Dezentralisierung der Entscheidung von oben nach unten wurde durchgeführt. Insbesondere aber wurde und wird die Rolle der Politik in diesem Zusammenhang neu definiert. Die Kommunalpolitik und die Räte sind zukünftig nur noch für strategische Entscheidungen zuständig. Das heißt, sie bestimmen das Was, aber das Wie wird intern in der Verwaltung geregelt.

Die Politik verlangt für dieses Zugeständnis natürlich ein Mehr an Transparenz, insbesondere im Haushaltsrecht. Der Kameralistik werden dabei insbesondere eine fehlende Vergleichbarkeit des Verwaltungshandelns mit Kommunen oder privaten Leistungsanbietern vorgeworfen, ebenso eine lückenhafte Darstellung der wirtschaftlichen Zusammenhänge.

Auch unter Berücksichtigung der finanziellen Situation der Kommunen wurde der Ruf nach einer Neugestaltung

des Haushalts, insbesondere nach größerer Transparenz und größer Wirtschaftlichkeit immer lauter. Bereits 1994 sagte beispielsweise das Innenministerium den Kommunen die Bereitschaft zu, entsprechende Reformvorhaben zu fördern und zu unterstützen.

Auch die Kommunen, insbesondere die kommunalen Spitzenverbände, forderten in der Folgezeit eine Änderung des Haushaltsrechts. Nach etlichen Beratungen in verschiedenen Arbeitsgruppen gab das Innenministerium schließlich grünes Licht zur Einführung der Doppik, die von den kommunalen Spitzenverbänden ganz massiv angemahnt wurde. Das möchte ich ganz klar unterstreichen.

Die Doppik orientiert sich dabei im Großen und Ganzen am kaufmännischen Rechnungswesen. Das gesamte Vermögen der Kommunen wird zukünftig erfasst, bewertet und auch bilanziert.

Das erfordert natürlich umfangreiche Vorarbeiten, die zurzeit in großem Umfang in den verschiedenen Verwaltungen laufen, wobei diese allerdings nicht von ehrenamtlichen Ratsmitgliedern, sondern von den Verwaltungen getragen werden. Es werden Arbeitskreise gebildet und Mitarbeiter geschult, wobei insbesondere die Bewertung des bisher nicht bewerteten Vermögens, besonders der Straßen, einen verhältnismäßig großen Arbeitsaufwand darstellt und die Kommunen zurzeit stark belastet, was allerdings nur vorübergehend sein wird.

Das neue kommunale Haushaltsrecht stützt sich auf drei Komponenten, einmal eine Finanzrechnung, eine Art Kapitalflussrechnung, die der traditionellen Kameralistik ähnelt, dann eine Ergebnisrechnung, die der Gewinnund Verlustrechnung in der betriebswirtschaftlichen Jahresrechnung entspricht. Die entsprechenden Salden werden in der Bilanz erfasst.

Die Gemeinden, die darüber hinaus Unternehmen haben, zum Beispiel Eigenbetriebe, werden zukünftig eine konzertierte Bilanz erstellen müssen. Das macht auch viel Sinn. Bis jetzt rangierten die kaufmännische Bilanz der Eigenbetriebe sowie der kameralistische Haushalt der Gemeinde nebeneinander. Beides miteinander zu verzahnen, bereitet doch große Schwierigkeiten. Diese Problematik werden wir zukünftig nicht haben.

Durch diese konzertierte Bilanz gewinnen wir natürlich eine wesentlich bessere Übersicht über die wirtschaftliche Situation der einzelnen Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Die Doppik wird 2007, spätestens aber 2009 Einzug in die öffentlichen Haushalte der Kommunen haben. Wesentliche Vorteile und Unterschiede zur Kameralistik sind einmal die Abkehr vom reinen Geldverbrauchs- zum Ressourcenverbrauchskonzept, die Darstellung der periodischen Ressourcenverbräuche und durch die Gesamtbilanz ein besserer Gesamtüberblick über die Vermögens- und Schuldensituation der Gemeinde. Sparpotenziale des Verwaltungshandelns werden durch größere Transparenz aufgezeigt. Es erfolgt dadurch ein größeres Kostenbewusstsein. Der Substanzverlust des Vermögens wird durch die Abschreibungen aufgezeigt.

Wir haben verbesserte Kontrollmöglichkeiten durch eine Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Möglichkeit interkommunaler Kostenvergleiche.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dadurch bedingt haben wir eine bessere Möglichkeit auch zur Produktkalkulation. Kurz gesagt, mit dem neuen Haushaltssystem, der Doppik, wird mehr Nachhaltigkeit, mehr Kostenbewusstsein und mehr Wirtschaftlichkeit Einzug in unsere Rathäuser halten. Die SPD-Fraktion wird daher dem Gesetzentwurf der Landesregierung unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der Fraktionen der SPD und FDP zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf zu. Die Umstellung auf eine kaufmännische Buchführung ist ein wichtiger und eindeutiger Fortschritt.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Haushalte der Kommunen werden endlich nach wirtschaftlichen Kriterien dargestellt.

Das könnte auch ein Anlass sein, einmal einen großen Schritt in Richtung kommunaler Bürgerhaushalte zu gehen. Die Landesregierung könnte dies in wesentlich stärkerem Maß fördern. Wenn sie das später macht, wird es teurer und schwieriger werden.

Man darf aber die Auswirkungen der Doppik nicht falsch verstehen. Durch die Doppik werden die Kommunen nicht zu Aktiengesellschaften. Die Bürgermeister werden nicht zu Managern, auch wenn sich manche dafür zu halten scheinen. Die Kommunen werden dadurch auch nicht reicher oder weniger arm, so würde ich es eher sagen, sondern das Vermögen bzw. die Haushaltslage der Kommunen werden nur transparenter dargestellt.

(Mertes, SPD: Die Kämmerer können sich noch mehr aufblasen!)

 Herr Kollege Mertes hat die Erwartung, dass sich irgendjemand dann noch stärker aufblasen kann. Ich weiß nicht, wen er meint.

(Mertes, SPD: Die Kämmerer!)

 Die Kämmerer? Wir werden das sehen. Wir werden auf jeden Fall eine ehrlichere Haushaltsführung und eine ehrlichere Haushaltsrechnung haben. Dann werden wir auch im politischen Bereich besser über die Haushaltslage der Kommunen insgesamt diskutieren können.

Es gibt einen Punkt, weshalb uns die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf nicht leicht gefallen ist. Dieser Punkt berührt die Frage der Konnexität. Die Einführung der Doppik ist nämlich für die Kommunen mit Kosten verbunden. Das Land will diese Kosten nicht tragen.

(Mertes, SPD: Weil die Kommunen es selber wollten! Sie haben es angeschoben!)

– Das Land will diese Kosten nicht tragen. Es ist ein Landesgesetz mit finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen. Nun gut, wir werden sehen, ob das gegebenenfalls irgendwann einer gerichtlichen Überprüfung standhält. Das vermag ich nicht zu sagen.

Ich möchte aber eines zum Abschluss sagen: Es führt zu absurden Konsequenzen, und zwar bereits jetzt, bevor dieses Gesetz verabschiedet und in Kraft getreten ist.

Kürzlich hat es die ADD in Kaiserslautern der Stadt verweigert, dass sie die notwendigen zusätzlichen Stellen einrichtet, um die Umstellung auf die kommunale Doppik zu realisieren. Es kann natürlich nicht sein, dass es ein Landesgesetz gibt, das die kommunale Doppik ermöglicht, und die Kommunen dann zuerst einmal wieder finanziell nicht in die Lage versetzt werden, das umzusetzen. Wenn sie es versuchen, kann die Kommunalaufsicht ihnen das nicht verweigern. Wir werden sehen, wie das weitergeht.

Im Grundsatz ist es aber ein wichtiger Schritt. Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Marz, es ist doch nicht gesagt, dass die Kommunen dann, wenn die Doppik eingeführt wird, mehr Personal brauchen. Sie brauchen schlicht und ergreifend Leute, die es machen können.

(Zuruf des Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht gesagt, dass sie dann, wenn sie die Doppik einführen, mehr Personal brauchen. Sie brauchen Leute, die es machen können.

(Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo ist der Unterschied?)

Der Unterschied ist schlicht und ergreifend der, sie bräuchten im Prinzip vielleicht einen Bilanzbuchhalter anstatt jemanden, der es bisher gemacht hat. Das ist etwas völlig Neues. Wir überlegen beispielsweise im Rhein-Pfalz-Kreis, vielleicht einen Finanzbuchhalter einzustellen. Sie werden dann jemand, der aus der Kämmerei ausscheidet, wiederum zu ersetzen haben.

Eine andere Frage ist, auf die ich in meinem Redebeitrag noch einmal kommen werde, dass man so etwas auch outsourcen kann.

Die FDP-Fraktion begrüßt das Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik, das im Jahr 2007 in Kraft treten soll und die kommunale Haushaltsführung damit auf völlig neue Füße stellen wird. Allgemeine Haushaltsgrundsätze werden um die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung ergänzt und führen zu einem völligen Umdenken in der Haushaltsplanung einer Kommune.

Das neue Rechnungswesensystem, das anstelle von Einnahmen und Ausgaben in Zukunft nur noch Aufwendungen und Erträge in der Ergebnisrechnung kennt, löst damit die pagatorische Rechnungslegung durch eine Aufwands- und Ertragsrechnungslegung ab, was mit großen Konseguenzen verbunden ist.

In Zukunft werden die Vermögenswerte einer Kommune erfasst und deren Werteverzehr in der Ergebnisrechnung abgebildet. Allerdings wird nicht nur das Vermögen einer kommunalen Gebietskörperschaft gezeigt, sondern auch deren Schulden und die zukünftigen Verpflichtungen in der Bilanz dargestellt. Über die entsprechenden Aufwendungen schlagen sich diese Verpflichtungen auch in der Ergebnisrechnung nieder.

Die FDP-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Ablösung der bisherigen Kameralistik durch die kommunale Doppik. Darüber hinaus ist es nicht mehr als richtig, die Kommunen spätestens ab dem Haushaltsjahr 2013 zu einem Gesamtabschluss zu verpflichten, also einen so genannten Konzernabschluss für die Kommunen aufzustellen, der nicht nur den Jahresabschluss der Gemeinden, sondern auch die Jahresabschlüsse von Tochtergesellschaften wie Gemeindewerke sowie Beteiligungen ab einem Anteilsbesitz von 51 % beinhalten wird.

Das Auslagern von Schulden in eigene Gesellschaften wird in Zukunft dann durch den Gesamtabschluss transparent gemacht. Schattenhaushalte werden den Ratsmitgliedern durch den Konzernabschluss zugänglich sein.

Bei dieser Gelegenheit empfiehlt die FDP-Fraktion, nochmals zu überlegen – Herr Kollege Marz, jetzt kommt es –, ob die Kommunen nicht gemeinsame Shared-Service-Center einrichten, die das Rechnungswesen für die beteiligten Kommunen erstellen, weil dies für die Kommunalverwaltungen auf Dauer kostengünstiger ist.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber es kostet auch Geld!)

 Aber diese Shared-Service-Center sind wesentlich günstiger. Frau Kollegin Thomas, Sie könnten auch
 das ist mein nächster Beitrag – anregen, ob privatwirtschaftliche Einrichtungen, wie Buchhaltungsdienstleistungen oder Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder auch andere Gesellschaften, nicht stärker in Anspruch genommen werden sollten, um dadurch Kosten einzusparen

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch nicht umsonst!)

Das heißt, man muss die Expertise, die vorhanden ist, entweder selbst in eigenen Shared-Service-Gesellschaften bündeln oder sich Dritter bedienen, die das kostengünstig machen.

Der in Zukunft bei der Erstellung des Jahresabschlusses zu erstellende Anhang wird nicht nur die Posten der Bilanz- und Ergebnisrechnung sowie die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutern, sondern er wird darüber hinaus auch zu mehr Transparenz führen. Da auch in Zukunft mit der neuen Bilanzierung die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen einer Gemeinde umfassend darzulegen sind, wird für die Ratsmitglieder eine erhöhte Sensibilität für ein sparsames Wirtschaften entstehen. Beispielsweise müssen in Zukunft die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen und auch die drohenden finanziellen Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden, zum Beispiel für große Reparaturen, erläutert werden. Unterlassene Instandhaltungen sowie Verpflichtungen aus Leasingverträgen, zeigen den Ratsmitgliedern, wie hoch die wahren finanziellen Belastungen einer Gemeinde sind.

Die neuen Rechnungslegungsvorschriften werden mehr Transparenz nicht nur für die Bilanzierenden, sondern auch für die Empfänger und damit für die Öffentlichkeit bringen. Der dadurch entstehende Mehraufwand ist gerechtfertigt, weil er dazu führen wird, dass die Haushaltsführung in Zukunft von den Kontrollorganen wesentlich besser beurteilt werden kann und die Ratsmitglieder mit den zukünftigen Verpflichtungen auch ihre zukünftigen Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage einer Gemeinde kennen werden.

Die FDP-Fraktion hat ihre Zweifel, ob es auf Dauer möglich sein wird, einen untestierten Jahresabschluss den Ratsmitgliedern vorzulegen, weil dadurch eine Kontrollinstanz ausgeschaltet wird, die den Ratsmitgliedern eine Hilfe bei der Beurteilung eines Jahresabschlusses einer Gemeinde hätte bieten können.

(Glocke der Präsidentin)

Wir können uns durchaus vorstellen, dass die eine oder andere Kommune ihren Jahresabschluss freiwillig durch einen Wirtschaftsprüfer prüfen lässt, um dadurch eine bessere Vertrauensbasis zwischen Rat und Verwaltung herzustellen. Die FDP begrüßt das neue Gesetz. Wir werden es auch in Zukunft konstruktiv begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Bruch.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für die doch einvernehmliche Debatte, wenn es auch einen kleinen Unterschied in der Frage der Beurteilung gibt, ob für die Doppik die Konnexität gilt, was in sich schon etwas problematisch ist. Allein die Fragestellung ist schon problematisch, weil bisher schon die Gemeinde ihr Vermögen wirtschaftlich verwalten musste und, wenn es geht, vermehren musste. Das steht in § 78 der Gemeindeordnung schon drin. Von daher gesehen machen wir nichts Neues, sondern wir sagen einfach, mit der Doppik wird es jetzt noch einfacher.

Herr Kollege Marz, von daher hat sich die Frage der Konnexität eigentlich bei uns zwar gestellt – wir haben die auch erörtert – nach dem Sprichwort "Wer bestellt, der bezahlt", um das für die Tribüne zu sagen –, also von daher gesehen ist die Fragestellung zwar akademisch, aber sie ist eigentlich auch beantwortet. Konnexität zieht hier nicht – keiner hat es auch reklamiert –, weil man gesagt hat, wir haben sowieso die Aufgabe, wir füllen sie nun anders aus, nämlich nicht mehr über die Kameralistik, sondern über die Doppik. So wird das gemacht. So geht es im ganzen Land. Von daher gesehen habe ich kein Problem mit dieser Frage.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber die Kämmerer schon! – Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich will jetzt nicht polemisch werden, aber vergewissern Sie sich doch einmal in den Kommunen, wenn Sie das hören. Dann werden Sie das hören. Das ist nicht die spannende Frage, dass es Kommunen gibt, die sagen: Wir wollen noch ein paar Leute einstellen. – Das gibt es auch. Es gibt aber auch viele Kommunen, die sagen: Das brauchen wir nicht. Das können wir nämlich. – Es war nur die Frage: Gilt 2013 – Herr Kollege Creutzmann hat darauf hingewiesen –, bis wir dann mit allem fertig sind? Gilt 2009, gilt 2008? Das war die spannende Frage.

Ich habe hier an dieser Stelle schon gesagt, die Doppik wird uns nicht weiterbringen in der Beurteilung der Schulden oder in der Beurteilung der Situation der Kommunen. Sie vermehrt weder noch verringert sie. Sie macht deutlich. Sie sagt, wo es versteckte Schulden gibt, die jetzt nicht ausgewiesen sind, wie sie jetzt auszuweisen sein werden, beispielsweise Pensionsrückstellungen.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Von daher gesehen denke ich, die Sache ist klar. Sie ist auch klar nach dieser Diskussion. Ich will sie auch nicht länger aufhalten. Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP bezieht sich auf die redaktionellen Änderungen, und zwar auf den Abschluss von Zweckvereinbarungen. Ich denke, das ist auch logisch und schlüssig, weil die kommunalen Anstalten bisher nicht im Vorschlag enthalten waren.

Dann fragt man einmal: Wie weit ist Rheinland-Pfalz eigentlich vorangekommen in der ganzen Diskussion? –

Es gab eine länderübergreifende Zusammenarbeit in dieser Frage. Die Innenministerkonferenz hat sich mehrmals damit beschäftigt. Wir stehen auf Platz 4. Es gibt vier Länder, die mit uns im Geleitzug sind. Die anderen kommen noch nach. Wir sind da ganz gut beieinander. Es gibt erste Gemeinden im Rhein-Lahn-Kreis, die die Doppik vorgestellt haben, die das schon umgesetzt haben. Wir sind mittlerweile mit der Gemeindeordnung so weit

Meine Damen und Herren des Parlaments, in Kürze werden wir Ihnen auch den Entwurf der Gemeindehaushaltsverordnung vorlegen können. Das brauchen nämlich die Kommunen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Debatte. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich noch Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 105. Mainzer Landtagsseminar. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag – Drucksache 14/4960 – ab. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig. Alle Fraktionen haben zugestimmt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 14/4674 –. Wer diesem Gesetzentwurf mit dem eingearbeiteten Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Auch das ist einstimmig. Alle Fraktionen haben zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Auch das ist einstimmig. Damit wurde dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

Landesgesetz zur Ausführung des Artikels 49 Abs. 5 der Verfassung für Rheinland-Pfalz (Konnexitätsausführungsgesetz – KonnexAG –) Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/4675 –Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses

- Drucksache 14/4953 -

Zur Berichterstattung erteile ich Herrn Abgeordneten Lammert das Wort.

Abg. Lammert, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 30. November 2005 ist der Gesetzentwurf der Landesregierung "Landesgesetz zur Ausführung des Artikels 49 Abs. 5 der Verfassung für Rheinland-Pfalz – Konnexitätsausführungsgesetz –" an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 41. Sitzung am 26. Januar 2006 beraten. Der Innenausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Vertreter der Fraktion der CDU bei Abwesenheit des Vertreters oder der Vertreterin der Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung und des vorliegenden Änderungsantrags.

Der mitberatende Rechtsausschuss hat sich dieser Beschlussempfehlung mehrheitlich angeschlossen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von fünf Minuten verständigt. Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Schnabel das Wort.

Abg. Schnabel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das strikte Konnexitätsprinzip wurde durch das 35. Landesgesetz zur Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 14. Juni 2004 in Artikel 49 Abs. 5 verankert. Dabei wurde auch geregelt, dass ein Ausführungsgesetz zu erlassen ist.

Meine Damen und Herren, bis zur Einführung der strikten Konnexität war in Rheinland-Pfalz ein sehr, sehr weiter Weg zurückzulegen.

Mehr als 15 Jahre haben wir an der kommunalen Seite für diese fundamentale Regelung gekämpft.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Der eigentliche Durchbruch wurde aber erst in der Enquete-Kommission "Kommunen" erzielt, nachdem wir die Einführung des strikten Konnexitätsprinzips zum zentralen Thema gemacht hatten.

(Beifall bei der CDU – Pörksen, SPD: Jetzt ist aber Schluss mit dem Selbstlob!) Eine Konkretisierung des neuen Artikels 49 Abs. 5 war danach nicht nur notwendig, sondern zur Sicherheit der Städte, Gemeinden und Landkreise zwingend erforderlich. Dies zeigte sich insbesondere bei der Abstimmung des ersten Entwurfs.

Innenminister Bruch wird in der "Rheinzeitung" vom 9. November 2005 zitiert, dass das Ausführungsgesetz lediglich zur Absicherung bei Uneinigkeit, quasi für den Kriegsfall, geschaffen werden müsse. Das war etwas locker formuliert; denn die Diskussion mit den kommunalen Spitzenverbänden zeigte sehr schnell, dass man sich doch auf sehr vermintes Gelände bewegt hatte.

Da gab es zunächst einmal die Forderung an die Kommunen, ihre Wirtschaftskraft auszuschöpfen, was gleichbedeutend zwangsläufig eine Erhöhung der Gemeindesteuern gewesen wäre.

(Schweitzer, SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

Ein weiterer Streitpunkt war die Bagatellgrenze von 50 Cent pro Einwohner, was in Rheinland-Pfalz die Schwelle von immerhin 2 Millionen Euro bedeutet und bei Einzelmaßnahmen hätte angewendet werden müssen.

Auch hier musste eine andere Regelung her. Nach dem jetzigen Entwurf liegt die Bagatellgrenze bei 25 Cent pro Einwohner, was unseres Erachtens als angemessen gelten kann.

Meine Damen und Herren, nicht geregelt ist nach wie vor die Verfahrensweise bei Übertragung von Aufgaben von Bund, Kommune oder EU auf die Kommune.

Wie allseits bekannt und wie wir alle in diesem Hause wissen, können aufgrund unserer Verfassungslage die Kommunen nicht unmittelbar mit dem Bund oder der EU verhandeln. Deshalb muss das Land eine Schutzfunktion für die Kommunen vornehmen und wahrnehmen.

Die gemeinsame Entschließung, die wir getroffen haben, auch in Zusammenhang mit der Änderung des Artikels 49 Abs. 5 der Landesverfassung hinsichtlich der Aufgabenübertragung von Bund und EU auf die Kommunen, ist hierfür zweifelsohne nicht ausreichend. Die Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene sieht zwar vor, dass der Bund den Kommunen keine Aufgaben mehr unmittelbar übertragen darf. Aber damit ist immer noch nicht ausgeschlossen, dass Aufgaben mittelbar über das Land übertragen werden können. Hier ist nach wie vor die Finanzierungsfrage nicht geklärt.

(Schweitzer, SPD: Es wird immer abenteuerlicher!)

Meine Damen und Herren, die katastrophale Finanzlage der Gemeinden, Städte und Kommunen lässt keinen Spielraum für zusätzliche Ausgaben.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber nicht schließen, ohne nachdrücklich nochmals darauf hinzuweisen, dass den Gemeinden, Städten und Landkreisen schon viel geholfen wäre, wenn von den zahlreichen Stan-

dards, die wir in Rheinland-Pfalz haben, einige abgebaut würden

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Hier hätten die SPD/FDP-Koalition und die Landesregierung den Kommunen helfend unter die Arme greifen können.

(Schmitt, CDU: So ist es!)

Der uns vorliegende Gesetzentwurf regelt die Interessen der Kommunen zwar nicht optimal, aber wir können und müssen schweren Herzens zustimmen, auch in dieser Form, damit wenigstens die Minimalregelungen in Kraft treten können.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Noss das Wort.

Abg. Noss, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! 2004 hat der Landtag einstimmig das Konnexitätsgesetz in der Landesverfassung verankert – ein erster Erfolg der Enquete-Kommission "Kommunen".

Das Konnexitätsgesetz hilft den Kommunen und gibt diesen eine Finanzsicherheit. Das ist auch gut so. Das wird auch verdeutlicht durch die Feststellung von Herrn Professor Dr. Schoch, CDU-Sachverständiger in der Enquete-Kommission. Dieser stellt nämlich fest, Rheinland-Pfalz verfügt über die fortschrittlichsten Konnexitätsbestimmungen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Ich glaube, damit wird eine Aussage von Ihnen negiert; denn ich sage, besser ein gutes Gesetz und dafür etwas später, als ein Gesetz zu früh, das hinten und vorne nicht greift.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Der Grundgedanke des Konnexitätsgesetzes sieht so aus: Wer bestellt, der bezahlt.

Zur Umsetzung des Konnexitätsgesetzes ist ein Ausführungsgesetz erforderlich, selbst wenn ein führender Vertreter eines kommunalen Spitzenverbands der Meinung war, das bräuchten wir nicht.

In Übereinstimmung mit dem Kommunalen Rat und den kommunalen Spitzenverbänden, denen an dieser Stelle für die ergebnis- und sachorientierte Zusammenarbeit Dank gebührt, ---

Herr Schnabel, in dem Moment ist es nicht in Ordnung, wenn Sie die Ergebnisse, die am Anfang einer Diskussion standen, jetzt wiederum zum Gegenstand nehmen anzugreifen, wenn wir am Ende der Diskussion ein Ergebnis hatten, das mehrheitlich getragen wird. Das ist unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Das Konnexitätsausführungsgesetz regelt die gewiss nicht einfache Materie für alle Beteiligten zufrieden stellend. Wie gesagt: Die Anliegen, Wünsche und Bedenken der Kommunen und der kommunalen Spitzenverbände konnten auch weitgehend berücksichtigt werden.

Das Prinzip gilt nur für die Zukunft und hat keine Rückwirkung. Die Kommunen werden durch das Konnexitätsausführungsgesetz in Zukunft finanziell gestützt. Das Gesetz regelt aber nicht die derzeitigen finanziellen Probleme der Kommunen. Da ist festzustellen, alle staatlichen Ebenen sind chronisch unterfinanziert. Hier ist es erforderlich, grundsätzliche Überlegungen und Reformschritte einzuführen, um die Finanzen insgesamt ins Lot zu bringen. Damit sollte auch die Möglichkeit für dringend erforderliche kommunale Finanzreformen geschaffen werden.

Die Konnexität dient dem Schutz der Kommunen und greift dann, wenn der Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände unabweisbare und wesentliche Mehrbelastungen durch die Übertragung neuer staatlicher Aufgaben, von Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung oder durch die Auferlegung von Finanzierungspflichten entstehen.

Eine Kostenfolgeabschätzung ist in einem zweistufigen Verfahren durchzuführen. Dieses beinhaltet, dass die Kommunen durch die entsprechenden Ministerien rechtzeitig informiert werden. Sollte bei einer Erörterung kein gemeinsames Ergebnis zustande kommen, ist ein Konsensgespräch geplant, in dem versucht werden soll, die verschiedenen Standpunkte einander anzunähern und Einvernehmlichkeit zu erzielen. Verbleiben nach dieser Runde unabweisbare finanzielle Mehrbelastungen, so sind diese auszugleichen. Als wesentlich zählt dabei eine Mehrbelastung von jährlich 0,25 Euro je Einwohner.

Die Grenzziehung, die Bagatellgrenze, war erforderlich gewesen, um ein neues Ausufern, ein neues Erwachsen von bürokratischen Berechnungssystemen, die doch irgendwo ziemlich weit unten angesiedelt sind, zu vermeiden.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Bei der Übertragung von Aufgaben aufgrund bundesoder europarechtlicher Regelungen findet das Konnexitätsprinzip nur Anwendung, wenn das Land zur Umsetzung der Regelung einen eigenen Gestaltungsspielraum innehat und diesen dann auch nutzt. Das Land kann keine Garantenstellung für Politik, die in Berlin oder Brüssel gemacht wird, übernehmen.

(Beifall der SPD)

Nicht ohne Grund hat daher der Landtag bei der Verabschiedung des Konnexitätsgesetzes seinerzeit entsprechende Schritte beim Bund angemahnt.

Durch das Ausführungsgesetz wird die Konnexität in Rheinland-Pfalz mit Leben erfüllt. Das Gesetz leistet nach Meinung der SPD-Fraktion einen wichtigen Beitrag zu einer geordneten und fairen Finanzbeziehung zwischen dem Land und den Kommunen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man könnte fast den Eindruck haben, heute Abend würde noch einmal ein Meilenstein für die Kommunen gelegt. Ich will es einmal ein bisschen herunterhängen.

(Schweitzer, SPD: Das habe ich mir fast gedacht!)

 Herr Schweitzer, vielleicht beruhigen Sie sich, wenn ich Ihnen sage, dass wir dem Gesetzentwurf in aller Gelassenheit zustimmen.

(Beifall des Abg. Hohn, FDP)

- Danke.

Herr Schweitzer regen Sie sich nicht auf: Die Mehrheit ist damit gesichert.

Deshalb können wir das in aller Ruhe in den verbleibenden Minuten diskutieren.

Dieser Gesetzentwurf muss und sollte heute verabschiedet werden, am Ende einer Wahlperiode, in der fünf Jahre benötigt wurden, um in Rheinland-Pfalz etwas neu zu erfinden, was in anderen Bundesländern längst Praxis ist, nämlich die Konnexität. Dass wir so lange dafür benötigt haben, liegt nicht an der Trägheit dieses Parlaments, sondern an der Trägheit der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung. Ich erinnere mich noch, dass das Wort "Konnexität" zu Beginn dieser Wahlperiode im Landtag ein Tabuwort war. Heute steht es in der Verfassung, und das ist auch gut so.

Was heute auf den Weg gebracht wird, ist lediglich die Ausführung der Konnexität. Dies ist notwendig. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf zustimmen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Mechanismen, die eingeführt werden, um zu überprüfen, ob die Konnexität im Einzelfall eingehalten wird, sich in der Praxis bewähren werden. Ich bin mir auch nicht sicher, ob die Regelungen für so genannte Bagatellfälle tatsächlich nur dazu führen, dass es nur bei Bagatellen bleibt. Das wird die Praxis aber zeigen. Dann kann man gegebenenfalls nachbessern. Das heißt für heute, dass wir dem Gesetzentwurf zustimmen, Herr Schweitzer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Über die Bedeutung und Bewertung der Aufnahme des strikten Konnexitätsprinzips hat das Parlament in der vergangenen Plenarsitzung debattiert. Artikel 49 Abs. 5 Satz 3 der Landesverfassung ermächtigt und verpflichtet den Landesgesetzgeber, ein Ausführungsgesetz zu erlassen. Dadurch erhalten die Kommunen den angesichts der schwierigen Haushaltssituation notwendigen Schutz vor weiteren Aufgabenübertragungen oder -ausweitungen durch das Land ohne Ausgleich der zusätzlichen finanziellen Belastung.

Das Gesetz leistet einen Beitrag für geordnete Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen. Das ist wichtig, weil das Grundgesetz bekanntlich keine Regelungen über einen Belastungsausgleich zugunsten der Kommunen bei Aufgabenübertragungen durch die Europäische Union oder den Bund vorsieht. Herr Kollege Marz, ich bin in dieser Hinsicht nicht so pessimistisch wie Sie. Ich denke, es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das sollte man lobend erwähnen.

Meine Damen und Herren, weisen die Europäische Union oder der Bund den Kommunen eine mit Kosten verbundene Aufgabe zu, so ist das Konnexitätsprinzip der Landesverfassung nicht anwendbar, soweit das Land seinerseits keinen Einfluss auf den Inhalt der Aufgabe nimmt. Nimmt das Land dagegen Einfluss, so wirkt das Konnexitätsprinzip im Verhältnis der vom Land verursachten Belastungen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Entschließung des Landtags vom 27. Mai 2004.

Meine Damen und Herren, der Landtag hat auf die unter Umständen erheblichen Kostenfolgen für die Kommunen durch Entscheidungen der Europäischen Union und des Bundes hingewiesen. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Anwendung des Konnexitätsprinzips besteht darin, dass die Gesamtheit der betroffenen Kommunen eine unabweisbare und wesentliche Mehrbelastung erfährt. "Wesentlich" bedeutet landesweit bei 25 Cent je Einwohner eine jährliche Mehrbelastung von ca. 1 Million Euro.

Meine Damen und Herren, abschließend will ich auf zwei wichtige Regelungen des Ausführungsgesetzes hinweisen: Zum einen auf die zweistufige Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände, die ein Konsensgespräch mit einschließt, zum anderen weise ich darauf hin, dass die Haushaltsmittel des Landes für den Mehrbelastungsausgleich nicht dem kommunalen Finanzausgleich entnommen werden dürfen. Der Mehrbelastungsausgleich ist also insofern eine unabhängige und eigenständige finanzielle Ausgleichsregelung.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion hält das Ergebnis der Enquete-Kommission "Kommunen", nämlich die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in die Landesverfassung, für einen großen Erfolg. Herr Kollege Schnabel, Sie kritisieren, das sei zu wenig gewesen, wir hätten über Standardabbau usw. sprechen und entscheiden müssen. Ich denke, nun hat auch die CDU in Berlin die Möglichkeit, eine Gemeindefinanzreform auf den Weg zu bringen, die diesen Namen verdient, damit wir unsere Kommunen in Zukunft mit einer auskömmlichen Finanzausstattung versehen können.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung das Konnexitätsprinzip entsprechend umsetzen wird. Die FDP-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Innenminister Bruch.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Konnexitätsausführungsgesetz regelt im Grunde genommen den Schutz der Kommunen vor Beschlüssen und Gesetzesvorhaben anderer.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Wenn es so einfach wäre, wie Sie es erzählen, dann wäre es wirklich einfach, Herr Dr. Weiland. Dann hätten wir die Beratungen nicht durchführen müssen. Dann hätte sich die CDU vielleicht auch etwas besser einbringen können.

(Dr. Weiland, CDU: Ist klar!)

Der Anwendungsbereich ist umfassend. Was heißt das? Das heißt, damit wird nicht nur die Gesetzgebung durch den Landtag geregelt, sondern das Gesetz regelt auch den Fall, wenn das Volk Gesetzesinitiativen einbringt.

Ich denke, die Bagatellgrenze, die hier beschrieben worden ist, ist letztlich ein Ergebnis von guten Beratungen, Herr Schnabel. Es kann nicht sein, dass man jedes Mal über die Anwendung streitet, wie viel es denn sei.

(Schnabel, CDU: Widerstand!)

– Wissen Sie, ich habe die Gesetzesberatungen verfolgt. Ich denke schon, dass am Schluss ein ausgewogener Gesetzentwurf vorgelegt worden ist. Er regelt die Frage des Mehrbelastungsausgleichs. Er regelt auch – soweit es geht – die Frage des Gestaltungsraums des Landes bei der Umsetzung von Bundes- und Europarecht. Das war eine spannende Frage. Wenn das Land Gestaltungsspielraum hat, dann muss es auch dafür eintreten. Das finde ich in Ordnung. Sie wissen aber auch, dass Sie Europarecht und Bundesrecht nicht einfach so dem Land zuordnen können nach dem Motto: Das Land muss das alles ausgleichen. – Das wissen Sie genauso gut wie

ich. Egal, wer dieses schöne Land regieren wird: Es ist so. Wir schaffen auf Bundesebene keine echte Konnexität. Das erwarte ich auch nicht von der großen Koalition. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird sich der Gesetzgeber verpflichten, künftig nicht direkt gesetzliche Folgen auf die Kommunen zu übertragen. Das ist schon viel. Wir werden das auch nicht in Europa hinbekommen

Daher denke ich, dass wir insgesamt eine ausgewogene Situation geschaffen haben. Ich denke auch, dass die Interpretationsmöglichkeiten so gering wie möglich sind.

Sie haben gesagt, ich hätte gesagt, ich hielte das Gesetz für eine Anwendung im Kriegsfall. Das ist so. Ich habe mich mit in die Diskussion eingebracht bei der Frage, ob sich der Widerstand der Kommunen verfestigt und wie die Situation des Landes aussieht. Ich nehme einmal für das Innenministerium in Anspruch, dass wir vermittelnde Wege vorgeschlagen haben, auch für die Spitzenverbände. Diese Wege sind sie mitgegangen. Daher denke ich, dass der vertrauensvolle Umgang das Wichtigste für uns ist. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir mit einem solchen Konnexitätsgesetz keinen Frieden schaffen. Frieden wollen wir aber.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Damit sind wir am Ende der Debatte und kommen jetzt zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Innenausschusses – Drucksache 14/4953 – zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen! – Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen worden.

Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4675 – ab. Wer dem Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4675 –. Wer dem Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Ersten Vertrag zur Änderung des Vertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz – Körperschaft des öffentlichen Rechts – und des dazugehörenden

Schlussprotokolls

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 14/4676
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

Drucksache 14/4954 –

Frau Leppla hat als Berichterstatterin das Wort.

Abg. Frau Leppla, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 1. Dezember 2005 ist der vorliegende Gesetzentwurf zur Beratung federführend an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Gemäß Artikel 1 des Vertrags zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von 1999 beteiligt sich das Land an den laufenden Ausgaben der Jüdischen Gemeinden für religiöse und kulturelle Bedürfnisse, zur Erhaltung und Pflege des gemeinsamen jüdisch-deutschen Kulturerbes und zur Aufrechterhaltung jüdischen Gemeindelebens. Die vorgeschlagene Anpassung der vertraglich zugesicherten Leistung an die veränderten Verhältnisse ist auch deshalb notwendig, da sich die Zahl der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger seit 1999 nahezu verdoppelt hat.

Mit der heutigen Gesetzesänderung beschließen wir eine jährliche Staatsleistung ab dem Haushaltsjahr 2006 von 275.000 Euro. Das ist eine Steigerung um 20.000 Euro pro Jahr und entspricht damit einer Steigerung von ungefähr 8 %.

Die Ergänzung zu Artikel 4 des Schlussprotokolls zum Vertrag dient lediglich der Klarstellung und gibt den vertragschließenden Parteien insoweit Rechtssicherheit für künftige Neubaumaßnahmen von Synagogen und Gemeindezentren.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur hat am 26. Januar 2006 und der Rechtsausschuss am 14. Februar 2006 den Gesetzentwurf beraten. Beide haben die Beschlussempfehlung ausgesprochen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Vom Ältestenrat wurde beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln. Damit kommen wir direkt zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer dem Gesetzentwurf – Drucksache 14/4676 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Auch das ist einstimmig. – Damit ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen worden.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem deutsch-ungarischen Abkommen über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich und dem deutsch-österreichischen Abkommen über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/4678 –
 Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

- Drucksache 14/4955 -

Die Berichterstattung erfolgt durch Frau Brigitte Hayn.

(Itzek, SPD: Kann man nicht darauf verzichten?)

Abg. Frau Hayn, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 1. Dezember 2005 ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur hat den Gesetzentwurf in seiner 33. Sitzung am 26. Januar 2006 beraten. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 44. Sitzung am 14. Februar 2006 beraten.

In beiden Ausschusssitzungen ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen worden. Die Beschlussempfehlung lautet, den Gesetzentwurf anzunehmen.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Der Ältestenrat hat beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt ebenfalls ohne Aussprache zu behandeln. Deshalb kommen wir jetzt unmittelbar zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf – Drucksache 14/4678 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig der Fall.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Auch das ist einstimmig der Fall. Damit ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen worden.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Landesverwaltungszustellungsgesetz (LVwZG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4743 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses - Drucksache 14/4956 -

Vom Innenausschuss wurde einstimmig beschlossen, auf die Berichterstattung zu verzichten. Da im Ältestenrat beschlossen wurde, den Tagesordnungspunkt ohne

Aussprache zu behandeln, kommen wir direkt zur Abstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf – Drucksache 14/4743 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig der Fall.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Auch das ist einstimmig. Damit ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen worden.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/4806 –
 Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten

- Drucksache 14/4957 -

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/4971 –

Die Berichterstattung erfolgt durch Frau Sigrid Mangold-Wegner. Frau Mangold-Wegner, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Mangold-Wegner, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der gemeinsame Gesetzentwurf wurde durch Beschluss des Landtags vom 18. Januar 2006 an den Ausschuss für Umwelt und Forsten – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. Der Ausschuss für Umwelt und Forsten hat den Gesetzentwurf in seiner 41. Sitzung am 2. Februar 2006 beraten. Der Rechtsausschuss hat ihn in seiner 44. Sitzung am 14. Februar 2006 beraten. Beide Ausschüsse empfehlen einstimmig die Annahme.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von fünf Minuten verständigt. Ich erteile Herrn Abgeordneten Presl das Wort.

Abg. Presi, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vom 9. Juni bis 9. Juli 2006, also einen Monat lang, werden täglich viele Tausend begeisterte Fußballfans insgesamt in zwölf deutsche Fußballarenen strömen. Nimmt man die Besucherkapazität aller zwölf Stadien zusammen, entspricht dies einer Platzkapazität von noch nicht einmal 1% unserer Bevölkerung. Rechnet man die vielen ausländischen Gäste davon noch ab – mit Recht lautet schließlich das Motto der WM in Deutschland "Die Welt zu Gast bei Freunden" –, hat nur noch knapp ein halbes Prozent aller Deutschen die Chance, ein WM-Spiel im eigenen Land live und vor Ort zu erleben.

Es ist klar, dass es überall im Land viele Angebote geben wird, die WM-Spiele auf öffentlichen Plätzen, in größeren Gruppen, in der Gemeinschaft zu erleben. Egal ob auf großen Videowänden, mittels Beamer auf Leinwänden oder auf Großbildschirmen, durch moderne Technik werden viele Möglichkeiten angeboten, die Spiele zu erleben und insoweit dabei zu sein.

Meine Damen und Herren, schließlich sind wir ein modernes, technisch gut ausgerüstetes Land, in dem es ganz selbstverständlich sein muss, dass man all diese tollen Möglichkeiten nutzt. So etwas gehört auch zur Außendarstellung unseres offenen und freizügigen Landes und zum Beweis unserer organisatorischen und technischen Fähigkeiten. Dies sollten möglichst alle Bürgerinnen und Bürger so sehen.

Leider – das wissen wir alle – gibt es immer wieder Menschen – zum Glück sind die in der Minderheit –, die sich daran stören, wenn andere Menschen friedlich und fröhlich feiern. Schließlich geht es bei der WM 2006 um ein völkerverbindendes Sport- und Kulturereignis, um das größte seiner Art weltweit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es gibt leider Menschen, die zwar einerseits den Schutz, die Sicherheit, die Geborgenheit, die Freizügigkeit und die Fürsorge des Staates in unserer Gesellschaft für sich in Anspruch nehmen, aber gleichzeitig verlangen und erwarten, dass sie all diese Vorteile allein, ungestört von jeglichen Einflüssen anderer Menschen genießen können. Wer derart allein abgeschirmt von seiner Umwelt wie auf einer einsamen Insel leben möchte, der kann das haben, aber bitteschön nicht mitten unter Nachbarn und Mitmenschen.

In einer solchen Situation ist eine Güterabwägung erforderlich, eine Abwägung zwischen den Interessen der an solchen Konflikten beteiligten Personen. Wenn man bedenkt, dass ein Ereignis wie die Fußball-WM vielleicht alle 30 bis 40 Jahre bei uns stattfindet – dies begrenzt auf einen Zeitraum von einem Monat –, muss man mit Recht auch den Menschen Rechnung tragen, welche sich über ein solches Ereignis freuen und das Ganze auch in der Gemeinschaft als Großereignis erleben möchten.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Um diesem bevorstehenden Konflikt möglichst sicher aus dem Weg zu gehen, benötigen wir entsprechende rechtliche Regelungen. Diese Regelungen sollen im Vorfeld der WM bereits den Rahmen der Feierlichkeiten abstecken und ihn vertretbar begrenzen, um alle Menschen im Land frühzeitig darüber zu informieren, sich dementsprechend einzurichten und einzustellen.

Es darf nicht dem Zufall von Ort zu Ort überlassen bleiben, ob länger oder kürzer gefeiert wird. Selbstverständlich ist es auch im Interesse der vorbeugenden Gefahrenabwehr notwendig, solche Feiern zu begrenzen, damit sie nicht ausufern und vielleicht sogar eskalieren.

Deshalb halten wir es im Interesse aller Betroffenen und unserer Ordnungshüter, die immer gerufen werden und es schwer haben, für geboten, drei Monate vor Beginn der WM eine gesetzliche Regelung zu treffen.

(Beifall der SPD und der FDP – Schweitzer, SPD: Bravo!)

Wir freuen uns, dass es zu einem gemeinsamen von allen Fraktionen getragenen Gesetzentwurf gekommen ist. Das gilt auch für den gemeinsamen Änderungsantrag bezüglich der Veranstaltungen in reinen und allgemeinen Wohngebieten.

(Beifall bei der SPD)

Die in dem Gesetzentwurf in § 4 des Landesimmissionsschutzgesetzes zur Regelung vorgesehenen Beendigungszeiten für Veranstaltungen bis 01:00 Uhr nachts und in reinen und allgemeinen Wohngebieten bis 23:30 Uhr für die öffentlichen Veranstaltungen erscheinen uns und mir im Rahmen dieser genannten Interessenabwägung angemessen und vertretbar. Das gilt auch für die Zumutbarkeit.

(Glocke der Präsidentin)

Die SPD-Landtagsfraktion wird dem gemeinsamen Entwurf einschließlich des Änderungsantrags zustimmen. Ich appelliere an beide Seiten, das Feiern nicht zu übertreiben und das Störungsempfinden wegen der Einmaligkeit dieses Ereignisses zu begrenzen, damit alle feiern und am Schluss sagen können: Die Gäste aus dem Ausland und wir waren zu Gast bei Freunden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lammert.

Abg. Lammert, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, ich werde mich noch etwas kürzer fassen können. Es ist schon viel gesagt worden. Der Kollege Presl hat schon viele Punkte aufgeworfen.

Der vorliegende Gesetzentwurf aller Fraktionen ist ausdrücklich zu begrüßen. Die Fußballweltmeisterschaft ist für Deutschland und auch für Rheinland-Pfalz eine große Chance und ein großes Ereignis. Wir wollen uns als gute Gastgeber und als ein offenes Land präsentieren, und zwar nach dem Motto: Die Welt zu Gast bei Freunden. – Ich weiß, dass der DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger – er kommt aus meinem Heimatwahlkreis – dieses Gesetz durchaus sehr positiv aufgreift, weil es die Möglichkeit schafft, entsprechend zu feiern.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Gesetz ist von allen Fraktionen für einen bestimmten Zeitraum nur speziell für die WM, nämlich kurz davor und kurz dahinter – das ist letztendlich eine Regelung von acht Wochen –, geschaffen worden.

Diese Regelung ist vor allem für die so genannten Public-Viewing-Veranstaltungen (Großleinwände) gedacht. Die Regelung, die auch in reinen Wohngebieten ein Feiern bis 23:30 Uhr ermöglicht, stellt eine sehr vernünftige zusätzliche Änderung dar. Vernünftig ist auch, dass die Lautstärke von 55 Dezibel nicht überschritten werden darf, wobei die kurzzeitigen Erhöhungen um 20 Dezibel durchaus sinnvoll sind, zum Beispiel wenn ein Tor fällt, Holland ausfällt oder wir die Fußballweltmeisterschaft gewinnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte Deutschland nicht so erfolgreich spielen, brauchen wir uns um die Überschreitung von Dezibel-Werten keine Gedanken zu machen. Ich bin überzeugt, dass wir auf einem guten Weg sind. Deutschland wird Fußballweltmeister. Wir werden diesem Gesetzentwurf und auch dem Änderungsantrag zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dieser kraftvollen Rede des Kollegen Presl bin ich sprachlos. Ich kann mich seinen Worten nur anschließen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Seine Argumente waren sehr überzeugend. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Lewentz, SPD)

 Ich mache es nicht wie der Kollege. Wir hoffen, dass die Deutschen Weltmeister werden. Ich würde es nicht wagen, das vorauszusagen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir stimmen dem Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag zu. Wir haben beides unterschrieben. Wir sind der Auffassung, dass das Feiern – hoffentlich haben wir Grund dazu – zur Fußballweltmeisterschaft dazugehört. Wir wollen das auch lautstark tun. Dem steht zumindest bis 23:30 Uhr nichts entgegen. Ich hoffe – ich will keine anarchistischen Töne hineinbringen –, dass wir auch nach dieser Zeit noch lautstark feiern können und die Freude weiter anhält.

Ich möchte ein besonders Lob demjenigen aussprechen, der den letzten Abschnitt des Änderungsantrags formuliert hat. Ich möchte ihn noch einmal vorlesen. Dazu gehört nicht nur juristischer, sondern auch fußballerischer Sachverstand. Ich zitiere: "Bei einem Fußballspiel treten immer wieder Situationen auf (Torerfolg, vergebene Chance..." – ich will in eigener Regie noch ergänzen: eventuell Foulspiel oder vermeintliche Fehlentscheidungen -), "die bei den Zuschauern zu besonderen Emotionen führen. In solchen Situationen, die in der Regel nur kurze Zeit andauern" - bei vermeintlichen Foulspielen kann es auch länger sein -, "lässt sich nicht immer ausschließen, dass der Maximalpegel überschritten wird. In Anlehnung an die Vorschrift des § 2 Abs. 4 der 18. BlmSchV (Sportanlagenlärmschutzverordnung) dürfte ein kurzzeitiges Abweichen vom Maximalpegel bei Abwägung der unterschiedlichen Interessen jedoch noch akzeptabel sein."

Das ist eine wunderbare Formulierung. Ich glaube, der Formulierung und denjenigen, die es formuliert haben, gehört ein Extraapplaus aller Fraktionen. – Kein Applaus? Schade.

(Beifall der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind der Auffassung, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Gäste in Rheinland-Pfalz auch so laut feiern dürfen, ohne diese Formulierung zu kennen, auch wenn sie es dieser Formulierung verdanken.

Einen Punkt haben wir nicht im Antrag stehen – den vermissen wir noch –, nämlich den Beschluss, dass wir Weltmeister werden. Das sollten wir gleich mit beschließen.

Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Kraege das Wort.

Frau Kraege, Staatssekretärin

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich befürchte, dass ich mit dem Unterhaltungswert meiner Vorredner nicht konkurrieren kann. Ich darf mich noch einmal ganz herzlich für die von allen Fraktionen breit getragene Gesetzesinitiative seitens der Landesregierung bedanken. Meine Vorredner sind schon sehr ausführlich auf die Chancen und den Stellenwert der Fußballweltmeisterschaft für Deutschland und Rheinland-Pfalz eingegangen.

Die Neuregelung gibt den Behörden und den Veranstaltern von Übertragungen der Fußballspiele und den Bürgerinnen und Bürgern Rechtssicherheit und Rechtsklarheit. Sie schränkt den notwendigen Schutz der Bevölkerung vor zunehmendem Lärm nicht unverhältnismäßig ein, sondern löst ausschließlich befristet die Lärmprobleme der Fußballweltmeisterschaft.

Wir bedanken uns für diesen breiten Konsens. Ich bin mir sicher, dass wir mit dieser Gesetzesänderung einen vernünftigen und praktikablen Ausgleich zwischen dem Ruhebedürfnis und der Begeisterung für den Fußball gefunden haben.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag – Drucksache 14/4971 –. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Das ist einstimmig.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4957 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Auch das ist einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf – Drucksache 14/4957 – zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist ebenfalls einstimmig. Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass um 19:30 Uhr in der Lobby die Ausstellungseröffnung von Frau Irmtraud Knoth und Leo Dellwo stattfindet. Es wäre schön, wenn einige Abgeordnete dort zugegen wären.

Im Übrigen lade ich Sie für morgen zur 110. Plenarsitzung um 09:30 Uhr herzlich ein. Damit schließe ich die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr.